Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksachenabteilung: Drucksachenabteilung / 5
Landtag, 7. Wahlperiode: 1967-71

24.04.1970 - 40. (außerordentliche) Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

Bremische Bürgerschaft (Landtag)

7. Wahlperiode

Drucksachenabteilung V — Verhandlungsberichte

40. (außerordentliche) Sitzung

am Freitag, dem 24. April 1970

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Boljahn, Ernst, Fröhlich, Grantz, Hübenthal, Krämer, Gisela Müller-Wolff, Dr. Schäfer, Wenke.

Unentschuldigt fehlen die Abgeordneten Brinkmann, Erbel, Koenen.

INHALT

Antrag: Bericht des Senats über die Entwicklung der Universität Bremen (Drucksachenabteilung II Nr. 350)
Anfrage: Gründung einer Universität in Bremen (Drucksachenabteilung II Nr. 351)

Senator für das Bildungswesen Thape . . 2190
Abg. Dr. Sieling (CDU) 2198
Abg. John (FDP) 2203
Abg. Vorsatz (NPD) 2208
Abg. Dr. Czichon (SPD) 2211
Abg. Schepers (CDU) 2214
Abg. Franke (SPD) 2220
Abg. Klein (CDU) 2223
Senator für das Bildungswesen Thape . . 2224
Abg. John (FDP) 2225

Präsidium

Präsident **Engel** Vizepräsident **Dr. Zander**

Schriftführer Ella **Müller**

Am Senatstisch

Bürgermeister **Koschnick** (SPD), Präsident des Senats

Bürgermeister Annemarie **Mevissen** (SPD), Senator für Wohlfahrt und Jugend

Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr **Dr. Borttscheller** (FDP)

Senator für das Bildungswesen **Thape** (SPD)

Senator für die Finanzen **Speckmann** (FDP)

Senator für das Bauwesen **Seifriz** (SPD)

Senatsdirektor **Kreuser** (Senator für das Bildungswesen)

Präsident Engel eröffnet die Sitzung um 10.02 Uhr.

Präsident Engel: Die außerordentliche Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Die heutige Sondersitzung ist von der CDU-Fraktion mit Schreiben vom 15. April 1970 beantragt worden. Dieses Schreiben trägt die Unterschrift von 26 Mitgliedern der CDU-Fraktion. Ich stelle damit fest, daß der Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Sitzung die nach Artikel 88 der Landesverfassung in Verbindung mit § 16 der Geschäftsordnung erforderliche Unterstützung von mindestens einem Viertel der gesetzlichen Mitgliederzahl der Bürgerschaft hat.

Aufgrund dieser Sachlage muß ich nach Artikel 88 der Landesverfassung eine außerordentliche Versammlung einberufen. In dieser Beziehung haben Fraktionen des Hauses auch keinen Einfluß auf das Stattfinden oder Nichtstattfinden dieser Sitzung.

Ich habe heute morgen in der Presse eine Abhandlung gelesen, die darauf hinweist, daß es Fraktionen möglich sein müßte, eine derart einberufene Sitzung zu verhindern. Hier liegt ein Irrtum des betreffenden Journalisten vor, und mir wäre es lieb, wenn in dieser Beziehung eine Berichtigung erfolgen würde.

(Abg. Fichtner [NPD]: Gegendarstellung!)

Der Abgeordnete Dr. Sieling und die CDU-Fraktion haben eine Anfrage eingereicht, die unter der Drucksachenabteilung II Nr. 351 an die Abgeordneten verteilt worden ist:

Anfrage: Gründung einer Universität in Bremen. Der Senat wird um Auskunft ersucht:

1. Ist der Senat mit uns der Ansicht, daß Zweifel an der Verfassungstreue einzelner Mitglieder des Gründungssenats für die Universität in Bremen gerechtfertigt sind?
2. Ist der Senat mit uns der Auffassung, daß sich Herr Professor Dr. Rudolf Wiethölter für eine Mitarbeit im Gründungssenat dadurch disqualifiziert hat, daß er auf eine entsprechende Frage des Vorsitzenden der FDP-Bürgerschaftsfraktion es öffentlich abgelehnt hat, sich zum Grundgesetz und zur Bremischen Landesverfassung zu bekennen?
3. Wie beurteilt der Senat die veröffentlichten Ausführungen der studentischen Vertreter im Gründungssenat, wonach das Ziel ihrer „sozialistischen Politik" die „revolutionäre Umwälzung der Gesellschaft" ist und sie die personellen und materiellen Voraussetzungen schaffen wollen, um „die Universität und die an ihr betriebene Wissenschaft in den Dienst der Interessen des Proletariats zu stellen"?
4. Ist der Senat mit uns der Ansicht, daß Personen, die solche verfassungswidrigen Ziele verfolgen, für die Mitarbeit im Gründungssenat ungeeignet sind?
5. Teilt der Senat unsere Besorgnis, daß durch den begründeten Verdacht, in Bremen werde eine ideologisch gebundene Universität angestrebt, an der die Freiheit von Forschung und Lehre nicht gewährleistet ist, die Mitfinanzierung von Bund und Ländern ernsthaft gefährdet wird?

Um mündliche Beantwortung wird gebeten.

Da um mündliche Beantwortung gebeten worden ist, muß ich hierüber gemäß § 29 der Geschäftsordnung zunächst einen Beschluß herbeiführen.

Wer der mündlichen Beantwortung dieser Anfrage zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die mündliche Beantwortung dieser Anfrage.

(Einstimmig)

Zur Frage der Beantwortung dieser Anfrage bereits in der heutigen Sitzung hat mir der Präsident des Senats mit Datum vom 21. April 1970 ein Schreiben übersandt, in dem unter anderem folgendes ausgeführt wird:

„Sofern die Bürgerschaft es für zweckmäßig hält, würde der Senat, ohne damit ein Präjudiz für künftige Fälle zu schaffen, bereit sein, die Anfrage bereits in der Sondersitzung der Bürgerschaft am 24. April 1970 zu beantworten, in der ein ausführlicher Bericht über die Entwicklung der Universität Bremen erwartet wird. Damit würde eine nochmalige Aussprache über die mit der Gründung der Universität zusammenhängenden Fragen in einer der nächsten Sitzungen der Bürgerschaft vermieden werden."

Aufgrund dieser Erklärung des Präsidenten des Senats werde ich die Anfrage außerhalb der Tagesordnung aufrufen.

Vom Senat begrüße ich Herrn Bürgermeister Koschnick, Frau Bürgermeister Mevissen, Herrn Senator Dr. Borttscheller, Herrn Senator Thape, Herrn Senator Speckmann, Herrn Senator Seifriz.

Außerdem ist anwesend Herr Senatsdirektor Kreuser.

Auch unsere Zuhörer begrüße ich auf das herzlichste.

(Beifall)

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

Antrag: Bericht über die Entwicklung der Universität Bremen (Drucksachenabteilung II Nr. 350)

Der Antrag ist von dem Abgeordneten John und FDP-Fraktion und dem Abgeordneten Böhrnsen und SPD-Fraktion unterzeichnet. Er liegt den Abgeordneten vor und hat folgenden Wortlaut:

„Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Der Senat möge der Bürgerschaft umfassend über die Entwicklung der Universität berichten."

Die Beratung ist eröffnet.

Interfraktionell wurde vereinbart, daß auf eine Begründung des Antrags verzichtet wird, wenn der Senat sich bereit erklärt, den erbetenen Bericht bereits in der heutigen Sitzung zu erteilen.

Ich darf Ihnen mitteilen, daß der Senat seine Bereitschaft zur sofortigen Berichterstattung erklärt hat. — Aus diesem Grunde kann wohl auf eine Begründung verzichtet werden.

Ich höre keinen Widerspruch. — Das ist beschlossen.

Die Beratung ist geschlossen.

Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Ich rufe nunmehr auf

Bericht des Senats über die Entwicklung der Universität Bremen

Ich schlage Ihnen vor, daß wir hiermit verbinden:

Anfrage: Gründung einer Universität in Bremen (Drucksachenabteilung II Nr. 351)

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist damit einverstanden.

Die mündliche Beantwortung der Anfrage haben wir zu Beginn der Sitzung beschlossen.

Die Beratung ist eröffnet.

Wer berichtet vom Senat?

Das Wort hat Herr Senator Thape.

Senator für das Bildungswesen Thape: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Für den Senat der Freien Hansestadt Bremen erstatte ich den folgenden Bericht über die Entwicklung der Universität Bremen:

Der Senat hat die Bürgerschaft zuletzt in der Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 26. August 1969 umfassend über den damaligen Stand von Planung und Finanzierung der Universität Bremen unterrichtet. Auf Ersuchen der Bürgerschaft berichtete der Senat dazu ausführlich

über den derzeitigen Stand der Universitätsplanung,

über die zeitliche Reihenfolge der vorliegenden Bauplanung,

über den Inhalt des Gesamtfinanzierungsplans für die Universität und

über den voraussichtlichen Zeitpunkt der Eröffnung der Universität Bremen.

In allen vier Teilfragen haben sich in den inzwischen vergangenen sieben Monaten wesentliche Veränderungen und Fortschritte ergeben.

Die Universitätsplanung war noch bis Ende 1969 auf eine Eröffnung der Universität Bremen im Herbst 1973 mit der sogenannten Anfangsstufe ausgerichtet. Diese Anfangsstufe, deren Verwirklichung durch die um die Jahreswende hinzugekommene Vorstufe zeitlich in keiner Weise berührt werden wird, besteht nach der einvernehmlichen Planung von Senat und Gründungssenat bekanntlich aus folgenden Einrichtungen:

die Universitätsbibliothek,

je ein Mehrzweckgebäude für geisteswissenschaftliche und für naturwissenschaftliche Fächer,

Universitätshaus mit Mensa und Studentenhaus,

Sporteinrichtungen,

Rechenzentrum,

Bauten für den Verkehr und die Ver- und Entsorgung.

Zu dem Planungsstand dieser Vorhaben ist im einzelnen folgendes zu berichten:

Der Entwurf des Neubaus der Zentralbibliothek ist nach grundsätzlicher Billigung der Gesamtkonzeption durch den Gründungssenat und weiteren ausführlichen Beratungen zwischen dem Universitätsbauamt, der Staatsbibliothek und der Abteilung Universitätsplanung nunmehr abgeschlossen. Der von den zuständigen Deputationen bereits gebilligte Entwurf mit Kostenvoranschlag sieht Gesamtkosten von 31,7 Millionen DM vor.

Die Universitätsbibliothek soll als Zentralbibliothek einen Bestand von 1,5 Millionen Bänden aufnehmen können, von denen 800 000 systematisch und frei zugänglich in unmittelbarer Verbindung mit 1020 Arbeitsplätzen aufgestellt werden. Diese Konzeption wird die Bremer Universitätsbibliothek zu einer der zur Zeit modernsten Bibliotheksbauten machen.

Mit dem Bau wird nach der Aufbereitung des Geländes noch in diesem Jahr begonnen. Baumittel in Höhe von 4 Millionen DM sind bereits freigegeben. Bauplanung und Baudurchführung dieses Vorhabens hat das Universitätsbauamt übernommen. Die Fertigstellung ist für 1973 vorgesehen.

Die Staatsbibliothek als Universitätsbibliothek im Aufbau hatte am 31. 3. 1970 einen Bestand von 650 000 Bänden und 100 000 Dissertationen. Seit 1965 wurden rund 300 000 Bände angeschafft. Die Dissertationen wurden zum größten Teil von deutschen und ausländischen Universitäten geschenkt.

Es wurden bereits über 200 000 Bände in das neue Katalog- und Aufstellungssystem eingearbeitet. Die Bearbeitungskapazität liegt zur Zeit bei 80 000 Bänden jährlich. Die Katalogdaten der bearbeiteten Bestände sind zur Vorbereitung der geplanten integrierten Elektronischen Datenverarbeitung sämtlich auf Lochstreifen erfaßt und auf Magnetband gespeichert. Bei vollem Einsatz der EDV kann die jährliche Bearbeitungskapazität auf 100 000 Bände gesteigert werden. Leider ist die elektronische Verarbeitung noch nicht möglich, da das federführend vom Rechen-

zentrum der bremischen Verwaltung bearbeitete Katalogprogrammsystem noch nicht fertig ist.

Das Katalogprogramm muß bis zum 1. April 1971 einsatzbereit sein, damit die Bibliothek den Anforderungen des im Herbst 1971 beginnenden Universitätsbetriebes gewachsen ist. Dazu ist auch noch eine gewisse Personalverstärkung bei der Staatsbibliothek erforderlich.

Für eine Übergangszeit, in der die Bibliotheksbestände noch nicht den gesamten Baukörper ausfüllen, ist vorgesehen, etwa 4000 Quadratmeter Nettonutzfläche für geisteswissenschaftliche Fachbereiche zur Verfügung zu stellen; geplant ist hier die Unterbringung der Rechtswissenschaften.

Nach einer Empfehlung des Gründungssenats soll das Mehrzweckgebäude für geisteswissenschaftliche Fächer die Studiengänge Lehrerausbildung, Wirtschaftswissenschaften, Sozialwissenschaften und Psychologie aufnehmen. Der Gründungssenat erbat dafür einen auf eine Entwicklungszeit von zwei Jahren bemessenen Baukörper von 23 000 Quadratmeter Nettonutzfläche. In gemeinsamer Arbeit mit einer Kommission des Gründungssenats wurde dieses Vorhaben auf zwei Bauabschnitte aufgeteilt, von denen der erste Abschnitt 14 350 Quadratmeter Nettonutzfläche und der zweite Abschnitt 13 150 Quadratmeter Nettonutzfläche umfassen soll.

Für den ersten Bauabschnitt ist auf der Grundlage einschlägiger Empfehlungen des Gründungssenats ein Rahmenraumprogramm erarbeitet und von der Deputation für Kunst und Wissenschaft genehmigt worden. Mit der weiteren Bearbeitung der Planung wird in Kürze eine Bremer Architektengruppe beauftragt. Während des Planungsprozesses wird in enger Zusammenarbeit aller Beteiligten das Bauprogramm weiter spezifiziert und festgelegt werden müssen.

Die Bauarbeiten für den ersten Bauabschnitt werden Anfang nächsten Jahres begonnen. Die Fertigstellung ist für den Herbst 1973 vorgesehen. Die Kosten sind vorläufig auf 31 Millionen DM geschätzt. Mit dem ersten Bauabschnitt wird Platz für 1400 Studenten geschaffen. Für eine Übergangszeit wird hier auch die zentrale Universitätsverwaltung Unterkunft finden.

Im Einvernehmen mit dem Gründungssenat soll das Mehrzweckgebäude für naturwissenschaftliche Fächer eine Nettonutzfläche von 12 000 Quadratmeter erhalten, die zu gleichen Teilen der Biologie, der Chemie und der Physik dienen sollen.

Von den zuständigen Kommissionen des Gründungssenats sind dazu erste Raumbedarfsvorstellungen entwickelt worden, die jedoch in der nächsten Zeit zu überprüfen sein werden, weil sich durch die Errichtung einer Vorstufe für naturwissenschaftliche Fächer bezüglich der Fächergliederung und der zu berücksichtigenden Studentenzahlen Veränderungen ergeben.

Zur Erarbeitung der Raumprogramme sollen in Kürze im Einvernehmen mit der Planungskommission Naturwissenschaften des Gründungssenats Fachberater bestellt werden.

Mit dem Bau des Mehrzweckgebäudes soll im Jahr 1971 begonnen werden. Die Fertigstellung ist für 1974 vorgesehen.

Die Bau- und Einrichtungskosten sind vorerst mit 42,5 Millionen DM veranschlagt worden.

Wenn der Betrieb voll angelaufen ist, wird es voraussichtlich möglich sein, bis zu maximal 500 Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen.

Zur Vorbereitung einer endgültigen Konzeption für die Mensa hat die vom Senator für das Bildungswesen beauftragte Gutachterkommission im Oktober 1969 ihr Gutachten vorgelegt, das im Gründungssenat bisher nicht abschließend beraten worden ist. Die Senatskommission für Universitätsfragen hat sich zwischenzeitlich für das Modell einer Zentralmensa mit differenzierten Speiseräumen und integriertem Universitätshaus entschieden. Das Essen soll in der Mensa als Frischkost hergestellt und direkt ausgegeben werden.

Für die Aufstellung des Raumprogramms und für die weitere Bearbeitung ist ein Fachberater gewonnen worden. Das Mensaprogramm wird noch einmal mit dem Gründungssenat in seiner neuen Besetzung besprochen. Anschließend wird die vorgesehene Freiburger Architektengruppe mit der Planung und der Durchführung betraut.

Die Bau- und Einrichtungskosten sind auf 20,8 Millionen DM geschätzt.

Zwischen dem Senat und dem Gründungssenat besteht Einvernehmen darüber, daß wegen der zu erwartenden großen Zahl von Studenten für die Lehrämter, aber auch für den freien Studentensport, bereits in der Anfangsstufe ausreichende Sporteinrichtungen zur Verfügung stehen müssen. Ein Bedarfsprogramm der Fachbereichskommission Sport des Gründungssenats liegt bereits vor. Es muß in engem Zusammenhang mit der Beratung des Entwurfs für einen Gesamtbebauungsplan für das Universitätsgelände beraten werden, weil die Sporteinrichtungen mit 14 Hektar Außenanlagen sehr flächenintensiv sind und die Gesamtplanung stark beeinflussen.

Die Detailplanung wird an freie Architekten vergeben. Die ersten Anlagen sollen 1973 zur Verfügung stehen. Die Kosten der ersten Anlagen sind vorerst auf 6,6 Millionen DM geschätzt.

Die Einrichtung eines Rechenzentrums — Zentrum für elektronische Datenverarbeitung — wurde vom Gründungssenat in der Weise empfohlen, daß dabei die spätere Erweiterung zu einem Fachbereich für Informatik bedacht werden soll. Es wird daher sowohl eine Einrichtung von Lehre und Forschung als auch ein zentraler Dienstleistungsbetrieb für alle Einrichtungen der Universität sein.

Die weitere Planung wird wesentlich davon abhängen, daß ein hauptamtlicher Mitarbeiter für diese Fragen — eventuell als späterer Leiter des Rechen-

zentrums — gewonnen werden kann. Die Bewilligung einer entsprechenden Planstelle ist inzwischen beantragt.

Wegen des hohen Grundwasserstandes auf dem Universitätsgelände müssen bekanntlich für die Ver- und Entsorgung besondere Bauwerke errichtet werden, die gleichzeitig dem Fußgängerverkehr dienen.

Art und Umfang der Versorgungs- und Fußgängerebene bestimmen sich aus den technischen Notwendigkeiten; sie werden im Zusammenhang mit dem Gesamtplan beschlossen und im jeweils benötigten Ausmaß gebaut werden.

Als besonderer Baukörper entsteht das Technische Zentrum, von dem aus alle Medien zu den einzelnen Einrichtungen geführt werden. Es soll so rechtzeitig hergestellt werden, daß die für 1973 vorgesehene Eröffnung der Anfangsstufe der Universität gewährleistet ist.

Die Kosten der Versorgungs- und Fußgängerebene sind vorerst mit 6 Millionen DM, die Kosten des Technischen Zentrums und der Versorgungsleitungen mit 16,4 Millionen DM geschätzt.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Planung für die Bauvorhaben der Anfangsstufe in dem Berichtszeitraum in wesentlichen Teilen beachtliche Fortschritte gemacht hat. Zwei Anmerkungen zum Planungsverfahren seien in diesem Zusammenhang noch erlaubt:

Der ständig wachsende und bereits jetzt nicht mehr gedeckte Bedarf an Studienplätzen in der Bundesrepublik und damit der große Zeitdruck, unter dem die Hochschulplanung in allen Bundesländern steht, hat es mit sich gebracht, daß auch in Bremen die Bauplanung bereits beginnen muß, ehe noch die Struktur der Universität entwickelt ist und ehe die Studiengänge bestimmt und im einzelnen ausgearbeitet sind. Die im jeweiligen Planungsstadium erforderlichen Planungsdaten stehen daher durchweg nur teilweise zur Verfügung.

Um dennoch voranzukommen, wurde als Hilfsmittel das schon erwähnte Rahmenraumprogramm entwickelt. Darin werden nur die jeweils unerläßlichen Festlegungen getroffen, um einen Beginn der baulichen Entwurfsarbeiten überhaupt möglich zu machen.

Die Rahmenprogramme müssen dann parallel zu der Bauplanung nach deren jeweiligen Erfordernissen sowie nach dem jeweiligen Stand der Struktur- und Organisationsplanung der Universität weiterentwickelt und präzisiert werden. Diese Simultanplanung zwischen Architekt und Nutzer macht eine ständige intensive Zusammenarbeit notwendig, zu der alle Beteiligten bereit sind.

Eine weitere Folgerung aus der besonderen Dringlichkeit aller Universitätsplanung wurde mit der Einführung der Netzplanung in diesem Bereich gezogen. Mit Unterstützung der Hochschul-Informations-System GmbH wurde im Herbst letzten Jahres mit der Aufstellung eines Generalnetzplanes für die Errichtung der Universität begonnen. Die Arbeiten an diesem Plan sind zwischenzeitlich soweit voran gekommen, daß mit der Überwachung und Koordination der Maßnahmen für die Errichtung der Universität in diesen Tagen begonnen werden konnte.

Die Netzplantechnik ist ein modernes Planungs- und Steuerungsinstrument für den Ablauf terminierter Großprojekte, wobei wegen der komplexen Zusammenhänge und der damit verbundenen Rechenvorgänge die Anwendung der Elektronischen Datenverarbeitung eine wesentliche Voraussetzung für die Effizienz dieses Planungsverfahrens ist.

Die in den vergangenen Wochen durchgeführten Proberechnungen haben die Funktionsfähigkeit dieser Methode für unsere Zwecke erwiesen. Gegenwärtig werden Struktur und Daten des Netzplanes noch verfeinert, damit Zeitzwänge für den Bau der Gebäudekomplexe sowie für den Aufbau des Universitätsbetriebes umgehend erkannt und nach Möglichkeit abgestellt werden.

Die zunehmende Knappheit der Studienplätze und damit die leider noch wachsende Beschränkung des freien Zugangs zum Studium hat die Bundesregierung veranlaßt, in der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 den Ländern Hilfe bei den Bemühungen zur Überwindung des Numerus clausus anzubieten. Demgemäß ist im Planungsausschuß nach dem Hochschulbauförderungsgesetz, in dem Bund und Länder seit der Finanzreform gemeinsam Maßnahmen zum Ausbau und Neubau wissenschaftlicher Hochschulen beraten und beschließen, das Programm der Schnellbaumaßnahmen entwickelt worden.

Ziel ist die kurzfristige Erweiterung der Kapazitäten der Hochschulen in den vom Wissenschaftsrat ermittelten strukturellen Engpaßfächern wie zum Beispiel Mathematik, Lehrerausbildung in Physik, Chemie und den philologischen Engpaßfächern sowie auch Elektrotechnik. Dabei soll durch eine Rationalisierung des Planungs- und Bauverfahrens die Gesamtzeit für Planung und Ausführung der Vorhaben auf höchstens 15 Monate verkürzt werden. Der Bund erklärte sich einverstanden, die anerkannten Schnellbauten mit 50 Prozent zu finanzieren und seinen Anteil vorweg zur Verfügung zu stellen.

Nachdem der Gründungssenat noch im Dezember 1969 von den ersten Überlegungen, wie Bremen sich an dem Schnellbauprogramm beteiligen könnte, Kenntnis genommen hatte, beschloß der Senat am 24. Februar 1970, daß die Universität Bremen im Rahmen dieses Programms eine Vorstufe erhalten solle, um auf diese Weise den Studienbeginn an der Bremer Universität um zwei Jahre vorzuverlegen. Von vornherein wurde dabei der Grundsatz betont, daß Planung und Durchführung der Anfangsstufe durch das Sonderbauprogramm nicht berührt werden dürfen. In den folgenden 26 Arbeitstagen gelang es nicht nur, die Planung der einzelnen Schnellbauvorhaben entscheidend zu fördern und aufgrund dieser

schnellen Planung die Anerkennung der Projekte als Schnellbauten sowie vom Bund die Bewilligung von 16 420 000 DM als Bundesanteil an dem Vorstufenprogramm zu erlangen, sondern auch die Zustimmung aller zuständigen Deputationen einzuholen. Damit ist im ersten Planungsstadium das Ziel einer äußersten Beschleunigung ohne Frage erreicht worden.

Das Vorstufenprogramm der Universität Bremen sieht je eine Schnellbaumaßnahme für geisteswissenschaftliche und für naturwissenschaftliche Engpaßfächer vor. Obwohl Planung und Durchführung naturwissenschaftlicher Bauten schwieriger und zeitaufwendiger ist, sollen aus grundsätzlichen Erwägungen auch bereits in der Vorstufe der Universität Bremen Naturwissenchaften gepflegt werden.

Vorbehaltlich weiterer Überlegungen des Gründungssenats sind in den Geisteswissenschaften Fächer der Lehrerausbildung in den Sprachen sowie Rechtswissenschaften und in den Naturwissenschaften Lehrerausbildung in Physik und Mathematik sowie ein Ergänzungsstudium für Absolventen von Ingenieurakademien in einer Fachrichtung der Elektrotechnik vorgesehen.

Das Vorstufenprogramm ermöglicht die Eröffnung der Universität Bremen bereits zum Herbst 1971. Es wird mit seinen Schnellbauten Platz für 700 Studenten der Geisteswissenschaften und für 400 Studenten der Naturwissenschaften schaffen. Außerdem wird hier bis 1973 die Universitätsverwaltung Unterkunft finden. Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß in jedem Studienjahr neue Studienanfänger kommen, können im Herbst 1971 etwa 380 Studenten und im Herbst 1972 etwa 880 Studenten aufgenommen werden. Für eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Studentenzahlen sorgen die Bauten der Anfangsstufe, so daß ab 1973 etwa 1500 und ab 1974 etwa 2800 Studenten an der Universität Bremen studieren können.

Für die geisteswissenschaftliche Vorstufe werden am Südrand des Universitätsgeländes zwischen Achterstraße und verlängerter Parkallee drei dreigeschossige Trakte mit einer Nettonutzfläche von rund 6600 Quadratmeter errichtet werden. In einer begrenzten Angebotseinholung wurde bereits ein Generalunternehmer — die Hochtief AG — ermittelt. Die Gesamtkosten dieser Vorstufe belaufen sich auf zirka 13,22 Millionen DM einschließlich Einrichtung und Außenanlagen. Die Mittel sind freigegeben und stehen zur Verfügung. Diese Gebäude werden zum 31. 3. 1971 bezugsfertig sein.

Für die naturwissenschaftliche Vorstufe sollten zunächst baureife Planungen für ein neungeschossiges Hochhaus der Ingenieurakademie mit einer Nettonutzfläche von zirka 6600 Quadratmeter, die bislang aus finanziellen Gründen nicht durchgeführt werden konnten, verwirklicht werden. Dieses Vorhaben ließ sich wegen der von der Ingenieurakademie gestellten und leider nicht akzeptierbaren Bedingungen nicht verwirklichen.

Die naturwissenschaftliche Vorstufe soll jetzt in der Nachbarschaft der geisteswissenschaftlichen Vorstufe südlich der Kleinen Wümme, östlich der Bootshäfen errichtet werden. Es sind hier zwei fünfgeschossige Gebäudekörper vorgesehen nach dem Vorbild des Aufbau- und Verfügungszentrums der Universität Dortmund. Die Kosten werden sich auf etwa 20 Millionen DM belaufen. Planungsmittel stehen in Höhe von 500 000 DM zur Verfügung. Dieser Komplex erfordert aufgrund seiner umfangreichen technischen Installation eine etwas längere Bauzeit. Er wird zum Dezember 1971 bezugsfertig sein.

Die Anfangsstufe und die Vorstufe sind so angelegt, daß sie den noch nicht beschlossenen Generalbebauungsplan für das Universitätsgelände nicht präjudizieren. Wie der Bürgerschaft bereits seit der Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft vom 26. August 1969 bekannt, ist eine Arbeitsgruppe für die bauliche Gesamtplanung gebildet worden, der neben den beteiligten Bremer Dienststellen eine Freiburger und eine Bremer Architektengruppe angehören, die sich in Wettbewerben für diese Aufgabe qualifiziert hatten. Die Arbeitsgruppe hat jetzt nach zahlreichen Sitzungen ihre schwierigen Untersuchungen, insbesondere auch über die Probleme der Verflechtung abgeschlossen. Die Ergebnisse werden zur Zeit in einem Arbeitsbericht zusammengefaßt und als Empfehlung in Kürze dem Senat und Gründungssenat vorgelegt.

Der Vorschlag für den Gesamtplan wird der Universität Möglichkeiten für verschieden starke Nutzungen des Universitätsgeländes auch für Wohnungen und nicht störendes Gewerbe und damit eine sinnvolle Verflechtung im Sinne einer Partnerschaft von Stadt und Universität erlauben, so daß die Universität städtebaulich wie auch soziologisch ein integrierter Bestandteil der Stadt werden kann.

Bezüglich der äußeren und inneren Erschließung des Universitätsgeländes kann über folgende Fortschritte berichtet werden:

Die zur Erschließung des Geländes von Westen vorgesehene „Nördliche Universitätsstraße" ist in der Ausführung so weit fortgeschritten, daß sie ab 15. Oktober 1970 bis zum Zentrum der Universität befahrbar sein wird. Eine dabei notwendig werdende Brücke über den Kuhgraben befindet sich im Bau und ist bis zum 30. September 1970 fertiggestellt. Gleichzeitig mit dem Bau der nördlichen Erschließungsstraße werden die notwendigen Kanalarbeiten durchgeführt. Das zugehörige Pumpwerk Universität am Westrand des Grundstücks ist bereits fertiggestellt.

Mit der Beseitigung des schienengleichen Überganges im Bereich der Parkallee wird am 19. April 1971 begonnen. Die Verlängerung der Parkallee von der Achterstraße bis zum Zentrum der Universität ist ab Juli 1970 befahrbar. In der Zeit der Sperrung der nördlichen Parkallee wird die Zufahrt zur Baustelle provisorisch „Hinter der Munte" erfolgen.

Mit der aus wasserwirtschaftlichen Gründen und im Zuge der Verbreiterung der Parkallee notwendigen Maßnahme der Verlegung des Muntegrabens in

den Stadtwald wurde begonnen. Fertigstellungstermin soll Dezember 1970 sein.

Die Verlegung der 110 kV-Hochspannungsleitung vom Universitätsgelände verläuft verfahrensgemäß. Mit dem Abbau der Leitung kann nach Auskunft der Nordwestdeutschen Kraftwerke Stade im Oktober 1970 gerechnet werden.

Mit der Baugrundherstellung und der Ausbaggerung des Sandgewinnungssees wurde am 18. Juni 1969 begonnen. Trotz des langen und starken Winters und trotz der zusätzlichen Flächen für die Schnellbaumaßnahmen wird am 31. Dezember 1971 für eine Fläche von über 40 Hektar der Baugrund hergestellt sein. Die ersten Bauten der Anfangsstufe können noch 1970 begonnen werden. Bereits im Juli 1970 steht der Baugrund für die Vorstufe der Geisteswissenschaften, im September 1970 für die Naturwissenschaften zur Verfügung.

Wie bereits angedeutet, schafft die Vorverlegung der Universitätseröffnung um zwei Jahre auf den Herbst 1971 besonders für die Strukturplanung der Universität Bremen die Notwendigkeit, schnell zu Ergebnissen zu kommen.

Der Gründungssenat hat sich im Dezember 1969 bereit erklärt, sich bei Verwirklichung des Schnellbauprogramms frühzeitig mit den strukturellen Fragen zu befassen.

Seit dem Bericht des Senats an die Bürgerschaft vom 26. August 1969 hielt der Gründungssenat für die Universität Bremen bis zum Januar 1970 sechs Sitzungen — davon eine nichtöffentliche — und eine Arbeitsbesprechung ab. In diesen Sitzungen gab er Empfehlungen zur Planung und fachlichen Struktur der späteren Universität sowie Stellungnahmen zu allgemeinen hochschulpolitischen Angelegenheiten ab. Insbesondere verabschiedete der Gründungssenat eine Empfehlung zur Planung der Naturwissenschaften in der Anfangsstufe, nachdem er vorher schon entsprechende Empfehlungen zur Errichtung der Anfangsstufe Geisteswissenschaften abgegeben hatte. Des weiteren stimmte er dem bereits in anderem Zusammenhang erwähnten Finanzierungsplan des Senators für das Bildungswesen für die Anfangsstufe zu, der zur Aufteilung des Mehrzweckgebäudes für die Geisteswissenschaften in zwei Bauabschnitte führte.

Das Schwergewicht der Beratungen des Gründungssenats aber lag auf dem Sektor der Universitätsverfassung. Dabei konnte nach längeren Beratungen in mehreren Sitzungen über Stellung und Aufgaben des zu berufenden Gründungsrektors sowie über die Abwahlmöglichkeit durch konstruktives Mißtrauen Einigkeit erzielt werden. Uneinig blieb sich der Gründungssenat jedoch über die für die Abwahl nötige Mehrheit im Gründungssenat. Hierüber will der Gründungssenat die Sachdiskussion auch nicht wieder aufnehmen, vielmehr soll darüber eine gesetzliche Regelung durch die Bürgerschaft getroffen werden.

In den schwierigen Beratungen über Aufgaben und Stellung des Gründungssenats und des Gründungsrektors während der Errichtungsphase der Universität sowie über die Einsetzungs- und Abwahlmodalitäten des Gründungsrektors wurden bereits Anzeichen der Krise im Gründungssenat sichtbar, die schließlich in der 31. Sitzung am 14. Januar 1970 zunächst zum Auszug der Studenten aus dem Gründungssenat und danach zum Austritt der habilitierten Mitglieder führte.

Zu keiner Einigung fand der Gründungssenat bereits in der Frage der sogenannten Fachberater für einzelne Wissenschaftsgebiete, die von der Verwaltung und einem Teil des Gründungssenats als technisch-wissenschaftliche Berater für Detailplanungen ohne eigene hochschulpolitische Entscheidungskompetenz konzipiert waren, den anderen Teil des Gründungssenats aber befürchten ließ, es sollten auf diese Weise den Fachbereichskommissionen Kompetenzen entzogen und auf Personen übertragen werden, die dem Gründungssenat nicht verantwortlich sind.

Zum offenen Streit führte am 17. Dezember 1969 und am 14. Januar 1970 der von den habilitierten Mitgliedern des Gründungssenats unterstützte Antrag von Professor Killy, außerhalb der damit befaßten Fachbereichskommission ein Expertenteam für die Vorbereitung der Lehrerausbildung einzusetzen. Seine Aufgabe sollte die Ausarbeitung von Modellen für die Lehrerbildung, insbesondere aber auch deren spätere Erprobung in der Praxis sein.

Dafür wurde es für notwendig gehalten, die Experten sofort hauptamtlich und auf Dauer, also als zukünftige Hochschullehrer der Universität Bremen zu berufen. Wegen der Eilbedürftigkeit und der Langwierigkeit des Verfahrens sollte die Berufung nicht durch die Fachbereichskommission Lehrerbildung aufgrund von Ausschreibungen erfolgen, sondern durch den Gründungssenat aufgrund von „Hearings" mit vorgeschlagenen Bewerbern.

Dem wurde entgegengehalten, es würde sich um die Schaffung von sogenannten „Ecklehrerstühlen" handeln, deren demokratische Kontrolle durch Fachbereichskommission und Gründungssenat nicht gewährleistet sei. Die auf diese Weise Berufenen würden nur auf sich selbst zugeschnittene Fachbereiche planen. Auch dürfe auf das Ausschreibungsverfahren für die Gewinnung der Bewerber nicht gleich zu Beginn verzichtet werden, um ein Präjudiz zu vermeiden.

Die Diskussion über diesen Sachverhalt und über den Antrag von Professor Leitherer, der Gründungssenat möge sich auflösen, führte in der 31. Sitzung zu erheblichen, auch persönlichen, Angriffen, in deren Verlauf Professor Killy die Verhandlungsleitung niederlegte und die drei Studentenvertreter den Sitzungsraum unter Protest verließen, nachdem sie bei der Abstimmung über die Berufung des Expertenteams unterlegen waren.

Am 15. Januar 1970 erklärte dann Dr. Richtering seinen bereits früher angekündigten Austritt aus dem Gründungssenat. Die Studenten und die verbliebenen Assistenten im Gründungssenat machen bald

nach der Sitzung vom 14. Januar ihre Weiterarbeit im Gründungssenat von bestimmten Voraussetzungen abhängig, unter anderem von der Aufhebung des umstrittenen Beschlusses über die Berufung hauptamtlicher Mitarbeiter vom 14. Januar.

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen kam am 20. Januar 1970 nach ausführlicher Beratung zu dem Ergebnis, daß ein erster Schritt zur Beilegung der aufgetretenen Spannungen von Bremen ausgehen müsse. Er beschloß, die Beteiligung aller Hochschulgruppen auch in der Gründungsphase weiterhin sicherzustellen, schon sehr bald einen Gründungsrektor zu berufen und auf dieser Grundlage zu versuchen, die Mitglieder des Gründungssenats wieder zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuführen.

Am 25. Januar 1970 erklärte jedoch Professor Killy seinen Austritt aus dem Gründungssenat und seine Absicht, nicht mehr für das Amt des Gründungsrektors zu kandidieren. Seinem Austritt folgten zunächst Professor Leitherer und Professor Roxin, am 5. 2. auch Frau Professor Duhm, Professor Joppich und Dr. Pottel.

Dagegen erklärten sich die Assistenten und die Studenten im Gründungssenat bereit, im Gründungssenat unter der Voraussetzung mitzuarbeiten, daß alle Planungsentscheidungen auf zentraler und fachlicher Ebene einer demokratischen Kontrolle unterworfen würden und hierbei das sogenannte „Bremer Modell", das heißt die Beteiligung aller Gruppen in dem im Gründungssenat bisher angewandten Verhältnis gewährleistet sei. Des weiteren wurde die baldige Verabschiedung des Universitätserrichtungsgesetzes gefordert.

Am 28. Januar 1970 schaltete sich auch die Bremische Bürgerschaft in die Vermittlungsversuche ein und beauftragte den nichtständigen Ausschuß zur Vorbereitung eines Hochschulgesetzes, nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Der Ausschuß fand in seiner Sitzung am 9. Februar 1970 jedoch keinen Ansatzpunkt mehr, zwischen den bisherigen Mitgliedern des Gründungssenats zu vermitteln. Er empfahl einstimmig, anstelle der zurückgetretenen Mitglieder schnellstens geeignete andere Persönlichkeiten in den Gründungssenat zu berufen und legte mit der Mehrheit der Stimmen einige Grundsätze für die weitere Arbeit des Gründungssenats fest.

Am 10. Februar 1970 beriet dann der Senat erneut über die jüngste Entwicklung im Gründungssenat, und zwar mit folgendem Ergebnis:

1. Bremen baut die Universität unbeschadet der hochschulpolitischen Auseinandersetzung.
2. Der Senat bedauert das Auseinanderfallen des Gründungssenats und hat sich deshalb ernsthaft um eine Kompromiß-Lösung bemüht, die leider durch die Ablehnung der Assistenten und Studenten vom 2. Februar 1970 gescheitert ist.
3. Der nichtständige Ausschuß der Bremischen Bürgerschaft hat seine Vermittlungsbemühungen ebenfalls für gescheitert erklärt und einige Empfehlungen für die weitere Arbeit zur Errichtung der Universität ausgesprochen.
4. Der Senat hat diese Empfehlungen zur Kenntnis genommen, ist aber im Augenblick nicht in der Lage, darauf einzugehen, weil der Senat sich im Wort gegenüber der Universität Göttingen betrachtet, die 1967 angebotene Patenschaftshilfe auch weiterhin anzunehmen. Die Auffassung der Universität Göttingen über die weitere Beratungshilfe wird für die künftige Haltung von Bedeutung sein.
5. Der Senat hat deshalb Herrn Senator Thape gebeten, das Gespräch wieder mit dem Rektor der Universität Göttingen aufzunehmen.
6. Bis zur endgültigen Entscheidung des Senats der Freien Hansestadt Bremen wird der Senat alle die ihm notwendig erscheinenden Maßnahmen treffen, um den zügigen Weiterbau der Universität zu ermöglichen.

Die vom Senat eingeleiteten Verhandlungen mit der Universität Göttingen über die Frage der Fortgeltung der mit ihr vereinbarten Beratungs- und Gründungshilfe für die Universität Bremen führten am 26. Februar 1970 zu dem Ergebnis, daß die Göttinger Universität keine Möglichkeit sah, anstelle der ausgeschiedenen Professoren und Dozenten neue Hochschullehrer als Mitglieder für den Gründungssenat zu benennen.

Hiervon unberührt blieb jedoch die ebenfalls 1968 ausgesprochene Bereitschaft der Universität Göttingen, bei den Erstberufungen für Bremen durch die zuständigen akademischen Organe der Universität Hilfe zu leisten.

In der damit eingetretenen eindeutigen Situation bemühte sich der Senat in Übereinstimmung mit der insoweit einstimmigen Empfehlung des nichtständigen Bürgerschaftsausschusses, wieder habilitierte Hochschullehrer für den Gründungssenat zu gewinnen, die zur Mitarbeit an der Universitätsgründung auf der Grundlage des sogenannten „Bremer Modells" bereit waren.

Bereits am 7. April 1970 konnte der Senator für das Bildungswesen dem Senat eine Liste mit sechs Hochschullehrern vorlegen, die am 10. April 1970 vom Senat als neue Mitglieder des Gründungssenats bestätigt wurden. Daraufhin konnte der Gründungssenat am 13. April 1970 seine am 14. Januar 1970 unterbrochenen Beratungen wieder aufnehmen.

In der Öffentlichkeit sind Bedenken gegen zwei neue Mitglieder des Gründungssenats erhoben worden. Insbesondere ist am 13. April 1970 die Frage an den Gründungssenat gestellt worden, ob die verfassungsrechtlichen Garantien des Grundgesetzes und der Bremischen Landesverfassung die Basis für die weitere Arbeit des Gründungssenats bilden werden. Zu diesen Bedenken erklärt der Senat, daß ihm keine Tatsachen bekannt geworden sind, die die Verfassungstreue dieser Mitglieder des Gründungssenats in Frage stellen. Dazu ist auf folgendes hinzuweisen:

1. Gemäß Artikel 5 Absatz 3 Grundgesetz sind Wissenschaft, Forschung und Lehre frei; die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung. Dieses Grundrecht der Wissenschafts-

freiheit schützt jedermann und damit auch die Mitglieder des Gründungssenats in ihrer wissenschaftlichen Betätigung. Jedem Wissenschaftler ist es erlaubt, seine wissenschaftliche Überzeugung frei darzulegen.

2. Mit Ausnahme der Studentenvertreter stehen die Mitglieder des Gründungssenats in einem Beamten- oder Angestelltenverhältnis zu einem Bundesland oder zu einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft. Diese Mitglieder des Gründungssenats haben sich nach ihrem Eintritt in den öffentlichen Dienst durch Diensteid oder Gelöbnis ausdrücklich auf das Grundgesetz verpflichtet.

3. Ein Eingehen des Gründungssenats auf die an ihn gestellte Frage hätte unter diesen Umständen bedeuten können, daß er die geäußerten Bedenken an seiner Verfassungs- und Eidestreue für berechtigt halte. Damit besteht kein Grund, zu beanstanden, daß Herr Professor Dr. Wiethölter es deshalb für den Gründungssenat abgelehnt hat, auf die betreffende Frage hin sich ausdrücklich zum Grundgesetz und zur Bremischen Landesverfassung zu bekennen.

Der Senat ist der Auffassung, daß es im wohlverstandenen Interesse der Universität Bremen liegt, hochschulpolitische Spannungen, die sich aus der allgemeinen Gesellschaftskrise dieser Zeit ergeben, bereits in der Gründungsphase nach Möglichkeit durch Zusammenarbeit abzubauen und nicht blind auszuklammern. Die politische Verantwortung für die Planung, den Aufbau und die Finanzierung der Universität Bremen trägt jedoch nicht der Gründungssenat. Sie obliegt der Bürgerschaft und dem Senat der Freien Hansestadt Bremen. Der Gründungssenat ist das wichtigste Beratungsgremium beim Aufbau der Universität, über seine Empfehlungen hat jedoch der Senat der Freien Hansestadt Bremen zu entscheiden.

Das Sonderbauprogramm zur beschleunigten Eröffnung der Universität Bremen hat selbstverständlich auch Auswirkungen auf das Finanzierungsprogramm. Dabei kann von folgenden Fakten ausgegangen werden:

Bremen hat in den Jahren 1961 bis 1971 für die Universität 146,9 Millionen DM bereitgestellt, und daneben für den Zuschuß an den Länderfonds zur Errichtung neuer wissenschaftlicher Hochschulen weitere 19,5 Millionen DM.

Davon hat Bremen für die Universität bis einschließlich 1969 bereits 81,6 Millionen DM zur Verfügung gestellt, und zwar für Kauf und Erschließung des Universitätsgeländes 52,8 Millionen DM, für Personal- und Sachkosten der Staatsbibliothek — Universitätsbibliothek im Aufbau — 22,0 Millionen DM, für Personal- und Sachkosten der Universitätsplanung und des Universitätsbauamts 6,8 Millionen DM.

Für die Jahre 1970 und 1971 stehen insgesamt 98,7 Millionen DM als Baumittel zur Verfügung, die sich aus Haushaltsresten in Höhe von 16,1 Millionen DM und Haushaltsmitteln für 1970 in Höhe von 30 Millionen DM beziehungsweise für 1971 in Höhe von 52,6 Millionen DM zusammensetzen.

Für die Anfangsstufe werden 1970 und 1971 nach den jetzt vorliegenden Kostenvoranschlägen beziehungsweise Kostenschätzungen Mittel von insgesamt 93,4 Millionen DM benötigt.

Es ergibt sich somit, daß ohne Berücksichtigung des Vorstufenprogramms nicht verplante Baumittel von 5,3 Millionen DM zur Verfügung stehen. Das Vorstufenprogramm erfordert aber Aufwendungen von insgesamt 33,2 Millionen DM. Die dadurch entstehende Finanzierungslücke wird zum großen Teil durch die finanzielle Beteiligung des Bundes an dem Vorstufenprogramm in Höhe von 16,4 Millionen DM ausgeglichen, worin auch ein anteiliger Betrag für Grunderwerbskosten enthalten ist.

Dennoch verbleibt für die beiden Haushaltsjahre 1970 und 1971 ein Fehlbetrag von 11,5 Millionen DM, um dessen zusätzliche Bewilligung der Senat die Bürgerschaft demnächst bitten wird. Daneben wird es zwingend notwendig, zur Gewährleistung eines kontinuierlichen Bauablaufs die Bürgerschaft nachträglich um Verpflichtungsermächtigungen in den Haushaltsjahren 1970 und 1971 zu bitten.

Über die Entwicklung der Verhandlungen, die über das Weitergelten des Abkommens der Länder zur Finanzierung neuer wissenschaftlicher Hochschulen von 1964 und über den geplanten Staatsvertrag der Länder zur Finanzierung der laufenden Kosten der Universität Bremen geführt werden, wird der Senat der Bürgerschaft berichten, sobald konkretere Zwischenergebnisse vorliegen.

Abschließend ist über die Maßnahmen zum Aufbau eines Lehrkörpers und einer Universitätsverwaltung zu berichten.

Um die Voraussetzungen zur Einstellung von Hochschullehrern zu schaffen, sind in dem Entwurf zur 10. Novelle des Bremischen Besoldungsgesetzes, der der Bürgerschaft demnächst vorgelegt werden wird, die Regelungen aufgenommen worden, die einerseits ohne vorherige Festlegung der Lehrkörperstruktur möglich, andererseits aber zur Einstellung von Hochschullehrern besoldungsrechtlich unbedingt notwendig sind. Entsprechende Schritte zur notwendigen Ergänzung des Beamtenrechts stehen bevor. Nach der Einwerbung entsprechender Planstellen sind die ersten Ausschreibungen für Hochschullehrer im Herbst 1970 vorgesehen.

Am 3. April 1970 ist in überregionalen Zeitungen die öffentliche Ausschreibung des Amtes des Gründungsrektors erschienen. Die Auswahl der Bewerber erfolgt im Einvernehmen von Senat und Gründungssenat.

Die mit dem Herannahen der Universitätseröffnung nunmehr unaufschiebbare Personalvermehrung für die Universitätsverwaltung soll gemäß der im Haushaltsgesetz für 1970 enthaltenen Ermächtigung durch die Finanzdeputation beschlossen werden, der ein Antrag für die zunächst im Jahre 1970 erforderlichen neuen Planstellen für Planung und Verwaltung der Universität bereits vorliegt.

Nach Bewilligung der Stellen wird es noch geraume Zeit dauern, bis sie mit qualifizierten Fachleuten besetzt sind. Das hat sich insbesondere gezeigt, nachdem für die Herstellung des Programms für die integrierte Datenverarbeitung der Staatsbibliothek 6 Stellen für Programmierer geschaffen wurden, für die nur sehr schwer ausgebildete Bewerber gewonnen werden können.

Wie dieser Bericht des Senats über den Stand der Universitätsplanung deutlich erkennen läßt, gewinnt das Großunternehmen „Universität Bremen" rasch zunehmend an Komplexität. Eine undifferenzierte Betrachtungsweise und Beurteilung der Planungs- und Entwicklungszusammenhänge ist daher schon seit längerem nicht mehr möglich. Diese Tatsache führt zwangsläufig zu der Erkenntnis, daß Versuche der Einflußnahme, von welcher Seite auch immer, die Gesamtentwicklung der Universität nicht mehr aus ihrer vorgesehenen Richtung zu drängen vermögen. Bremen wird eine freie, weltoffene, leistungsfähige und demokratische Universität erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Darf ich jetzt gleich die Antwort auf die Anfrage der CDU-Fraktion geben?

Präsident Engel: Bitte!

Senator für das Bildungswsen Thape: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte noch um etwas Geduld, aber es ist ja beschlossen worden, daß die Anfrage der CDU-Fraktion sofort beantwortet wird.

Ich darf sie im Namen des Senats wie folgt beantworten:

Frage 1 lautete: Ist der Senat mit uns der Ansicht, daß Zweifel an der Verfassungstreue einzelner Mitglieder des Gründungssenats für die Universität in Bremen gerechtfertigt sind?

Auf diese Frage erteilt der Senat folgende Antwort: Nein.

2. Ist der Senat mit uns der Auffassung, daß sich Herr Professor Dr. Rudolf Wiethölter für eine Mitarbeit im Gründungssenat dadurch disqualifiziert hat, daß er auf eine entsprechende Frage des Vorsitzenden der FDP-Bürgerschaftsfraktion es öffentlich abgelehnt hat, sich zum Grundgesetz und zur Bremischen Landesverfassung zu bekennen?

Auf diese Frage erteilt der Senat folgende Antwort: Nein.

3. Wie beurteilt der Senat die veröffentlichten Ausführungen der studentischen Vertreter im Gründungssenat, wonach das Ziel ihrer „sozialistischen Politik" die „revolutionäre Umwälzung der Gesellschaft" ist und sie die personellen und materiellen Voraussetzungen schaffen wollen, um „die Universität und die an ihr betriebene Wissenschaft in den Dienst der Interessen des Proletariats zu stellen"?

Auf diese Frage erteilt der Senat folgende Antwort: Die in der Anfrage angeführten Zitate sind enthalten in dem in der Zeitschrift „studentische politik" Heft 2/1970, Seite 20 ff, veröffentlichten Aufsatz „Bremen zwischen Technokratie und Demokratisierung". Verfasser dieses Aufsatzes sind Detlev Albers, Gert Hinnerk Behlmer und Werner Loewe. Die Herren Albers und Behlmer sind nicht mehr Mitglieder des Gründungssenats. Lediglich der Mitverfasser Werner Loewe gehört dem Gründungssenat an.

Die von den Verfassern am Ende des betreffenden Aufsatzes genannten Ziele studentischer Bemühungen und Politik sind nicht neu, sondern seit Jahren bekannt. Diese Ziele sind bisher vom Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) verfolgt worden. Die studentischen Mitglieder des Gründungssenats haben sich dazu bekannt und 1968 auch davon gesprochen, daß sie ein Mandat des VDS wahrnehmen. Dies war bisher auch für die CDU kein Grund, mit den studentischen Mitgliedern des Gründungssenats nicht zusammenzuarbeiten. Ohne sich in irgendeiner Weise mit dieser Veröffentlichung zu identifizieren, beurteilt der Senat die in dem veröffentlichten Aufsatz gemachten Ausführungen dahingehend, daß der Mitverfasser des Aufsatzes Werner Loewe weiterhin für die Ziele des VDS eintritt.

4. Ist der Senat mit uns der Ansicht, daß Personen, die solche verfassungswidrigen Ziele verfolgen, für die Mitarbeit im Gründungssenat ungeeignet sind?

Die Beantwortung dieser Frage entfällt nach den Antworten zu 1 bis 3.

5. Teilt der Senat unsere Besorgnis, daß durch den begründeten Verdacht, in Bremen werde eine ideologisch gebundene Universität angestrebt, an der die Freiheit von Forschung und Lehre nicht gewährleistet ist, die Mitfinanzierung durch Bund und Ländern ernshaft gefährdet wird?

Auf diese Frage erteilt der Senat folgende Antwort: Es besteht kein Anlaß zu dem geäußerten Verdacht, in Bremen werde eine ideologisch gebundene Universität angestrebt, an der die Freiheit von Forschung und Lehre nicht gewährleistet wäre. In Bremen wird eine Universität errichtet, an der gemäß Artikel 5 Absatz 3 Grundgesetz Wissenschaft, Forschung und Lehre frei sind und diese Freiheit auch gesichert ist. Die Beantwortung des restlichen Teils der Frage erübrigt sich damit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Wir treten nunmehr in eine Aussprache über den Bericht des Senats ein, und ich schlage Ihnen vor, daß wir in diese Debatte die Aussprache über die mündliche Antwort des Senats auf die Anfrage der CDU-Fraktion einbeziehen.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist mit dieser Regelung einverstanden.

Interfraktionell ist vereinbart worden, daß die Fraktionen zunächst in folgender Reihenfolge zu Wort kommen: CDU, FDP, NPD, SPD.

Wer ist der Sprecher der CDU-Fraktion? — Herr Dr. Sieling! Der FDP-Fraktion? — Herr John! Der

NPD-Fraktion? — Herr Vorsatz! Und der SPD-Fraktion? — Herr Dr. Czichon!

Meine Damen und Herren, ich bitte, damit einverstanden zu sein, daß ich bei der weiteren Aussprache berechtigt bin, die Reihenfolge der Redner zu ändern.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist damit einverstanden.

Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Seit der Senat im November 1959 Herrn Dr. Rothe mit der umfassenden Vorbereitung für die eventuelle Errichtung einer Universität in Bremen betraut hat, sind mehr als zehn Jahre ins Land gegangen.

(Abg. Stäcker [SPD]: Das ist Tatsache!)

In dieser Zeit hat das Universitätsprojekt, das von seiten der SPD immer wieder mit viel Vorschußlorbeer als besonders fortschrittlich herausgestellt worden ist, bereits mehr Zündstoff und Schlagzeilen in den Blättern der Bundesrepublik erzielt, als alle anderen Universitätsgründungen nach dem Krieg in den von der CDU/CSU regierten Bundesländern zusammen.

(Beifall bei der CDU — Abg. Böhrnsen [SPD]: Soll das eine Zensur sein? — Widerspruch bei der SPD)

Wollen Sie das bestreiten, Herr Böhrnsen?

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Als Minuszensur für die CDU/CSU! — Glocke)

Präsident Engel: Das Wort hat Herr Dr. Sieling!

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Der im November 1961 vom Senat eingesetzte Beratungsausschuß für die Gründung einer Universität zu Bremen trat im Januar 1962 zu seiner konstituierenden Sitzung unter Herrn Professor Weber zusammen. Seine 16 Mitglieder, alles hochqualifizierte Wissenschaftler, taten in Zusammenarbeit mit dem damaligen Bildungssenator, Herrn Dehnkamp, und dem späteren Kurator, Herrn Dr. Rothe, ihr Bestes, Bremen bei dem Aufbau seiner Universität zur Seite zu stehen.

(Beifall bei der CDU)

Im Mai 1964 benannte der Senat diesen Beratungsausschuß in Gründungsausschuß für die Universität Bremen um, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß die Gründung der Universität nunmehr mit aller Kraft vorangetrieben werden sollte.

Während der Geländekauf, die Errichtung des Universitätsbauamts sowie der Ausbau der Staatsbibliothek zur künftigen Universitätsbibliothek gute Fortschritte machten, bahnten sich zwischen Senat und SPD auf der einen und den Mitgliedern des Gründungssenats auf der anderen Seite inzwischen ernste Differenzen an. Herr Bürgermeister Dehnkamp war inzwischen an die Spitze der Bremer Regierung getreten und hatte dem neuen Bildungssenator Thape mit der Gründung der Universität eine Aufgabe hinterlassen, der er sich in den folgenden Jahren leider nicht gewachsen zeigte.

(Beifall bei der CDU — Abg. Schnakenberg [SPD]: Das möchten Sie gern!)

Es wurde immer deutlicher, daß der neue Bildungssenator eine recht unglückliche Hand hatte bei den schwierigen Verhandlungen, die im Zusammenhang mit dem Entwurf zum Gesetz über die Universität Bremen zwischen ihm und dem inzwischen von Herrn Professor Bargmann geführten Gründungsgremium erforderlich wurden.

(Abg. Fichtner [NPD]: Linke Hand!)

Zum offenen Eklat kam es, als der Gründungssenat am 18. Februar 1967 als Protest gegen dieses von der SPD gegen die Stimmen der Opposition durchgebrachte Hochschulgesetz und wegen der Unmöglichkeit einer verständnisvollen Zusammenarbeit mit dem Bildungssenator Thape, wie sich der Gründungsausschuß ausdrückte, seinen Rücktritt erklärte. Jetzt war die SPD in Not!

(Zuruf von der SPD: Oho! — Abg. Filzen [CDU]: Und immer noch!)

In Erkenntnis der Tatsache, daß sich kurzfristig kaum renommierte Wissenschaftler bereiterklären würden, anstelle der soeben zurückgetretenen Herren für die Universitätsgründung in Bremen wirken zu wollen, entschloß man sich im Hinblick auf die für Herbst dieses Jahres vor den Türen stehende Bürgerschaftswahl, kostet es, was es wolle, dennoch ein neues Beratergremium zu etablieren.

Die CDU warnte damals vor voreiligen Entschlüssen und empfahl, einem aus Göttingen kommenden Angebot der Partnerschaft den Vorzug zu geben, da wir erkannten, daß dem mit Rücksicht auf die Wahl zusammengerufenen Gremium nur eine kurze Lebensdauer beschieden sein würde. Der Bildungssenator lehnte damals ab und verfestigte diese Ablehnung auch noch in einem Gespräch vor dem Fernsehschirm.

Was kommen mußte, kam unmittelbar nach der Wahl:

(Abg. Kahrs [SPD]: Reden Sie doch einmal von der Gegenwart!)

Der soeben ins Leben gerufene Ausschuß ging sang- und klanglos unter, und ein neues Suchen nach einem dritten Gründungsgremium, jetzt mit Hilfe der Universität Göttingen, begann. Anderthalb Jahre etwa gingen ins Land, bis der Senat nach Rücktritt

des Bargmann-Ausschusses seinen neuen, jetzt zwölfköpfigen Ausschuß zusammenbringen konnte.

(Abg. Ströh [SPD]: Das sind aber olle Kamellen!)

Diesem Ausschuß gehörten neben sechs renommierten Göttinger Professoren jeweils drei Vertreter der wissenschaftlichen Assistenten und der Studentenschaft an. An die Spitze dieses Ausschusses trat Herr Professor Killy, der insbesondere von den beiden Hamburger Studenten, die vorhin schon einmal genannt worden sind, immer wieder als besonders fortschrittlich ins Spiel gebracht worden war. Um so mehr muß es überraschen, daß dieser Gelehrte gerade an diesen, seinen einstigen Fürsprechern gescheitert ist, und zwar in dem Augenblick, als er es wagte, sich einmal gemeinsam mit den anderen Hochschullehrern des inzwischen zum Gründungssenat erhobenen Beratungsausschusses gegen die von den Studenten und Assistenten vertretenen Ansichten zu stellen.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Das ist eben Demokratie!)

Die Studenten empfanden, daß Killy nach allen bis dahin gemachten Erfahrungen in diesem aus sechs Professoren, drei Assistenten und drei Studenten zusammengesetzten Gründungssenat nicht mehr von der Funktionsfähigkeit eines solchen, paritätisch zusammengesetzten Gremiums überzeugt war und zögerten keinen Augenblick, ihm nunmehr schroff den Rücken zu kehren. Schnell wandelte sich die einst begeisterte Zustimmung für Killy in eine harte Frontstellung gegen ihn und gegen die anderen Professoren des Gründungssenats, indem sie diesen Herren nunmehr vorwarfen, sie hätten die Arbeiten im Ausschuß immer wieder verschleppt.

Mit dem Auszug der Professoren aus dem Gründungsgremium witterten Studenten und Assistenten ihre große Stunde. Damit konnten sie in das entstandene Vakuum vorstoßen und erklärten sich sehr schnell bereit, dem Senat eine Gruppe von Hochschullehrern vorzuschlagen, die willens wären, das von Killy konzipierte Modell, das die SPD inzwischen als „Bremer Modell" vereinnahmt hatte, wieder mit professoralem Leben zu erfüllen.

(Abg. John [FDP]: Da waren Sie aber dabei, Herr Dr. Sieling, das muß ich sagen, bis zur letzten Minute!)

Ich gehe direkt darauf ein.

Noch bestand bei der CDU Hoffnung, die Universität Göttingen würde sich erneut einschalten

(Abg. Klemmer [SPD]: Da müssen Sie selbst lachen! — Unruhe auf der Senatsbank)

und dadurch verhindern, daß nunmehr den Studenten und der SPD einseitig genehme Professoren berufen würden.

(Glocke)

Präsident Engel: Ich bitte doch die Mitglieder des Senats, sich nicht in den Ablauf der Verhandlungen einzumischen.

(Beifall bei CDU und NPD — Senator Dr. Borttscheller: Wir haben nur gelacht!)

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Als Göttingen dem Bildungssenator die kalte Schulter zeigte, gab es für uns keinen Zweifel, daß wir unter diesen Umständen das sogenannte „Bremer Modell" nicht weiter mit tragen können würden. Wir forderten, sich entweder um eine neue Partnerschaftsuniversität zu bemühen, die ihr Gewicht bei der Berufung der Professoren in die Waagschale werfen könnte, oder die Zusammensetzung des Gremiums zugunsten der Professoren zu verstärken. Leider ist dieser Vorschlag von der SPD überhaupt nicht aufgegriffen worden.

(Abg. Ströh [SPD]: Gott sei Dank!)

Ohne Einschaltung des Senats und ohne Einschaltung der zuständigen Deputation für Kunst und Wissenschaft bemühte sich der Bildungssenator und sein politischer Beamter um das Anwerben neuer, der SPD besonders genehmer Professoren und überraschte nicht nur uns, sondern auch ihren Koalitionspartner FDP mit der Bekanntgabe der Einladung dieser Professoren zu einer anberaumten Sitzung des 4. Gründungssenats, bevor die Landesregierung die Bestätigung dieser Herren vollzogen hatte.

(Abg. Kähler [SPD]: Lachen Sie doch wieder einmal!)

Der SPD-Bildungssenator Thape stellte sich auf den Standpunkt, die Landesregierung habe seine Auswahl der Professoren lediglich formell zu bestätigen. Der FDP-Hafensenator wies diese Auffassung als „unmöglich" zurück. Recht behielt natürlich der Bildungssenator der SPD. Die besonders umstrittene Abstimmung im Senat erfolgte sogar zu einer Zeit, als zwei Senatoren der FDP gar nicht anwesend waren, da sie aufgrund — wie wir von seiten der FDP gehört haben — einer Zusage des Regierungschefs, daß die aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten in Gesprächen noch ausgeräumt werden sollten, zur Zeit der Entscheidung im Senat anderen Verpflichtungen nachgegangen sind.

(Abg. Klein [CDU]: Unbestreitbar!)

Solange die Zusammensetzung der Professorenschaft in dem neuen Gründungssenat noch offen war und wir hoffen konnten, daß im Interesse weiterer gemeinsamer Bemühungen um die Universität in Bremen die in Aussicht genommenen Namen im Rahmen der zuständigen Deputation erörtert werden würden, war die CDU noch bereit, in dem nichtständigen Ausschuß der Bürgerschaft zur Erarbeitung des Universitätserrichtungsgesetzes mitzuarbeiten.

Nachdem aber die SPD sich bedenkenlos über alle Einwendungen, nicht nur von uns, sondern auch von

der FDP hinweggesetzt hat, wo wir erkennen mußten, welche politische Einseitigkeit der Bildungssenator bei der Auswahl der Professoren hat walten lassen, sahen wir uns außerstande, die Mitverantwortung für den von der SPD völlig einseitig geplanten Entwurf des Universitätserrichtungsgesetzes mit zu tragen und uns als Feigenblatt für das uneingeschränkte Durchsetzen der sozialdemokratischen Vorstellungen in diesem Ausschuß mißbrauchen zu lassen.

(Beifall bei der CDU)

Dann, meine Damen und Herren, ist hier in diesem Hause der geeignete Platz für die Auseinandersetzungen, und Sie können mir glauben, daß wir von dieser Möglichkeit ausgiebig Gebrauch machen werden.

(Beifall bei der CDU)

Wie steht es nun mit dem neuen Gründungsgremium, dem die Landesregierung unter dem Druck der vom Bildungssenator verschickten Einladungen an die noch nicht ernannten Hochschullehrer inzwischen seinen Segen gegeben hat und für deren Berufung er damit, jedenfalls nach Meinung meiner politischen Freunde, in Zukunft die volle Verantwortung zu tragen hat?

Ich werde mich im Augenblick nicht mit dem einen oder anderen der berufenen Hochschullehrer, unter denen sich meines Wissens auffallenderweise dieses Mal nur ein einziger Ordinarius befindet, besonders beschäftigen, sondern ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf eine ganz andere Frage richten:

(Abg. Klemmer [SPD]: Da sind wir aber gespannt!)

Als besonders aktiv haben sich im Laufe der Verhandlungen im Gründungssenat ohne Zweifel immer wieder die Studenten erwiesen.

(Abg. Klemmer [SPD]: Aha!)

Sie sind jeweils mit festen politischen Vorstellungen gekommen, die den Vorstellungen ihrer Entsendungskörperschaft entsprachen. Die Assistenten haben wir nie als wirklich unabhängig ansehen können. Wer möchte als angehender Hochschullehrer es heute wagen, sich offen gegen die Studenten zu stellen und gegen sie zu votieren, in einer Zeit, in der die studentischen Kader ein erstklassiges

(Lachen und Unruhe bei der SPD — Beifall bei der CDU)

Warnsystem von Universität zu Universität entwickelt haben?

(Zurufe von der FDP)

Daher kommt es in unseren Augen so entscheidend darauf an, daß diese von den Studenten und Assistenten vertretenen Auffassungen ähnlich kämpferische Professoren gegenübersitzen, die nicht bereit sind, sich einfangen zu lassen oder gar die Schleusen nach dem Willen der Studenten zu öffnen.

(Zuruf von der SPD: Legen Sie mal Ihre Scheuklappen ab! — Abg. Filzen [CDU]: Nein! Gut das wir sie haben!)

Hatten die inzwischen ausgeschiedenen Studentenvertreter den zunächst von ihnen als superfortschrittlich benannten Professoren nachträglich Verschleppungstaktik vorgeworfen, so liest man in den „Göttinger Nachrichten" in dem Artikel eines soeben in den Gründungssenat berufenen Studenten bereits sehr viel klarer, die sechs nun plötzlich von den Studenten als reaktionär bezeichneten Göttinger Professoren hätten sinnvolle Entscheidungen, wie man sich dort ausdrückt, „verunmöglicht".

(Abg. Fischer [CDU]: Ein ganz neues Wort!)

Wohin der Weg solcher Studentenvertreter führt, läßt sich leicht absehen an den Entwicklungen an anderen deutschen Universitäten. Blicken wir nur einmal nach Berlin:

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Der arme Kreibisch!)

Die Wände zahlreicher Gebäude der Freien Universität sind übersät mit kommunistischen Parolen und verschmiert mit Hammer und Sichel sowie roten Sternen. Noch bis vor kurzem versuchten die roten Zellen und andere einflußreichen Gruppen, ihren kommunistischen Charakter zu verhüllen. Das hat sich inzwischen geändert. Die „Rote Pressekorrespondenz", das Organ dieser Gruppe, empfiehlt heute offen, jetzt mit dem „Programm der Kommunisten hervorzutreten und den Massen unverhüllt unsere kommunistischen Ziele darzulegen". Ihr proklamiertes Ziel ist nach diesen Meldungen — wörtlich —: „Die Zerschlagung des Staatsapparats", die Ablösung der" — wörtlich — „parasitären, korrupten Lumpenbürokratie" sowie die Schaffung einer „revolutionären Organisation" zur Vollendung der Weltrevolution.

(Abg. Kähler [SPD]: Und da haben Sie Angst bekommen.)

Diesen Zielen dient auch die Hochschulpolitik dieser Gruppen. In Anknüpfung an längst überwunden geglaubte Zeiten wird versucht, jede einzelne Wissenschaftsdisziplin und jedes einzelne Studienfach in den Dienst des Klassenkampfes zu stellen.

(Abg. Klein [CDU]: Genau!)

Dabei ordnen sie der Personalpolitik die Schlüsselstellung ein. Kommunistische Tutoren und Assistenten sollen sogenannte „freie Räume" gewährleisten, in denen das eigene revolutionäre Bewußt-

sein geschult und die revolutionäre Berufspraxis vorbereitet werden sollen.

(Abg. Sagner [CDU] zur SPD: Da sagen Sie nichts!)

Die politische Ökonomie wird als Waffe im Klassenkampf vorgestellt. Der Studienplan der „ROZÖK" — Rote Zelle Ökonomie — gibt bereits auf dem Deckblatt den Hinweis — wörtlich —: „Für alles Reaktionäre gilt, daß es nicht fällt, wenn man es nicht niederschlägt!"

(Abg. Filzen [CDU]: Hört, hört!)

Diese „Rote Zelle Ökonomie", die sozialistische Massenorganisation für die Studenten der Wirtschaftswissenschaften, beschränkt ihre Konzeption und ihre Aktivitäten nicht auf den Hochschulbereich.

(Abg. Ströh [SPD]: Dr. Sieling bringt uns das Gruseln bei! — Heiterkeit bei der SPD)

Sie fällt vielmehr in längst überholte Ideen des 19. Jahrhunderts zurück und will sich mit den Klassenkämpfen des Proletariats gegen das Kapital verstehen.

(Abg. Heiber [SPD]: Gibt es denn noch ein Proletariat?)

Sie erklärt sich bereit, nunmehr Anstrengungen auf sich nehmen zu wollen, um das Wiederaufleben der Klassenkämpfe in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin organisiert voranzutreiben. Wörtlich herausgenommen!

Alles, was vom offiziellen Lehrkörper angeboten wird, wird entweder als „nichtssagender Schwachsinn" — wörtlich — oder als „technokratische Verfahrenslehre zur Stabilierung des herrschenden Systems" abgelehnt.

(Abg. Klemmer [SPD]: Was soll das eigentlich?)

Ähnliche Vorstellungen wie im Programm der „ROTZÖK" lassen sich auch nachlesen in den Programmen der „ROTSOZ", das heißt der roten Zelle der Soziologie, und der „ROTZMED", der roten Zelle der Medizin.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Sie sind aber sehr beschlagen auf diesem Gebiet!)

Dabei unterliegen alle diese „ROTZ'EN"

(Heiterkeit)

einer straffen Führung und Kontrolle, die über die jeweils anzuwendende Technik entscheidet und Anweisungen übermittelt.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, in einem Protokoll vom 12. 2. 70 der Gruppe III an der Technischen Universität Berlin

(Abg. Ströh [SPD]: Kommen Sie doch endlich einmal zur Sache! — Abg. Fischer [CDU]: Das ist ja zur Sache! Es tut mir leid, daß Sie es noch nicht begriffen haben!)

heißt es zur Agitatiton der Gesamthochschule — —

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich habe den Eindruck, wenn es polititsch wird, wird es Ihnen unangenehm.

(Widerspruch bei der SPD — Beifall bei der CDU)

Ihr Bildungssenator hat Sie eben gut davor bewahrt, aber jetzt kommt es!

Es heißt dort: „Uns erscheint es unmöglich, daß wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt — —

(Zurufe und Unruhe bei der SPD)

Bitte, vor 1933 hat mancher die Augen verschlossen und hat nichts sehen wollen und war praktisch überrascht, als es 1933 anders aussah!

(Beifall bei der CDU — Starke Unruhe bei der SPD — Abg. John [FDP]: Aber Ihr Vorsitzender war damals dabei! — Glocke)

Präsident Engel: Ich bitte um Ruhe!

(Abg. John [FDP]: Aber wenn er so etwas sagt!)

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Es heißt in diesem Protokoll: „Uns erscheint es unmöglich, daß wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt in der Lage wären, die gesamte Hochschule zu agitieren. Möglicherweise über die Technokratie — Diskussionen, Infragestellung des Berufsbildes der jeweiligen Fachrichtungen und über die Verunsicherung der einzelnen Studenten". Das sieht man als Ziel.

Zur Frage der Verlegung des Praktikums werden folgende Überlegungen angestellt. Wörtlich: „Wir schlagen vor, das Praktikum zeitlich nach's Vordiplom" — so steht es hier, sie meinen, auf die Zeit nach dem Vordiplom — „zu legen, um die Studenten gezielt in Firmen, Konzernen und Büros einsetzen zu können". Zur Agitation!

Zur Frage der Personalpolititk heißt es dort wörtlich: „Sämtliche relevanten Stellen, insbesondere Tutoren- und Assistentenposten, aber auch Sekretärinnenstellen müssen systematisch von uns mit entsprechenden Leuten besetzt werden. Der somit gewonnene Einfluß ist Voraussetzung für den Zugang in größerem Maße zu den materiellen Möglichkeiten". — Und nun genug damit!

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Das meine ich aber auch!)

Hören Sie ruhig noch einige Minuten zu, meine Damen und Herren!

Ein jeder wird sich vorstellen können, was auf die bremische Regierung und auf uns alle zukommen wird, wenn sich derartige Entwicklungen in unserem Zweistädte-Staat vollziehen.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Sie haben sich doch schon zurückgezogen!)

Da nützt es nichts, heute in Bremen eine Vogel-Strauß-Politik betreiben zu wollen, den Kopf in den bekanntermaßen recht unsicheren Untergrund der Städte Bremen und Bremerhaven zu stecken und zu hoffen, daß später einmal alles nicht so schlimm werden wird.

(Beifall bei der CDU)

Die Weichen für die kommende Entwicklung an der geplanten Universität werden in den nächsten Wochen und Monaten durch den Gründungssenat gestellt, der auf dem besten Wege ist, der bremischen Regierung immer mehr Rechte streitig zu machen und die Regierung auf diese Weise zum Kopfnicker in Personalfragen und zum ständigen Zahlmeister auf materiellem Gebiet zu degradieren.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion kann einer solchen Entwicklung trotz aller immer wieder bewiesenen Aufgeschlossenheit kein Vertrauen entgegenbringen!

(Beifall bei der CDU)

In dieser Beurteilung des Gründungssenats stehen wir nicht allein auf weiter Flur.

(Abg. Kähler [SPD]: Die NPD ist auch dabei! — Abg. Vorsatz [NPD]: Warten Sie ab!)

Auch die FDP hat durch ihren Fraktionsvorsitzenden sehr, sehr ernste Bedenken angemeldet und diese, zumindest zum jetzigen Zeitpunkt, auch nicht zurückgezogen.

(Beifall bei der CDU — Abg. John [FDP]: Weil Sie noch nichts gemerkt haben! — Abg. Filzen [CDU]: Herr John fällt schon um! — Abg. John [FDP]: Fällt nicht um!)

Ich habe volles Vertrauen zu Ihnen, Herr John, in diesem Punkt! Es ist zu hoffen, daß die FDP auch weiterhin zu ihrer Überzeugung stehen wird und nicht aus „übergeordneten Gesichtspunkten" auf den Kurs ihres Koalitionspartners einschwenkt.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Ist das nun Ihre Sache, oder Sache der FDP?)

Herr Böhrnsen, ich kann doch eine Hoffnung äußern. Das ist meine Sache!

(Abg. John [FDP]: Wir machen jedenfalls keine Joseph-Strauß-Politik)

Meine Damen und Herren, in der Zwischenzeit haben verschiedene Fraktionskollegen eingehende Gespräche mit im Wissenschaftsleben hochangesehenen Professoren über die Situtation bei der Bremer Universitätsgründung geführt. Dabei hat sich gezeigt, daß ein erheblicher Teil dieser Herren, auch eingeschriebene Mitglieder der SPD,

(Abg. Schnakenberg [SPD]: Na und?)

ernste Bedenken gegen die jetzt anlaufende Entwicklung in Bremen, insbesondere aber gegen den Gründungssenat und seine politisch einseitige Ausrichtung vorzubringen hatten.

(Abg. Ströh [SPD]: Unsere Köpfe zerbrechen wir uns selbst, Herr Dr. Sieling! — Abg. Filzen [CDU]: Sind schon!)

Das geschah nicht etwa, weil sie Bremen Schaden zufügen möchten, sondern weil sie überzeugt sind, daß sich die Universitätsgründung in Bremen auf einer abschüssigen Bahn bewegt und sich mit immer schnellerem Tempo der Talsohle nähert, auf der sie kaum ohne Zertrümmerung zum Stehen kommen wird.

(Lachen bei der SPD — Abg. Schnakenberg [SPD]: Das möchten Sie gern!)

Herrn Senator Thape brauche ich wohl nicht zu sagen, aus wessen Feder die folgenden Sätze eines meines Wissens auch von ihm hochgeschätzten Professors der Rechtswissenschaft stammen. Es heißt dort wörtlich:

„Ich habe Bedenken gegen eine Zusammensetzung des Gründungssenats, dessen politischer Standort weit links von der SPD angesiedelt ist,

(Abg. Klein [CDU]: Hört, hört!)

denn ich befürchte, daß das ohnehin bekanntlich äußerst schwierige Bremer Gründungsprojekt dadurch einer zusätzlichen politischen Belastung ausgesetzt wird, der es voraussichtlich auf die Dauer nicht wird standhalten können.

(Abg. Filzen [CDU]: Da haben wir es!)

Der neue Gründungssenat wird nämlich, wie zu erwarten ist, in Kürze mit Vorstellungen und Forderungen hervortreten, die der Bremer Senat vorausschaubarerweise nicht wird annehmen können. Ich fürchte, daß aus den daraus erwachsenden Konfliktsitutionen ein erneutes Scheitern des Gründungssenats mit sehr unglücklichen, weiteren politischen Folgen resultieren kann". — Soweit das Zitat!

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Ich dachte, das wäre von Ihnen!)

Meine Damen und Herren, der Bildungssenator und vor allem die bremische Regierung sollten solche, sehr ernst vorgetragene Bedenken nicht in den Wind schlagen und sich vor Augen halten,

daß ein nochmaliges Scheitern des nunmehr vierten Anlaufs zur Gründung einer Universität in Bremen nicht nur diesem Senator und dieser Regierung, sondern unserem kleinsten Bundesland schlechthin ungeahnten Schaden zufügen wird.

(Sehr richtig! und Beifall bei der CDU)

Was zur Zeit in Bremen geschieht, hat nichts mehr zu tun mit der verantwortungsvollen Aufgabe, im Interesse der deutschen Universität neue Studienplätze zu schaffen. Hier geht es darum, den Kern einer „ROTZEK"-Universität in Bremen und damit die Basis für die Ausbreitung dieser Bewegung im deutschen Universitätsleben überhaupt aufzubauen.

(Abg. Klein [CDU]: Genau! — Abg. Filzen [CDU]: Bremen ist der schwächste Punkt!)

Die CDU sagt ein klares Ja zur schnellen Schaffung von weiteren dringend benötigten Studienplätzen. Das haben die CDU/CSU-Kultusminister in anderen Bundesländern seit Jahren zur Genüge bewiesen. Die Bremer CDU-Fraktion ist aber nicht bereit, bis zur Bürgerschaftswahl 1971, koste es, was es wolle, schnell noch 300 bis 400 Einschreibungen in Bremen möglich zu machen, wenn nicht gewährleistet ist, daß damit Studienplätze geschaffen werden, an denen von den Studenten ernstlich gearbeitet wird und nicht Steuergelder verschleudert werden zur Vorbereitung und Finanzierung verfassungsfeindlicher, revolutionärer Umtriebe.

(Starker Beifall bei der CDU — Abg. Klemmer [SPD]: Das hätten Sie doch gleich sagen können, dann hätten Sie sich die Vorgeschichte sparen können!)

Möge man doch endlich begreifen, daß der von den roten Zellen geforderte Klassenkampf ein alter Hut aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg ist,

(Abg. Klein [CDU]: Völlig richtig!)

von dem sich ausgereifte, fortschrittliche Menschen im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts nicht mehr imponieren lassen.

(Beifall bei der CDU)

Auch die sogenannte „Wahrnehmung der Interessen des Proletariats", wie sie von den Studentenvertretern im Gründungssenat immer wieder in Anspruch genommen worden ist, hat nichts zu tun mit der von der CDU wiederholt erhobenen Forderung, endlich ernst zu machen mit dem Öffnen der Tore unserer weiterführenden Schulen und unserer Hochschulen für die Kinder aus allen Bereichen unserer Bevölkerung.

(Beifall bei der CDU)

Es bleibt nur zu hoffen, meine Damen und Herren, daß sich in der SPD dennoch noch genügend Kräfte finden werden, die die Entwicklung ohne Voreingenommenheit abzuschätzen wissen und ihren Teil dazu beitragen, daß sich nicht jene Kräfte durchsetzen werden, die dem „Berliner Modell" nachstreben oder dieses sogar weit überholen möchten.

Sagen Sie nicht, daß ich die Zukunft zu schwarz male! An unseren Universitäten ist heute etwas möglich, was Sie selbst, meine Damen und Herren von der SPD, vor einigen Jahren noch nicht für möglich gehalten hätten. Die Studentenverbände haben längst erkannt, daß nirgendwo in der Bundesrepublik Deutschland das gesellschaftliche System so schwach und so ungekonnt verteidigt wird wie in Bremen. Sie konzentrieren sich daher immer mehr auf die Bremer Universitätsgründung, um von hier aus ihren großen Vormarsch an die übrigen Universitäten der Bundesrepublik antreten zu können.

(Beifall bei der CDU)

Sollten der Bildungssenator und die bremische Regierung diese sich anbahnende Entwicklung nicht in letzter Minute erkennen und abstoppen, so werden sie Gefahr laufen, alles zu verlieren, was Bremen in der Bundesrepublik bisher noch an Goodwill entgegengebracht worden ist. — Ich danke Ihnen!

(Langanhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete John.

Abg. **John** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dieser Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU bin ich beinahe versucht, frei zu sprechen — das werden wir im Laufe des Tages ja noch können —, ich halte mich aber trotzdem an mein Manuskript.

Die Geschichte der Gründung der Bremer Universität ist lang, und sie hat zum Teil tragische Züge. Während der vergangenen zehn Jahre ging es in der ersten Phase bis etwa 1964 vor allem um die Frage: Wie kann Bremen mit Hilfe der anderen Bundesländer und einer damals noch aus verfassungsrechtlichen Gründen zweifelhaften finanziellen Beteiligung des Bundes seine Universität bauen und unterhalten? Diese Dinge sind inzwischen einigermaßen zufriedenstellend geklärt, denn der Bau der Universitätsgebäude hat bereits begonnen beziehungsweise steht unmittelbar bevor.

Im Mittelpunkt der zweiten Phase, die noch andauert, standen und stehen die Probleme der Hochschulgesetzgebung und damit die Struktur der künftigen Universität, die im Zeichen der Hochschulreform gegründet werden soll. Negative Höhepunkte sind dabei zweifellos der Rücktritt des ersten Gründungsausschusses im Februar 1967 und die Umstände, die zur Berufung des jetzigen Gründungssenats geführt haben.

Damals haben meine politischen Freunde und ich vor einer Entwicklung gewarnt, die den Ruf der Bremer Universität in qualitativer und hochschulpolitischer Hinsicht schwer belastet und eine Ver-

zögerung bei der Verwirklichung des Universitätsprojektes von etwa zwei Jahren bewirkte. Leider wurden unsere Warnungen zu jener Zeit in den Wind geschlagen. Wir erheben diesmal erneut unsere Stimme, weil wir nicht mitschuldig werden wollen an einer Entwicklung, die möglicherweise zu einer einseitigen politischen Ausrichtung dieser Universität führt, mit allen Konsequenzen, die sich daraus für die Freie Hansestadt Bremen ergeben.

Schon nach dem Rücktritt des letzten Gründungssenats am 14. Januar dieses Jahres hat die FDP-Fraktion erklärt, daß sie sich weiterhin für die Schaffung einer demokratischen, nach den Grundsätzen der Hochschulreform zu gestaltenden Universität einsetzen wird. Das bedeutet damals wie heute die klare Absage an alle Pläne und Absichten, hier in Bremen beispielsweise eine proletarische Rote-Zellen-Universität oder ein parteiideologisches Institut zu errichten.

Wir sind als Liberale nicht bereit, an die Stelle einer konservativen oder gar reaktionären Hochschulpolitik mit Vorstellungen aus den letzten 50 bis 100 Jahren eine neukonservative Hochschulpolitik treten zu lassen, die auf Thesen beruht, die ebenfalls vor über 100 Jahren aufgestellt worden sind. Liberale, fortschrittliche und moderne Hochschulpolitik heißt nach unserer Auffassung, die Zeichen unserer Zeit zu erkennen und die sich daraus ergebenden Aufgaben zu lösen. Die abgestandenen und verstaubten Vorstellungen des vergangenen Jahrhunderts, seien sie nun Klassenkampfparolen oder andere konservative, überlebte Ideen, sind hierfür nicht geeignet.

Die CDU-Opposition in diesem Hause — Herr Kollege Dr. Sieling, das steht im Manuskript und ist nicht erst nach Ihrer Rede jetzt eingefügt — hat wieder einmal nach bewährter Manier versucht, die Haltung der FDP in dieser Frage anzuzweifeln. Man könnte darüber eigentlich zur Tagesordnung übergehen, denn es handelt sich dabei um eine alte Methode, die hinlänglich bekannt ist. Auch der Griff in die schwarze Mottenkiste — sie ist eben schwarz — der persönlichen Verunglimpfung, den Herr Kollege Schepers auf der Pressekonferenz der CDU am 16. April getan hat, gehört zum makabren Stil dieser christlichen Partei, die sich sonst immer so sehr um Stilfragen bemüht, anstatt Politik zu treiben.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Der „Wummi" war doch nett gemeint, Herr John!)

Ich nehme es Herrn Kollegen Schepers ja gar nicht übel.

(Abg. Kauffmann [CDU]: Dann dürfen Sie das auch nicht angreifen!)

Nehmen Sie einmal den Umfang von uns beiden und setzen Sie das in eine Verhältnisgleichung, dann haben Sie die richtigen Maße.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Aber bei ihm geht keine Luft raus!)

Das war außerhalb des Protokolls, Herr Kollege.

(Zurufe: Das geht aber nicht!)

Herr Präsident, ich bitte um Entschuldigung, ich meinte anstatt Protokoll mein Manuskript.

Das alles — und jetzt sind wir wieder beim Manuskript — kennzeichnet nur den Standort einer Partei, die Opposition treiben möchte, dafür aber kein Konzept besitzt. Die CDU in diesem Hause — das haben wir schon in einer Pressekonferenz gesagt — schläft entweder fest oder ergeht sich in Obstruktionsübungen.

Denn wie ist es sonst zu erklären, meine Damen und Herren, daß man als Opposition freiwillig darauf verzichtet, seine Auffassung zu Gehör zu bringen und sich dadurch selbst die Möglichkeit nimmt, Einfluß auszuüben?

(Beifall bei FDP und SPD — Abg. Dr. Sieling [CDU]: Alles zu seiner Zeit!)

Während die zweite Oppositionspartei kaum eine Bürgerschaftssitzung vorübergehen läßt, ohne darauf hinzuweisen, daß sie ja nicht in einer Deputation oder in einem Ausschuß vertreten sei, räumt die CDU freiwillig das Feld und kündigt ihre Mitarbeit im Universitätsausschuß des Parlaments auf.

Wäre sie wenigstens konsequent geblieben — und jetzt komme ich zu den Grenzen —, so hätte sie auch ihre Mitglieder aus dem Fachhochschulausschuß der Bürgerschaft zurückziehen müssen, denn schließlich streben wir ja, auch die CDU, meine Damen und Herren von der CDU, einen Gesamthochschulbereich an, in dem für die Universität und für die Fachhochschulen ähnliche Probleme zu lösen sind. Aber daran haben Sie wohl nicht gedacht.

(Glocke)

Präsident Engel: Wollen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Fichtner beantworten?

Abg. **John** (FDP): Sehr gern, Herr Präsident!

Präsident Engel: Bitte, Herr Fichtner!

Abg. **Fichtner** (NPD): Ist Ihnen bekannt, Herr Kollege, daß die CDU-Fraktion ihre Vertreter aus dem Ausschuß noch gar nicht zurückgezogen hat, offiziell nicht zurückgezogen hat, sondern daß das lediglich eine Erklärung in der Presse ist?

(Abg. Dr. Czichon [SPD]: Jetzt soll das wieder nichts gewesen sein!)

Abg. **John** (FDP): Herr Kollege Fichtner, ich bin Ihnen herzlich dankbar für diese Frage. Wissen Sie, das erinnert mich so an den Mißtrauensantrag der CDU gegen Finanzsenator Speckmann, den sie dann einige Wochen später zurückzog. Das lag auf der gleichen Ebene.

(Abg. Schepers [CDU]: Wir hatten den Untersuchungsausschuß-Bericht noch nicht, Herr John! — Glocke)

Präsident Engel: Wollen Sie eine weitere Frage des Abgeordneten Fichtner beantworten?

Abg. **John** (FDP): Bitte sehr!

Präsident Engel: Bitte, Herr Fichtner!

Abg. **Fichtner** (NPD): Herr Kollege John, darf ich mir die Frage erlauben: Würden Sie Ihre Zustimmung geben, wenn die NPD den Antrag stellen würde, zusätzlich in den Ausschuß einen Vertreter entsenden zu dürfen?

(Heiterkeit — Abg. Friedrich Meier [SPD]: Als Ersatz-CDU? — Abg. Ostendorff [FDP]: Als Ersatz-CDU, das ist gut! — Erneute Heiterkeit)

Abg. **John** (FDP): Also, Herr Kollege Fichtner, darüber habe ich erstens nicht zu befinden, und zweitens weiß ich gar nicht, ob dann die CDU bereit wäre, Sie als Ersatzmann, als Reservist dort eintreten zu lassen.

(Erneute Heiterkeit)

Sehen Sie, da stimmen wir vielleicht ausnahmsweise einmal wieder überein. Aber ich meine, Ihre Frage, aus Ihrer Sicht, Herr Kollege Fichtner, kann ich durchaus verstehen, aber einigen Sie sich erst einmal mit der CDU, und dann stellen Sie die Frage neu.

(Abg. Fichtner [NPD]: Ich wollte ja Ihre Meinung hören!)

Herr Kollege, ich will mich hier nicht über das Thema demokratische oder nichtdemokratische Partei verbreiten. Darüber haben wir uns ja von diesem Platz aus schon oft unterhalten. Ich muß jetzt auch weitermachen, damit ich meine Redezeit auch einhalten kann.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Sehr verständlich!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das beweist deutlich: Der CDU geht es nicht um die Universität in Bremen, sondern einzig und allein um das Parteiziel, die Regierungskoalition hier und in Bonn zu sprengen.

(Widerspruch bei der CDU)

Wie konnten sonst der Bremer Landesvorsitzende der CDU und Bundestagsobgeordnete Dr. Müller-Hermann sowie sein Kollege Dr. Stoltenberg von der Bundesregierung fordern, der Bremer Universität Bundesmittel zu sperren, wie es vor kurzem in der Presse zu lesen war?

Nun ist mir, das muß ich hinzufügen, im Augenblick nicht bekannt, warum Herr Senator Thape nicht sprechen konnte, ob aus gesundheitlichen Gründen oder ob die CDU-Führung das zurückgezogen hat. Ich las in der Zeitung, das sei inzwischen zurückgezogen.

(Glocke)

Präsident Engel: Wollen Sie eine Frage des Abgeordneten Klein beantworten, Herr John?

Abg. **John** (FDP): Bei Herrn Klein immer!

Präsident Engel: Bitte, Herr Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Sind Sie bereit, Herr Kollege John, die „Parteihochschule" mit Steuergeldern zu finanzieren, die Sie selbst als „Parteihochschule" angegriffen haben?

Abg. **John** (FDP): Herr Kollege Klein, erstens bin ich noch nicht mit meiner Rede am Ende, und wenn Sie gut zugehört haben — was Sie ja häufig nicht tun —, dann haben Sie sicher gemerkt, und zwar nicht erst heute, sondern schon früher, daß es für die FDP unannehmbar ist, hier eine „Parteihochschule" anstatt einer Universität zu gründen.

(Abg. Klein [CDU]: Gut, ich bedanke mich!)

Also sind wir einig!

(Abg. Klein [CDU]: Also keine Finanzierung? — Abg. Ostendorff [FDP]: Aber Herr Klein, das ist doch!)

Aber, Herr Kollege Klein, ich komme gleich noch zu einem militärischen Vergleich, obwohl ich eigentlich Zivilist bin, aber vielleicht unterhalten wir uns mal darüber. Dann können Sie ja die nächste Zwischenfrage stellen.

(Abg. Klein [CDU]: Rückzug in Etappen!)

Mit Rückzügen haben Sie ja eher Erfahrung, das wissen Sie doch! Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, wir haben ja nachher noch sehr viel Zeit in der Einzeldebatte, uns auszutauschen, Argumente meine ich, nicht uns selbst.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, und nun kommt dieser militärische Vergleich, den ich jetzt hier anbringen will: Denn weil das alles, was die CDU hier im Hause und an anderer Stelle vorgetragen hat, eben nicht zusammenpaßt, deshalb dieser militärische Vergleich. Man kann sich nicht gleichzeitig von der Front im Ausschuß zurückziehen, freiwillig auf die dort vorhandene Chance der Gegenwehr und Einflußnahme sowie auf die Möglichkeit verzichten, dem Plenum der Bürgerschaft eine Stellungnahme der Ausschußminderheit zuzuleiten — denn das ist ja parlamentarischer Brauch in solchen Fällen — und gleichzeitig in der Etappe in Bonn dafür eintreten, daß der Nachschub an Geldmitteln für Bremen gesperrt wird.

Das Fazit kann nur lauten, meine Damen und Herren, und das möchte ich hier noch einmal mit allem Nachdruck sagen: Diese CDU-Opposition in Bremen ist die schlechteste, die es je gab.

(Beifall bei FDP und SPD — Heftiger Widerspruch bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin ja

noch nicht fertig mit meiner Rede. Jetzt habe ich mich mit der CDU beschäftigt. Es geht ja weiter, und den ersten Teil haben Sie anscheinend überhört.

Die Freien Demokraten haben dagegen ihre Kritik an den Mitgliedern des neuen Gründungssenats nicht geübt, um hier oder in Bonn eine Koalition zu sprengen, sondern um die künftige Bremer Universität davor zu bewahren, erneut ins Zwielicht zu geraten.

(Abg. Filzen [CDU]: Das schaffen Sie doch mit Umfallen!)

Ich bin in Versuchung, einen nichtparlamentarischen Ausdruck zu gebrauchen, aber ich will darauf lieber nicht eingehen.

(Abg. Klein [CDU]: Einer Ihrer Vorgänger ist schon mal umgefallen!)

Wir haben Sorgen, meine Damen und Herren, um diese Bremer Universität. Wir haben schwere Sorgen. Und gerade weil wir zu dieser Koalition in Bremen und in Bonn stehen, haben wir diese Bedenken geäußert. Nach unserer Auffassung kann der Bremer Universität nichts Schlechteres passieren, als daß man ihr nachsagt, sie sei einseitig politisch ausgerichtet. Dadurch würde nach allen Fehlschlägen in der Vergangenheit sofort eine Abwertung des Ansehens dieser neuen Universität in der wissenschaftlichen Welt und in der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik Deutschland eintreten.

Ich möchte alle diejenigen unter den Sozialdemokraten bitten, die meinen, es handele sich bei der ganzen Angelegenheit nur um irgendwelche Profilneurosen, diese Dinge einmal in aller Ruhe zu überlegen. Sie werden bei nüchterner Betrachtung wahrscheinlich zu den gleichen Ergebnissen kommen, wie sie hier von mir dargelegt worden sind.

Eine Koalition sollte nicht nur für das Zustandekommen von parlamentarischen Mehrheiten gebildet werden, sondern die Koalitionspartner sollten vielmehr eines ihrer vornehmsten Ziele auch darin sehen, daß man sich gegenseitig daran hindert, politische Dummheiten zu begehen, wie es in der „Zeit" vor einigen Monaten formuliert wurde.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Gegenseitig!)

Gegenseitig, selbstverständlich, denn sonst wäre es ja eben nicht das, was ich mir darunter vorstelle. Darum geht es auch jetzt.

Der Kollege Uhde, der noch in der vorletzten Ausgabe der „Bremer Bürgerzeitung" die FDP darauf hinwies, daß in Bremen auch noch andere Koalitionen denkbar seien, wird sich wohl fragen müssen — und heute mehr als je —, mit wem sollte denn wohl die SPD koalieren, mit der CDU,

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Sie können ruhig schlafen, Herr John!)

oder mit der NPD, oder gar mit beiden? Ich glaube, die Antwort auf diese Frage erübrigt sich.

(Abg. Klein [CDU]: Nutzen Sie Ihre Stärke! — Heiterkeit)

Herzlichen Dank für Ihre Aufforderung, Herr Kollege Klein! Nur, darauf bin ich ja auch schon viel früher gekommen, vor drei Jahren schon, nur, da waren die Verhältnisse etwas anders.

(Abg. Klein [CDU]: Gehen Sie aber nicht den Weg Ihres Vorgängers!)

Aber Herr Kollege, ich weiß nicht, welchen Vorgänger Sie meinen, denn ich hatte ja einige inzwischen.

(Abg. Klein [CDU]: Zwei genau!)

Das Parlament und die Öffentlichkeit haben aus unseren Äußerungen erfahren, weshalb die FDP-Fraktion als erste Bedenken gegenüber Professor Wiethölter und Dr. Geiss als Mitglieder im neuen Gründungssenat angemeldet hat. Daß die CDU erst durch die FDP aus ihrem Tiefschlaf gerüttelt werden mußte,

(Widerspruch und Lachen bei der CDU)

um sich danach bei ihr zum Trittbrettfahrer zu machen und um dann anschließend Unwahrheiten und Verunglimpfungen zu verbreiten, sei hier noch einmal am Rande erwähnt.

Heute morgen, als Herr Kollege Dr. Sieling sprach — das ist jetzt wieder außerhalb des Manuskripts —, da fiel mir ein Zitat ein. Ich dachte, vielleicht kann man es abwandeln. Da habe ich mir folgendes aufgeschrieben: „Denn wo Argumente fehlen, stellt ein persönlicher Angriff zur rechten Zeit sich ein!"

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Oh, Sie haben Wiethölter angegriffen!)

Aber nicht persönlich, sondern ich habe Bedenken geäußert. Ja, das war jetzt auf Ihre Pressekonferenz bezogen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, interessanter ist es jedoch vielleicht, daß die Christdemokraten auch schon schliefen, als am 23. März 1970 die Frage nach der Namensliste der sechs neu zu berufenden Mitglieder des Gründungssenats durch mich an den Senator für das Bildungswesen gestellt wurde. Die Frage blieb damals unbeantwortet. Am 1. April erschien dann die Liste in der Presse, leider nicht als Aprilscherz.

Meine Damen und Herren, die Bedenken der FDP gegenüber Professor Wiethölter und Dr. Geiss richten sich nicht gegen sie als Wissenschaftler oder die von ihnen vertretenen Lehrmeinungen. Dieses kurzzeitig aufgetretene Mißverständnis ist durch die Presseerklärung der FDP-Fraktion vom 10. April

bereits ausgeräumt worden, die auch inzwischen die beiden Herren bekommen haben.

(Abg. Filzen [CDU]: Aha!)

Ich gehe jetzt auf das Thema Freiheit der Lehre und Forschung ein, Herr Kollege Filzen, und ich bitte Sie, einmal zu unterscheiden zwischen Hochschulpolitik und wissenschaftlicher Lehrmeinung. Herr Senator Thape hat heute morgen in seiner Antwort ja schon darauf verwiesen, die ich allerdings hier, wie Sie alle, im Hause heute morgen erst gehört habe. Wir hatten Bedenken — und sie sind leider auch noch nicht ausgeräumt — hinsichtlich der Funktion dieser Herren in einem neu zu bestellenden Gründungssenat, den wir als hochschulpolitisches Gremium ansehen, und der dort möglicherweise prägenden Funktionen, die sie ausüben können.

Die FDP-Fraktion ist weiterhin zu klärenden Gesprächen mit diesen beiden Herren und anderen Mitgliedern des Gründungssenats bereit. Sie lehnt es jedoch ab, sich vor ein rotes Schautribunal zerren zu lassen. Diese nach bewährter kommunistischer Taktik aufgezogene Schau würde nach Meinung der FDP keine Minderung der Gegensätze, sondern eher eine Verhärtung der Fronten bringen.

Zu dem gesamten Problem der Universitätsgründung wäre noch manches zu sagen, was jetzt aus zeitlichen Gründen nicht möglich ist.

Bedenklich stimmt weiterhin, daß nun auch der Studentenvertreter Loewe als ein weiteres bekanntes Mitglied des alten und des neuen Gründungssenats die Frage nach dem Bekenntnis zur Verfassung als „irrsinnig" zurückgewiesen hat, wie am 20. 4. aus der Presse zu entnehmen war. Das bedeutet nach unserer Auffassung, erneut Oel ins Feuer zu gießen. Der Gründungssenat wäre sicher gut beraten, wenn er durch eine eindeutige Erklärung zur Entspannung der Situation beitragen würde.

Ich komme im Abschluß meiner Ausführungen noch auf die allerletzte Entwicklung zu sprechen. Die konnte ich in meinem Manuskript noch nicht berücksichtigen, da ich gestern erst einen Eilbrief von der Vorsitzenden des Gründungssenats, Frau Dr. Gerstenberger, erhalten habe.

Nach den Auseinandersetzungen der vergangenen drei Wochen muß nun die sachliche Arbeit fortgeführt werden, denn die Universitätsgebäude sind im Bau. Ob das Hochschulerrichtungsgesetz in der geplanten Form und noch in den zwei Sitzungen vor der Sommerpause verabschiedet werden kann, steht dahin. Auf jeden Fall muß aber bald ein hauptamtlicher Gründungsrektor gewählt werden. Die Auswahl unter den Kanditaten für dieses wichtige Amt sollte sehr sorgfältig und ausschließlich nach der fachlichen Qualifikation erfolgen. Außerdem wäre ein Gründungsrektor, der nur das Vertrauen einer politischen Gruppe oder Richtung hätte, eine weitere Belastung für die Universität Bremen, die sie nach unserer Auffassung sehr schwer aushalten könnte. Das aber kann niemand wollen oder wünschen.

Deshalb erwartet die FDP-Fraktion sowohl vom Gründungssenat der Universität als auch vom Senat der Freien Hansestadt Bremen, daß dem Rechnung getragen wird. Die FDP-Fraktion ist bereit, dem neuen Gründungssenat die Schonfrist einzuräumen, die von Herrn Professor Sinapius bei der konstituierenden Sitzung für dieses Gremium erbeten wurde. Eine gewisse Zeit braucht jeder, um sich in die Dinge einzuarbeiten. Möge der Gründungssenat deshalb der Öffentlichkeit durch seine Arbeit beweisen, daß er unsere gegenwärtigen Sorgen und Bedenken zerstreuen kann.

Wir haben unsere Bedenken in personeller Hinsicht deutlich und laut gesagt. Es handelt sich bei der Berufung der neuen Mitglieder des Gründungssenats um eine Entscheidung des Senats der Freien Hansestadt Bremen. Uns geht es um Schaffung von Studienplätzen an einer freien, weltoffenen und demokratischen Universität, um Professor Sinapius, den Senior dieses neuen Gründungssenats, in der Sitzung des Gründungssenats vom 13. April noch einmal zu zitieren.

Nun, meine Damen und Herren, ich hatte vorhin gesagt, ich wollte auf die letzte Entwicklung hinweisen. Ich hatte, nachdem Frau Dr. Gerstenberger mich verschiedene Male angerufen hatte und ich nicht zu Hause war, Frau Dr. Gerstenberger schriftlich gebeten, mir doch mitzuteilen, worum es ginge. Dann hat sie erfreulicherweise für diesen Gründungssenat folgendes geschrieben. Ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren:

„Das Bekenntnis zum Grundgesetz ist unterblieben, weil es uns selbstverständlich erschien. Unter anderen sind zwei Drittel der Mitglieder des Gründungssenats Beamte und haben einen Eid auf das Grundgesetz geschworen." — Ich hätte allerdings auf meine Frage, die ich damals gestellt habe — das lassen Sie mich bitte einflechten — —

(Glocke)

Präsident Engel: Wollen Sie eine Frage des Abgeordneten Hauptmann beantworten?

(Abg. Klein [CDU]: Im Auftrag von Senator Borttscheller!)

Abg. **John** (FDP): Ich möchte sie beantworten!

Präsident Engel: Bitte, Herr Hauptmann!

Abg. **Hauptmann** (FDP): Herr Kollege John, sind Sie nicht mit mir der Meinung, daß die Verantwortung für den Gründungssenat beim Bremer Senat liegt?

Abg. **John** (FDP): Das habe ich gerade gesagt, Herr Kollege Hauptmann.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Er rückt schon wieder näher! — Abg. Schepers [CDU]: Bilden Sie mal eine interfraktionelle Fraktion!)

Herr Kollege Schepers, zwischen Herrn Hauptmann und mir gibt es wirklich keine Differenzen.

(Lachen bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten vielleicht weiter zitieren. Ich glaube, vieles von dem, was sich heute hier abspielt und in der Öffentlichkeit in den letzten Wochen abgespielt hat, wäre nicht möglich und nicht nötig gewesen, wäre ein eindeutiges Bekenntnis gleich erfolgt. Ich hätte mich gern schon am 13. April dann damit zufrieden gegeben.

Nun schreibt also Frau Dr. Gerstenberger weiter:

„Allerdings ist sich die Mehrheit des Gründungssenats des verfassungsrechtlichen Auftrags des Grundgesetzes bewußt und hofft zu einem kleinen Teil einen Beitrag zur Verwirklichung der dort programmatisch festgelegten sozialen und liberalen Grundrechte beizutragen. Da Universitäten jene gesellschaftlichen Orte bilden, an denen gesellschaftspolitische Verantwortung institutionalisiert werden kann, hoffen wir in Bremen eine solche Reformuniversität in ihrem weitesten Sinne gründen zu können."

Und abschließend:

„Sie können versichert sein, daß die Mehrheit des Gründungssenats eine hochschulpolitische Konzeption vertritt, derzufolge wissenschaftliche Arbeit in Freiheit und gesellschaftlicher Verantwortung für alle an der Universität in Bremen möglich sein wird. Ein solches Reformkonzept wird sich jedoch immer wehren müssen gegen alle parteipolitische Bevormundung von außen, denn Wissenschaft muß zwar in sozialer und politischer Verantwortung, nicht aber in politischer Regie betrieben werden."

Ich stimme mit Frau Dr. Gerstenberger in diesem Zusammenhang völlig überein, aber vielleicht denkt einmal der neue Gründungssenat auch darüber nach, ob die Öffentlichkeit nicht weiter darüber beunruhigt ist, daß möglichereweise eine zu einseitige politische Zusammensetzung dieses Gründungssenats gegeben ist und dadurch eine Kopflastigkeit für die Zukunft in dieser Hinsicht heraufbeschworen werden kann.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Vorsatz.

Abg. **Vorsatz** (NPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als wir hier am 18. März dieses Jahres nach dem Scheitern des zweiten Gründungssenats und vor der Berufung des dritten vor der Weiterführung des „Bremer Modells" warnten, zeichnete sich noch nicht ab, daß wir kaum einen Monat später uns über dieses Thema hier in einer Sondersitzung unterhalten würden. Wir begrüßen aber diese Gelegenheit als eine Möglichkeit, kontroverse Standpunkte zu fixieren.

Es erscheint mir notwendig, diese Debatte um die Errichtung und Struktur der künftigen Universität Bremen vor den bildungspolitischen Hintergrund einer fünfundzwanzigjährigen Nachkriegsentwicklung zu stellen. Während die wissenschaftlichen und pädagogischen Hochschulen 1960 rund 216 000 Studenten zählten, sind es heute bereits 360 000, und für das Jahr 1980 laufen die Schätzungen auf eine Million. Während von 1950/51 allein bis 1968 die Zahl der Studierenden etwa um 250 Prozent stieg, konnte die Entwicklung an Räumen und Gebäuden und an Lehrenden nicht Schritt halten. So stehen wir heute vor den Folgen sich immer weiterfressender Zulassungsbeschränkungen, dem oft angesprochenen Numerus clausus. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich meine, man muß auch vor solchen Zahlen eine solche Debatte führen:

Während sich für die Zulassung zum Studium der Medizin im Sommersemester 1970 6300 Abiturienten bewarben, mußten 4400 abgewiesen werden. Bei der Zahnmedizin waren es von 2200 Bewerbern 1720, die abgewiesen werden mußten. Gegenwärtig frißt sich der Numerus clausus von Disziplin zu Disziplin. Und hier, meine ich, werden Versäumnisse der Nachkriegszeit in Bund und Ländern, von wechselnden Koalitionen getragener Politik sichtbar, die man hier in diesem Zusammenhang auch aufzeigen muß.

Während wir uns auf der einen Seite auf allen Gebieten um eine großräumige europäische Politik bemühen, zeichnet sich zum Beispiel ab, daß die Kultusminister deutscher Bundesländer in Zukunft Studienbewerber aus dem eigenen Bundesland bevorzugt zulassen wollen. Ein entsprechender Vorschlag des bayerischen Kultusministers steht im Raum, und auch in Nordrhein-Westfalen wird dieses Thema diskutiert.

Wir hier in Bremen wissen um die Schwierigkeiten der Finanzierung einer einzigen neuen Universität. Nachdem die neue Bundesregierung Brandt /Scheel mit großem Anspruch verkündete, sie werde sich an die Spitze der Reformen stellen, sind im Bundeshaushalt für das gesamte Jahr 1970 für Schnellbaumaßnahmen zur raschen Überwindung des Numerus clausus sage und schreibe 100 Millionen DM eingestellt.

„Wenn wir so weitermachen wie bisher, sind wir im Jahr 2000 keine international führende Industrienation mehr, sondern nähern uns dem Zustand eines unterentwickelten Landes, wissenschaftlich, technisch und sozial zurückgeblieben", sagte Professor Steinbuch in seinen Buch „Falsch programmiert".

Vor diesem Hintergrund, meine sehr verehrten Damen und Herren — und das sollte jeder auch hier bedenken —, vollziehen sich die Auseinandersetzungen um die Errichtung der Universität Bremen.

Ich schloß hier am 18. März mit einem Zitat, in dem es hieß, wenn Zehntausende von Abiturienten nicht studieren können, weil Studienplätze fehlen, kann man nicht länger einem illusionären „Bremer Modell" nachjagen. Im gleichen Zitat hieß es weiter: „Die Bremer erkennen gar nicht, daß sie damit ihre Universität den radikalen Studenten und Assisten-

ten ausliefern, die nun neue, ihnen genehme Habilitierte für den Gründungssenat suchen".

Und genau, meine sehr verehrten Damen und Herren, über diesen Punkt sind nun die Auseinandersetzungen zwischen den Beteiligten entbrannt. Dorthin zielen auch heute die vorgebrachten Befürchtungen und Fragen der Fraktionen der CDU und FDP. Und eine große deutsche Zeitung stellte inzwischen in einem Kommentar fest: „Bildungssenator Thape erfüllte ihre" — der Studenten und Assistenten — „Forderungen, indem er offenbar nicht die fachliche Qualität der Vorgeschlagenen zur Grundlage der Berufung machte, sondern deren Bekenntnis zum ‚Bremer Modell'".

Während wir in Anbetracht der vorher geschilderten Situation den Aufbau einer modernen und demokratischen Leistungsuniversität fordern mit einer entsprechenden Gliederung, abgestuft nach Können und Qualifikation und nach den nicht hinwegzudiskutierenden Kategorien Lehre und Lernen, wachsen aber doch unsere Bedenken von Tag zu Tag, daß hier zu Lasten aller Steuerzahler das „Bremer Modell" zu einem linksradikalen Modell sich wandelt und zumindest unter dem Beifall einer Regierungsfraktion hier in diesem Hause eine Rote-Zellen-Universität etabliert wird, und daß aus der ältesten Klamottenkiste der Geschichte längst überholte sozialistische Parolen hervorgeholt werden.

(Abg. Stäcker [SPD]: Lauter!)

Die Lautstärke, Herr Stäcker, dürfen Sie mir schon überlassen.

(Abg. John [FDP]: Auch die nationalsozialistische!)

Eine moderne Kulturnation kennzeichnet sich, indem sie neben dem rein gesellschaftspolitischen Bereich einen Bereich der Wissenschaftlichkeit frei von politischen Einflüssen hält.

(Zuruf des Abg. v. Groeling-Müller [FDP])

Mit Ihnen, Herr von Groeling-Müller, in dieser Frage zu streiten, ist nicht zweckmäßig.

Wie soll man aber an einen Bereich der Wissenschaftlichkeit frei von politischen Einflüssen glauben, wenn in zunehmendem Maße — ich beziehe mich hier auf die Veröffentlichung der Studentenvertreter ebenfalls in der Zeitschrift „studentische politik" — gesprochen wird von einer sozialistischen Hochschulpolitik, deren Ziel die revolutionäre Umwälzung der Gesellschaft sei, wenn polemisiert wird gegen die ökonomische Verwertbarkeit akademischer Ausbildung, wenn gefordert wird, die Vorschläge roter Zellen anderer Universitäten in den Planungsprozeß der bremischen Universität einzubringen, und wenn als Ziel ausgewiesen wird, die personellen und materiellen Voraussetzungen zu schaffen, die Universität und die an ihr betriebenen Wissenschaften in den Dienst der Interessen des Proletariats zu stellen?

Hier kann man sich Wissenschaft offensichtlich nur noch als revolutionäre Wissenschaft vorstellen, und hier wird die totale linke Politisierung der Universität betrieben, und zwar in einem Sinne, wie es der Mainzer Professor Klein ausdrückte: „... ein vornehmlich praktisches Problem ideologisch zu überlagern."

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wen will es denn eigentlich wundern, wenn Alarmglokken geschlagen werden angesichts dieser Feststellungen, angesichts der Feststellung, für solche ideologischen Überlagerungen sollten im Gründungssenat die personellen und materiellen Voraussetzungen geschaffen werden? Und unter derart angekündigten Voraussetzungen sollen auf Vorschlag der Fachkommissionen hauptamtliche Planer auf Zeit berufen werden, die auch jederzeit wieder abwählbar sind! Unter den gleichen angekündigten Voraussetzungen soll die Vorauswahl der Bewerber um das Amt des Gründungsrektors öffentlich vorgenommen werden!

Man kannn sich vorstellen, wie ein solches öffentliches „Hearing" mit den punktuellen Fragen nach der Position des Bewerbers zum „Bremer Modell" oder zu aktuellen hochschulpolitischen Problemen aussehen wird! Die Frage ist dann allerdings nur, welche qualifizierten Bewerber zu solch einem Preis nach Bremen zu bekommen sind oder ob dann eben nicht doch nur von Herrn Professor Leitherer angesprochene wissenschaftlich halbbegabte Verbandsfunktionäre zu holen sind.

Die von uns vertretene akademische Freiheit beruht auf den Garantien dieses freien Rechtsstaats, der Freiheit von Forschung und Lehre gewährleistet. Die gewonnenen wissenschaftlichen Erkenntnisse müssen jederzeit frei ausgesprochen werden können.

(Abg. John [FDP]: Im Rahmen der Rechtsaufsicht des Staates!)

Aber sehr leicht kann die akademische Freiheit der Forschung und Lehre durch den Staat, beziehungsweise durch eine entsprechende Berufungspolitik eingeschränkt werden. Natürlich kann man politisch genehme Professoren bevorzugen, und so könnte man zumindest bei den bestehenden Universitäten Listen von Professoren aufstellen, die ganz offensichtlich nach dem Willen der herrschenden politischen Partei zu ihrer Professur gekommen sind.

In diesem Zusammenhang muß in einigen Punkten auf die vorliegenden Erfahrungen der Freien Universität Berlin eingegangen werden. Dort stehen heute beinahe unversöhnlich die Anhänger der Aktionsgruppe Hochschullehrer und die Anhänger der Notgemeinschaft für eine freie Universität gegenüber. Ziel der Kritik der einen Seite sind gerade die hier vielfach angesprochenen und immer wieder verharmlosten roten Zellen und ihre zunehmende Einflußnahme.

So wird in einer Denkschrift festgestellt, daß am Psychologischen Institut der Lehrbetrieb offensicht-

lich weitgehend unter marxistischen Vorzeichen steht. Am Germanistischen Seminar dienen Lehrveranstaltungen „der revolutionären Bewußtseinsbildung der künftigen Deutschlehrer". An der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät habe die rote Zelle nach permanenten Vorlesungsstörungen die Errichtung zweier Tutorien mit marxistischer Thematik durchgesetzt, und an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät sei ein Tutorium bewilligt worden, dessen kommunistische Zielsetzung sich allein aus der vorgelegten Literaturliste ergebe.

Professoren machten ihre Zusage, nach Berlin zu gehen, rückgängig, weil ihnen in Briefen roter Zellen angedroht wurde, sie würden wissenschaftlichen, aber auch gesundheitlichen Ruin erleiden, wenn sie dorthin gingen.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Zivilcourage! — Abg. Böhrnsen [SPD]: Das können die nur von der NPD gelernt haben!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Begründung dafür, weswegen sie fernbleiben sollten, war, weil sie sonst gesundheitlichen Ruin erleiden würden, falls sie nicht die Lehren aus der Geschichte gezogen hätten und „noch immer dem Kommunismus oder Sozialismus Widerstand leisteten."

Der Darmstadter Psychologe Professor Eyferth, der ja zu den entschiedensten Reformern in Deutschland gehört, war einem Großteil der Studenten und Assistenten nicht progressiv genug.

(Abg. Ströh [SPD]: Finsterstes Mittelalter!)

In einem Schreiben an Professor Eyferth teilten 15 Assistenten unter anderem mit: „Ihre Forschungsgebiete sind für uns zur Zeit wenig förderlich... Das Minimum, das wir von einem neuen Ordinarius verlangen, ist eine gesellschaftskritische Position... Sie haben in keiner Ihrer Arbeiten ein eindeutiges politisches Engagement gezeigt..."

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Entwicklung zeige ich deswegen auf, weil wir uns unserer Überzeugung nach genau auf dem gleichen Weg befinden, wie er hier an der Freien Universität Berlin vorgezeigt ist.

Zur öffentlichen Anhörung — und das gehört in dieses Thema hinein — dieses Professor Eyferth am 11. März 1970 wurde von der roten Zelle eine Strategie des Farbeier-Werfens entwickelt. Infolgedessen kamen auch Professoren und Studenten in abgetragenen Anzügen. Es wurde dann nach einem Mehrheitsbeschluß der Studenten der überwiegende Teil der Presse ausgeschlossen und die Anhörung zum poltischen Tribunal umfunktioniert. Und nach diesem Scherbengericht bekam Professor Eyferth dann zu hören: „Sie sehen ja, daß Sie hier nicht erwünscht sind, jetzt sagen Sie uns endlich, daß Sie ablehnen."

Ich schildere derartige Vorgänge, um es Ihrer Beurteilung zu überlassen, ob dies die richtigen Wege sind, qualifizierte Lehrbeauftragte auf dem Weg über eine öffentliche Anhörung an eine Universität zu bekommen. An Hand solcher und anderer Beispiele wird in der Berliner Denkschrift festgestellt, daß es gerade in einem relativ ruhigen Semester den roten Zellen gelungen sei, ihr Ziel voranzutreiben, den Staatsapparat zu verunsichern und den Grundstein zu legen für eine revolutionäre Organisation zur Vollendung der Weltrevolution.

Wenn also in Bremen verkündet wird, das erklärte Ziel sei, die Arbeit und Vorschläge roter Zellen an anderen Universitäten in die bremische Planung einfließen zu lassen — und das ist ja erklärt worden hier in Bremen —, meine Damen und Herren, setzt es Sie dann wirklich in Erstaunen, wenn sich hiergegen nicht nur Bedenken, sondern auch Proteste erheben? Ist es denn wirklich verwunderlich, wenn auf die Aufforderung, sich zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der Landesverfassung Bremen zu bekennen — wobei ich ja wohl annehme, daß mit dieser Frage auf die Grundgesetzartikel 1 bis 21 und die entsprechenden Artikel der Bremischen Verfassung abgehoben wurde —, wenn dann von Professor Wiethölter erklärt wurde, laut Presse, den von Herrn John verlangten abstrakten Fetischismus lehne er ab.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte Ihre Reaktion nicht abschätzen, wenn Sie auf die Frage, wie hälst du's mit der Verfassung, an uns oder an irgendjemand von der NPD gestellt, von hier oder an anderer Stelle die Antwort bekämen: „Lassen Sie mich mit Ihrem abstrakten Fetischismus in Ruhe!" Ein Proteststurm berechtigterweise Ihrerseits wäre die Folge.

(Beifall bei der NPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses sind nochmals zusammengefaßt unsere begründeten Bedenken gegen den mit dem „Bremer Modell" eingeschlagenen Weg:

Zur Zeit noch ist der Gründungssenat lediglich ein Beratungsgremium der Landesregierung. Wenn trotz dieser erheblichen, auch heute hier sichtbar gewordenen Einwände in diesem Hause durch das neue Universitätsgesetz der Gründungssenat zu einem autonomen Beschlußorgan werden soll, mit der Verfügungsgewalt über Millionen, von allen Teilen der Bevölkerung aufgebrachten Steuergeldern, dann wird eine solche Regelung unsere schärfste Opposition in diesem Hause finden. Wir sind auf gar keinen Fall bereit, das Schicksal der Universität Bremen allein den im Gründungssenat zusammengefaßten Professoren, Asssistenten und Studenten zu überlassen. Die Entscheidung darüber, was zu geschehen hat, hat nicht bei den entsprechenden Minderheiten zu liegen, sondern in unserer Demokratie beim Volk, wie es im Parlament repräsentiert wird.

Sie können in der Tat entscheiden, ob Sie mit einer schwachen Mehrheit Ihre ideologisch überlagerte Universität etablieren wollen, um damit ein

negatives Beispiel für die gesamte Bundesrepublik zu setzen, oder ob Sie — und dann sicherlich mit einer breiten Mehrheit — das Modell einer modernen und demokratischen Leistungsuniversität verwirklichen wollen,

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Auf Ihre Beihilfe verzichten wir! — Abg. Schepers [CDU]: Wie immer, Herr Böhrnsen!)

und damit wir uns nicht, Herr Böhrnsen, am Ende alle sagen müssen — und hier zitiere ich, um Ihnen speziell zur Linken einen Gefallen zu tun nicht Hermann Engel, sondern Friedrich Engels —:

„Was jeder einzelne will, wird von jedem anderen verhindert. Und was herauskommt, ist etwas, was keiner gewollt hat".

(Beifall bei der NPD)

Präsident Engel: Es spricht nun der Abgeordnete Dr. Czichon.

Abg. **Dr. Czichon** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPD-Fraktion nimmt den Bericht des Senats mit Zustimmung und großer Befriedigung zur Kenntnis. Trotz der sehr ernsten Krise im Gründungssenat, trotz aller sehr negativen Kommentare mancher überregionaler Zeitungen, und trotz des Gesinnungswandels unserer verehrten Oppositition hat der Senat und insbesondere der Senator für das Bildungswesen mit diesem Bericht eine Bilanz vorlegen können, auf die wir mit ihm stolz sind.

(Abg. Fischer [CDU]: Ein Zeichen schöner Bescheidenheit! — Abg. Klein [CDU]: Aber, Herr Dr. Czichon: Stolz?)

Die Arbeiten an der Anfangsstufe für das Wintersemester 1973/74 konnten dank früherer Beschlüsse des Gründungssenats zügig fortgeführt werden. Die Unterstützung der Bundesregierung ermöglichte es, die Schnellbaumaßnahmen für die Vorstufe, die im Wintersemester 1971/72 beginnen wird, einzuleiten. Diese Vorstufe wird nicht nur eine um zwei Jahre frühere Eröffnung der Universität ermöglichen, sondern sie wird darüber hinaus auch durch das vorgesehene ingenieurwissenschaftliche Ergänzungsstudium einen wesentlichen Beitrag zur Eingliederung der Universität in einen Gesamthochschulbereich enthalten.

Es sollte dabei ruhig erwähnt werden, daß die Anregung zu diesem Schritt in Richtung auf eine integrierte gestufte Gesamthochschule aus der SPD-Fraktion kam, denn auch der Opposition würde kein oppositioneller Zacken aus der Krone fallen, wenn sie gelegentlich einmal um der Sache willen konstruktive Beiträge zur Universität leisten würde.

(Starker Beifall bei der SPD)

Es ist verständlich, meine Damen und Herren, daß die Opposition von der zügigen und

(Abg. Klein [CDU]: Zügig? — Heiterkeit bei der CDU)

positiven Entwicklung der Universität nicht begeistert ist. Es ist zwar moralisch nicht zu billigen, aber wahltaktisch durchaus zu verstehen, daß jetzt das Schreckgespenst einer angeblich geplanten roten Universität aufgebaut wird und man auf diesen Popanz eindrischt, nachdem man ihm vorher noch das Etikett „Spartakus-Universität" umgehängt hat. Daß dieser Popanz mit der Wirklichkeit überhaupt nichts zu tun hat, ist dabei für die CDU-Fraktion offenbar völlig uninteressant.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Warten wir ab!)

Was die CDU tut, ist nicht die Auseinandersetzung mit politischen Realitäten, sondern ein Kampf mit Windmühlenflügeln, wobei ich jetzt nicht persönlich Herrn Sieling und Herrn Schepers mit Don Quichote und Sancho Pansa vergleichen will.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Dann wären Sie die Windmühle!)

Man könnte über eine solche Taktik der CDU-Fraktion einfach zur Tagesordnung übergehen und sich darauf verlassen, daß auch die Erfinder selbst diese These von den roten Zellen, die angeblich die SPD-Fraktion und der Senat wollen, nicht glauben. Die Erfahrung lehrt aber, daß auch der schlechteste Aprilscherz von manchem für bare Münze genommen wird, und deshalb dürfte es notwendig sein, auch die grundsätzliche Haltung der SPD-Fraktion zur Universitätsgründung noch einmal deutlich darzustellen, obgleich sich diese Haltung im Gegensatz zur Haltung anderer Fraktionen um keinen Millimeter verändert hat.

In der Presse ist heute morgen gesagt worden, das, was hier geschieht, sei nichts anderes als ein an sich überflüssiges Show-Geschäft, und es wird gefragt, warum die SPD dieser Sondersitzung zugestimmt habe, denn das hat sie ja getan, obgleich es geschäftsordnungsmäßig nicht unbedingt notwendig gewesen wäre. Wir meinen, es wäre ein sehr schlechter Stil gewesen, wenn wir uns der Auseinandersetzung mit den Vorwürfen der CDU nicht gestellt hätten. Die SPD hat bisher jede überflüssige Polemik und jedes überflüssige Wort in Sachen Universität vermieden, aber dennoch wird sie jetzt nicht umhin können, gewisse Dinge hier eindeutig festzustellen.

Erstens: Die SPD strebt eine praxisnahe Universität an, die neben der Pflege der Wissenschaft und Forschung auch ihre Ausbildungsfunktion für die Gesellschaft nicht verleugnet oder sie als etwas zu Niederes geistig verdrängt.

Sie will eine demokratische Universität, an der alle Gruppen ihrer Bedeutung entsprechend bei der Willensbildung mitwirken. Das muß nicht immer das vereinfachte Schema der Drittelparität sein. Es kann bei Fragen der Forschung ein anderes Verhältnis sein als bei Fragen der Studienplätze. Aber im Verhältnis der drei Gruppen zueinander, von denen wir ja begreiflich im Augenblick noch ausgehen müssen, sollte in keinem Gremium eine Gruppe mit weniger

als 25 Prozent und mit mehr als 50 Prozent vertreten sein.

Diese Vorstellungen, die im wesentlichen ja auch übereinstimmend im nichtständigen Ausschuß behandelt worden sind, werden in das Universitätserrichtungsgesetz noch eingebracht werden müssen, und die SPD-Fraktion wird alles daran setzen, daß dieses Errichtungsgesetz so zügig wie irgend möglich in der parlamentarischen Behandlung vorangebracht wird.

Die SPD will eine leistungsorientierte Universität, das heißt eine Universität, an der mit vertretbarem Kostenaufwand ein Maximum am wissenschaftlichen Ergebnissen und an Lehrerfolg erzielt wird. Dabei wird man auch den Studenten nicht den vielfach geschmähten Leistungsdruck erlassen können, denn internationaler Wettbewerb und die Probleme der Dritten Welt zwingen unsere Gesellschaft dazu, sich nach Leistung und Erfolg zu orientieren, und wir müssen auch junge Menschen schon während des Studiums auf die sich daraus ergebenden Erfordernisse des Berufslebens vorbereiten.

Zweitens: Die SPD strebt einen schnellstmöglichen Studienbeginn an. Sicher ist die Vorstufe kein quantitativ ins Gewicht fallender Beitrag zur Beseitigung des Numerus clausus. Aber mit der Eröffnung der Universität im Wintersemester 1971/1972 dürften wohl endlich auch die letzten Kritiker verstummen, die in ständig bewußter Verkennung der tatsächlichen Entwicklung behaupten, Bremen sei nicht in der Lage, die Aufgabe einer Universitätsgründung planerisch und organisatorisch zu bewältigen. Dem Märchen von der angeblich zehnjährigen Gründungsgeschichte der Universität, das auch von Herrn Dr. Sieling hier vorgebracht worden ist, muß man einfach die Tatsache entgegenhalten, daß bis zum Frühjahr 1968 die Frage der laufenden Finanzierung und damit die Frage, ob Bremen überhaupt eine Universität erhalten würde, noch offen war.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vom Zeitpunkt der endgültigen Entscheidung über diese Frage bis zur tatsächlichen Eröffnung werden dreieinhalb Jahre vergangen sein, und das ist wahrhaftig keine Zeit, mit der wir uns verstecken müßten.

(Beifall bei der SPD — Abg. Dr. Sieling [CDU]: Hat doch nichts mit der Planung zu tun!)

Nun wir behauptet, Herr Dr. Sieling, die Vorstufe sei nur ein Provisorium, das eine schnelle Eröffnung der Universität vortäuschen solle, ohne daß die Gebäude bereits den Anforderungen des Universitätsbetriebes genügen. Wer in dieser Weise argumentiert, verkennt, daß ein Verfügungszentrum — nichts anderes sind ja die Gebäude der Vorstufe — eine wesentlich andere Funktion hat als die späteren normalen Universitätsgebäude.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Die stehen an anderen Universitäten schon!)

Das Verfügungszentrum hat die Aufgabe, über die Vorziehung des Anfangstermins hinaus während der Erweiterung der Universität neue Fachbereiche zunächst aufzunehmen und zu beherbergen, bis die eigentlichen Gebäude fertig sind. Ein solches Verfügungszentrum allein ermöglicht es, die neuen Gebäude der Universität dann, wenn sie fertig sind, auch sofort voll in Benutzung zu nehmen, weil paralell zur Gebäudeerstellung der Fachbereich bereits aufgebaut werden konnte, ohne andere Bereiche der Universität zu stören. Die Gebäude der Vorstufe sind also eine notwendige und nützliche Ergänzung der übrigen Planung, und der Bund hat durch die Vorfinanzierung dieser Gebäude unserer Universität eine wesentliche Hilfe zuteil werden lassen.

Drittens: Die SPD bejaht das „Bremer Modell" und bringt dem Gründungssenat mit Frau Dr. Gerstenberger als Vorsitzenden die gleiche Bereitschaft zur Zusammenarbeit entgegen wie unter dem Vorsitz von Professor Killy.

(Beifall bei der SPD)

Professor Killy gebührt das Verdienst, dieses Modell vorgeschlagen und es mit großem persönlichen Engagement vertreten und praktiziert zu haben. Frau Dr. Gerstenberger und demnächst der Gründungsrektor werden vor der schweren Aufgabe stehen, das Prinzip demokratischer Planung fortzuführen und in die Universitätswirklichkeit überzuleiten. Wir sollten ihr und später dem Gründungsrektor dabei die gleiche Unterstützung geben, die wir auch bereitwillig Herrn Professor Killy haben zuteil werden lassen.

(Beifall bei der SPD)

Das gleiche gilt auch für die Mitglieder des Gründungssenats. Die letzte Sitzung hat deutlich gemacht, daß bei allen Mitgliedern der Wunsch nach zügiger, sachlicher Arbeit vorhanden ist.

Nur nach dieser Arbeit und nicht nach Auszügen aus wissenschaftlichen Veröffentlichungen können wir die Mitglieder des Gründungssenats beurteilen. Die SPD jedenfalls nimmt keinen Anstoß daran, daß Mitglieder des Gründungssenats Kritik an Herbert Wehner oder an der SPD geübt haben.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man politisch und hochschulpolitisch engagierte Wissenschaftler im Gründungssenat haben will, kann man nicht erwarten, daß sich in deren Schriften keine angreifbaren oder strittigen Äußerungen befinden.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Sehr richtig!)

Im übrigen sollte man die Kritik an Mitgliedern des Gründungssenats nicht übermäßig hoch bewerten, denn auch die ersten Mitglieder des Gründungssenats sind von Kritik nicht verschont geblieben. Wenn der Gründungssenat fortfährt, sachliche Arbeit zum Wohle der Bremer Universität zu leisten, kann er der Unterstützung der SPD-Fraktion im vol-

len Umfange sicher sein. Daß dabei gelegentliche Kritik an Einzelentscheidungen geübt werden kann, bleibt natürlich immer vorbehalten.

Viertens: Die SPD bedauert, daß die Diskussion um die Bremer Universität zum Teil mit Schlagworten geführt wird, die völlig sachfremd sind. Eine „Universität im Dienst der Interessen des Proletariats" ist ein genauso unklarer Begriff wie die von der CDU apostrophierte „Spartakus-Universität" oder wie die Schlagworte, die Herr Sieling hier heute morgen vorgetragen hat.

Es mag ganz lustig sein, sich gegenseitig solche Schlagworte um die Ohren zu hauen, aber besonders sachdienlich ist das nicht. Man sollte es getrost den Politwissenschaftlern überlassen, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob es heute noch Bevölkerungsgruppen gibt, die im Sinne von Karl Marx dem Proletariat zuzurechnen sind und statt dessen lieber aussprechen, was tatsächlich gemeint ist, nämlich die Forderung nach einem höheren Prozentsatz von Kindern aus Arbeiterfamilien an deutschen Universitäten, die ich unterstütze.

(Beifall bei der SPD — Abg. Fischer [CDU]: Das ist doch eine sehr wohlwollende Auslegung! — Abg. John [FDP]: Das ist eine Selbstverständlichkeit!)

Das ist die Interpretation, die vom Verfasser des Schlagworts von der „Universität im Dienste des Proletariats" gegeben wurde. Ich würde allerdings statt dieser Schlagworte eine für jeden normalen Menschen faßbare Darstellung vorziehen.

Auch die studentische These von der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft als Ziel sozialistischer Politik bedarf aus der Sicht der SPD sicherlich der Korrektur. Demokratischer Sozialismus, wie unsere Partei ihn vertritt, schließt die Revolution als Mittel zur Veränderung politischer Machtverhältnisse aus.

Die SPD ist auch auf hochschulpolitischem Gebiet für den Weg der Evolution, aber nicht einer Evolution im CDU-Schneckentempo, die nur widerwillig und unlustig einer allgemeinen Entwicklung als Schlußlicht folgt, sondern einer mutigen Evolution, die auch neue Wege der Universitätsentwicklung eröffnet.

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]: Wer hat denn die freie Gesellschaft nach dem Zusammenbruch geschaffen? — Lachen bei der SPD)

Herr Klein, ich habe mir vorgenommen, auf jede Polemik zu verzichten und auch Zwischenrufe wie der Ihre werden mich nicht zur Replik auf Polemik veranlassen.

(Abg. Klein [CDU]: Sie haben ein gebrochenes Verhältnis zur Polemik!)

Fünftens: Die SPD-Fraktion bedauert, daß Angriffe gegen einzelne Mitglieder des Gründungssenats erhoben und fortgesetzt wurden, ohne auf den Vorschlag der Angegriffenen zu einer Klärung der Streitfragen in öffentlicher Diskussion einzugehen.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Darauf kommen wir zurück!)

Es ist unverständlich, wie man einem Juristen in aller Öffentlichkeit die geistige Verwandtschaft zu Roland Freisler vorwerfen kann, ohne auch nur den Versuch einer Aufklärung möglicher Mißverständnisse gemacht zu haben.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Sehr richtig!)

Die CDU mag für die moralische und politische Rechtfertigung ihres Verhaltens selbst geradestehen. In der bremischen Öffentlichkeit bleibt der Eindruck, daß die CDU auch vor ehrenrührigen Behauptungen nicht zurückschreckt, wenn dadurch die aus ihrer Sicht politisch unerwünschte Universitätsgründung möglicherweise verzögert werden kann.

Sechstens: Die SPD-Fraktion ist im höchsten Maße erstaunt darüber, daß die CDU-Mitglieder aus einem Ausschuß austreten, der bei der gesamten Gesetzgebungsarbeit keinen Beschluß gegen auch nur eines der CDU-Mitglieder gefaßt hat. Alle Punkte des Ende vergangenen Jahres erarbeiteten Gesetzentwurfs wurden einstimmig beschlossen.

(Hört, hört! bei der SPD)

Auch über die notwendigen Ergänzungen des Entwurfs, nämlich die Einfügung einer staatlichen Entscheidungskompetenz im Falle der Nichtfunktionsfähigkeit des Gründungssenats, gab es keine unterschiedlichen Auffassungen.

Insofern verstehe ich nicht, wieso Herr Dr. Sieling jetzt sagt, es habe keine Gesprächsbereitschaft bestanden. Es hat nicht nur Gesprächsbereitschaft, es hat volle Übereinkunft in allen Fragen des Gesetzentwurfs bestanden. Dennoch erklärt die CDU-Fraktion öffentlich, sie wolle die Mitarbeit einstellen, weil sie Mehrheitsbeschlüsse des Ausschusses nach außen hin nicht mittragen könne.

Dieser Vorwand ist wahrheitswidrig, denn es hat Mehrheitsentscheidungen gegen die CDU beim Gesetzentwurf nie gegeben. Ein solches Vorgehen einer Fraktion ist zumindest in der jüngeren Geschichte der Bürgerschaft ohne Beispiel. Es ist nur zu verstehen, wenn man es als Teil einer bundeseinheitlichen Aktion zur Diffamierung sozialdemokratischer Hochschulpolitik und als ersten Schritt in Richtung auf den Bürgerschaftswahlkampf ansieht.

(Abg. Klein [CDU]: Unsere Begründung nehmen Sie nicht zur Kenntnis. Sie setzen sich mit unseren Begründungen nicht auseinander!)

Siebtens: Die SPD-Fraktion bedauert, daß einzelne Mitglieder der CDU-Fraktion sich in ihrem Zorn dazu haben hinreißen lassen, den Bund und die ande-

ren Länder zu einem finanziellen Boykott der Bremer Universitätsgründung aufzurufen.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Was? — Abg. John [FDP]: Das hat in der Zeitung gestanden! — Abg. Dr. Sieling [CDU]: Wollen Sie das einmal belegen?)

Ein solches Verhalten ist jenseits aller Vernunft. Das ist ja nun doch wohl sehr deutlich in der Zeitung wiedergegeben worden. Wenn es nicht stimmt, müssen Sie schon eine Richtigstellung bringen!

(Abg. Klein [CDU]: Sie müssen uns das erst einmal beweisen!)

Aus allen Veröffentlichungen ging hervor, daß Sie den Ländern und dem Bund empfohlen haben, sich von einem solchen Gründungsvorhaben zu distanzieren und es finanziell nicht zu unterstützen.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Eine solche Empfehlung gibt es nicht! — Abg. Klein [CDU]: Wo steht das? Sie können noch nicht einmal einen Beweis antreten!)

Meine Damen und Herren, wir können gern im Laufe der folgenden Debatte die entsprechenden Zitate, die in der Presse wiedergegeben sind, hier darlegen. Das dürfte überhaupt keine Schwierigkeit sein. Diese Dinge sind ja nun gedruckt, und auf sie kann ohne weiteres zurückgekommen werden.

(Abg. Filzen [CDU]: Sie meinen, was gedruckt ist, ist auch richtig! — Glocke)

Präsident Engel: Wollen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Klein beantworten?

Abg. **Dr. Czichon** (SPD): Ich bitte um Verständnis dafür, Herr Präsident, daß ich es während der Abgabe einer Erklärung meiner Fraktion nicht möchte.

Meine Damen und Herren, die SPD hat das Wahlkampfthema Universität nicht gewollt. Vom ersten Tag der Gründungsphase an haben wir versucht, parteipolitische Auseinandersetzungen in Sachen Universität zu vermeiden und die Universität zu einer Angelegenheit der gesamten bremischen Bevölkerung zu machen. Das schien in den letzten Jahren besonders deswegen leicht möglich zu sein, weil sich die hochschulpolitischen Programmvorstellungen aller drei Parteien in wesentlichsten Punkten nicht mehr unterschieden.

Ich halte im Prinzip eine solche Gemeinsamkeit auch heute noch für möglich und möchte sie ausdrücklich anbieten. Wenn aber die CDU an dieser gemeinsamen Aufgabe nicht mehr mitwirken will, dann muß sie es sich auch gefallen lassen, daß wir die bremische Öffentlichkeit immer wieder auf die Tatsache hinweisen, daß es die CDU war, die die Universität zum Objekt wahltaktischer und parteipolitischer Auseinandersetzungen gemacht hat.

(Beifall bei der SPD — Widerspruch bei der CDU — Abg. Klein [CDU]: Das ist eine bloße Behauptung! — Abg. Ströh [SPD]: Werden Sie mal nicht unruhig, Herr Klein!)

SPD- und FDP-Fraktion werden alles tun, um zu verhindern, daß die Universität bei diesen Auseinandersetzungen Schaden leidet.

(Abg. Fischer [CDU]: Dann muß Ihr Senator anders handeln!)

Daß die CDU bei dem von ihr selbst gewählten Weg der Obstruktion durch eigene Schuld Schaden erleidet, wird allerdings kaum zu verhindern sein.

(Beifall bei der SPD)

Für die SPD-Fraktion gab es in der Vergangenheit und gibt es in der Zukunft nur eine Devise: Alle Kräfte einzusetzen für eine praxisnahe, demokratische und leistungsfähige Universität in Bremen.

(Langanhaltender Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Meine Damen und Herren, nachdem die Sprecher aller Fraktionen gesprochen haben, schlage ich Ihnen vor, bevor wir fortfahren, jetzt die halbstündige Mittagspause einzulegen. Wir treten wieder zusammen um 13 Uhr 05.

(Unterbrechung der Sitzung: 12.33 Uhr.)

*

Präsident Engel eröffnet die Sitzung wieder um 13.08 Uhr.

Präsident Engel: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Schepers.

Abg. **Schepers** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben heute morgen von Herrn Senator Thape, aber auch von Herrn Dr. Czichon Ausführungen gehört. Wenn man Herrn Dr. Czichons Laudatio auf seinen Parteifreund und Bildungssenator Thape hört, dann würde ich der SPD vorschlagen, zu sagen: Habemus thapam, wir haben einen Thape!

(Heiterkeit bei der CDU)

Wenn man sich das einmal vor Augen oder zu Gemüte führt, was Herr Senator Thape über den Aufbau gesagt hat, so geht das genau an der Sache vorbei, von der heute von Herrn Dr. Sieling und Herrn John gesprochen wurde.

(Abg. Friedrich Meier [SPD]: Wieso?)

Aber auch das, was Herr Dr. Czichon sagte, kann uns nicht bewegen, in diese Universitätspolitik des Senats überhaupt noch weiter Vertrauen zu haben.

(Abg. Ströh [SPD]: Bewegen Sie sich mal!)

Herr Kollege Ströh, ich freue mich immer, wenn Sie

dazwischen rufen, ich werde mir gestatten, gelegentlich zu antworten.

(Abg. Ströh [SPD]: Das erwarte ich sogar!)

Vor allen Dingen deshalb, weil ich weiß, welchen Wert Sie innerhalb Ihrer Partei darauf legen, daß Sie als fortschrittlich gelten gegenüber dem linken Flügel.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Mit keinem Wort ist Herr Dr. Czichon auf die Ausführungen meines Fraktionsvositzenden, Herrn Dr. Sieling, eingegangen.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Das wäre auch überflüssig gewesen!)

Im wesentlichen hat er an dem Anliegen vorbeigeredet. Er beschränkte sich darauf, hier einiges Lob zu verteilen und ein Bekenntnis zu dem neuen Gründungsausschuß abzulegen.

Ich glaube aber, es ist notwendig, bei der Beurteilung des Tagesordnungspunktes „Gründung der Bremischen Universität" auch einmal einen Blick zurück zu tun, nicht im Zorn, sondern um die Dinge hier wieder in ein richtiges Licht und in ein richtiges Verhältnis zu dem, was uns heute hier gesagt worden ist, zu bringen.

Nicht 1968 — ich bedaure, daß Herr Dr. Czichon nicht anwesend ist —, sondern 1964 wurde das Investitionsabkommen zur Finanzierung der wissenschaftlichen Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland von den Ministerpräsidenten unterzeichnet.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Dr. Czichon sprach von den laufenden Kosten! — Abg. Ströh [SPD]: Das haben Sie immer noch nicht begriffen!)

Ich habe sehr wohl begriffen, Frau Landwehr, daß er das gesagt hat. Dann frage ich mich eigentlich, warum er die Investitionskosten verschwiegen hat. Denn sie waren ja zunächst der Ausgangspunkt dafür,

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Was solls?)

daß der erste Gründungsausschuß hier seine Tätigkeit nicht nur aufnehmen konnte, sondern dann auch zu einem Gründungssenat hochgestuft wurde. Die Umstände, unter denen der erste Gründungssenat seinen Rücktritt erklärt hat, die brauche ich hier in diesem Hause nicht noch einmal nachzuzeichnen.

(Abg. Ströh [SPD]: Das sind olle Kamellen!)

Es ist nicht richtig, wenn Herr Dr. Czichon sagt, daß alle Gründungssenate, die wir bis jetzt gehabt haben und vielleicht in Zukunft haben werden, uneingeschränkt das Vertrauen der SPD gehabt haben beziehungsweise haben werden.

(Beifall bei der CDU)

Das trifft einfach nicht zu! Dazu darf ich an die Broschüre erinnern, mit der am 12. 4. 1967 die Rede des damaligen Fraktionsvorsitzenden der SPD, des Kollegen Boljahn, hier verteilt worden ist, in der sehr wohl unmißverständlich von der SPD-Fraktion gegen den damaligen Gründungssenat zu Felde gezogen worden ist. Das muß man hier doch mit aller Deutlichkeit sagen.

Der damalige Vorsitzende des Gründungssenats, Professor Bargmann, hat mit aller Deutlichkeit davon gesprochen, was später Professor Killy dann im Jahr 1970 wiederholt hat: Nämlich von dem tiefgreifenden Mißverständnis, das die Mehrheitspartei von dem Wesen einer Universität habe.

(Widerspruch bei der SPD — Beifall bei der CDU — Abg. Ströh [SPD]: Hat Killy nie behauptet!)

Das können Sie nachlesen, Herr Ströh, bei Herrn Professor Bargmann. Es ist ja wohl gestattet, das hier zu zitieren, was andere Leute über die SPD und ihre Fraktion denken und aussagen!

(Beifall bei der CDU)

Wenn man so hörte, wie Sie gelegentlich heute morgen reagiert haben, dann ist es so, daß hier ein Teil dieses Hauses glaubt, im Besitz der absoluten Wahrheit zu sein, und jede Kritik daran ist undemokratisch.

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Ich darf also zunächst feststellen, daß 1967 der große Eklat von seiten der SPD hier verursacht worden ist, und von sonst niemand aus diesem Hause. Allerdings muß ich, Herr Kollege John — —

(Abg. John [FDP]: Jetzt bin ich dran!)

Nein, Sie sind noch nicht dran, ich widme mich Ihnen speziell.

(Heiterkeit — Abg. John [FDP]: Das war die Ouvertüre!)

Das war keine Ouvertüre, ich möchte ja nicht in ein Wortspiel eintreten, ein John, plus ein John gleich ein Volt,

(Abg. John [FDP]: Da haben Sie andere Ausdrücke dafür!)

sondern ich wollte darauf zurückkommen, daß am 14. 1. 1967 der damalige Fraktionsvorsitzende der FDP, Herr Dr. Ehrich, unmißverständlich erklärte, daß die FDP fest bleiben würde.

(Abg. Filzen [CDU]: Aha!)

Und am 8. 2. 1967 haben Sie freundlicherweise diesen Umfall nicht mitgemacht, Herr John, und das möchte ich Ihnen heute noch hoch anrechnen.

(Beifall bei der CDU — Senator Thape: Der 12. 4. und nicht der 8. 2.!)

Bitte?

(Senator Thape: Der 12. 4. und nicht der 8. 2.!)

Nein, am 8. 2. haben wir über das Gesetz abgestimmt, Herr Senator! Ich danke Ihnen! Das war der 8. 2., als wir über die Annahme des Gesetzes abstimmten. Da hatte morgens hier eine Besprechung zwischen der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion stattgefunden, und Herr Dr. Ehrich sah sich dann nachmittags nicht mehr in der Lage, zu dem zu stehen, was er vier Wochen vorher lauthals verkündet hatte.

(Abg. Ströh [SPD]: Was soll das denn? — Abg. Klein [CDU]: Der Senatorensesselneid war stärker! — Unruhe bei SPD und FDP)

Herr Kollege Ströh, was das soll? Ihre Zwischenrufe beweisen, wie notwendig es ist, Sie gelegentlich an solche Dinge zu erinnern.

(Starker Beifall bei der CDU)

Dann begann die Suche, es war 1967 — mein Fraktionsvorsitzender, Herr Dr. Sieling, hat es schon erwähnt —, nach „verlorenen Söhnen der Wissenschaft", die bereit waren, hier in Bremen neu einzusteigen. Es etablierte sich dann ein Predöhl-Ausschuß, und es war zu lesen — —

(Abg. Launspach [SPD]: Das stimmt so nicht!)

Herr Launspach, es ist keine Unterstellung! Wenn Sie eine Zwischenfrage haben, dann können Sie sie stellen. Ich bin gern bereit, sie zu beantworten.

(Abg. Kahrs [SDP]: Sie haben doch ein gestörtes Verhältnis zur Wissenschaft, lassen Sie es doch!)

Ich nehme an, daß Sie kein gestörtes Verhältnis zur Wissenschaft haben, aber gelegentlich habe ich das Gefühl, daß Ihre Partei hier in diesem Hause glaubt, sie allein hätte ein ungestörtes Verhältnis zur Demokratie.

(Beifall bei CDU und NPD — Abg. Böhrnsen [SPD]: Das stimmt allerdings, das geht auf unsere Geschichte zurück!)

Ja, Ihre Geschichte, Sie sind nicht nur den Jahren nach hundert Jahre alt, Herr Böhrnsen,

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

sondern innerhalb Ihrer Partei beginnt man die Klassenkampftheorien — Sie werden ja auch auf dem Parteitag in Saarbrücken sein — des vorigen Jahrhunderts in das 21. Jahrhundert hinüberzuretten.

(Abg. Dr. Klink [SPD]: Zur Sache!)

Ich käme gern zur Sache, Herr Dr. Klink, wenn man mir nicht freundlicherweise von Ihrer Seite immer wieder Gelegenheit geben würde, Ihnen das zu sagen, was Sie offenbar hören müssen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich darf also auf die Versuche zurückkommen, einen neuen Gründungsausschuß zu etablieren. Vor dem Wahlkampf hieß es, die CDU ist unterwegs und bittet um gut Wetter beim damaligen Bundesminister Stoltenberg und bei Langeheine, was solls? Damit wurde das in dem Leib- und Magenblättchen der Sozialdemokraten, der „Bremer Bürgerzeitung"

(Zuruf von der SPD: Keine Schleichwerbung!)

vor den Wahlen abgetan, und nach den Wahlen entsann man sich plötzlich dieses Vorschlags und war froh, daß die Universität Göttingen bereit war, die Patenschaft für die neu zu gründende Universität in Bremen zu übernehmen.

(Zuruf des Abg. Ströh [SPD])

Ich freue mich, Herr Ströh, daß Sie anerkennen, daß Sie das der CDU zu verdanken haben. Soviel Einsicht hatte ich von Ihnen gar nicht erwartet.

(Beifall bei der CDU — Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Der sattelt sich selber noch ein Extra-Roß!)

Die Universität Göttingen hat unter Professor Killy hier Leute zur Verfügung gestellt. Professoren, Assistenten wurden benannt, Studenten wurden benannt. Der Senat hat diesen dritten Gründungsausschuß berufen. Wenn heute die Okkupation des Begriffs „Bremer Modell" hier laufend strapaziert wird, muß man darauf hinweisen, daß es ein Modell des Professors Killy ist.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Wir hörten es schon! — Abg. John [FDP]: Das ist nicht wahr, das war Professor Henckel, von Killy praktiziert!)

Ich freue mich, Herr Kollege John, daß Sie mich berichtigen, daß also die Patenschaftsuniversität der Vater ist und Killy den Gedanken dann nach Bremen getragen hat.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Für Bremen, also „Bremer Modell"!)

Ich weiß gar nicht, Herr von Groeling-Müller, bei wem Sie eigentlich um gut Wetter bitten müssen.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Bei niemandem, vor allen Dingen nicht bei Ihnen!)

Ich möchte Ihnen dazu sagen, die SPD ist auf uns in der Frage der Universität nicht angewiesen, und auch die Universität nicht. Sie bilden mit der SPD eine Koalition und nicht wir.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Das wußte ich noch gar nicht!)

Vielen Dank für Ihre Einsicht, sie kommt aber sehr spät. Oder hat Sie die Bemerkung von Herrn Uhde in der „Bremer Bürgerzeitung" über eine neue mögliche Koalition so verschreckt, daß Sie vergessen hatten, daß Sie mit der SPD in Koalition sind?

Dieser Ausschuß hat dann versucht, Grundlagen zu schaffen. Es zeigte sich, nachdem er ein Jahr lang getagt hatte, daß sich innerhalb dieses Gremiums die Differenzen verschärften und sichtbar wurden in den Problemen einer Personalpolitik an einer zukünftigen Universität. Hatten die Studenten noch in der ersten Sitzung 1968 erklärt, daß sie kein imperatives Mandat des VDS ausüben, daß sie also in Bremen unabhängig sind, mußten wir miteinander feststellen, daß diese Basis von den Studenten in der Zwischenzeit verlassen worden ist.

Es war die Bremer SPD unter Herrn Dr. Czichon und Herrn Kreuser, die nach dem spektakulären Rücktritt der Professoren aus dem Gründungsausschuß, die zu den drei Verbliebenen — Herrn Joppich, Frau Duhm und Herrn Pottel — reisten, um sie zu bitten, doch solange zu bleiben, bis man einen Ersatz für die weggegangenen drei gefunden hätte,

(Abg. Ströh [SPD]: Na und?)

um überhaupt den Anschein zu wahren, daß man Wert auf die Anwesenheit von weiteren Mitgliedern legt.

(Zuruf von der SPD: Es lag ein Auftrag vor!)

Ich würde mich vorher erkundigen, bevor ich Zwischenrufe anbringe. Tatsache ist, daß diese drei ausdrücklich gebeten worden sind, vorläufig zu bleiben. Danach zeigte sich, daß das Gespräch nicht die Klarheit gebracht hat, die es hätte bringen können und müssen, und daß die drei dann auch zurücktraten.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Wieso?)

Die Universität Göttingen hat sich in einem Gespräch mit Herrn Senator Thape — so muß ich der Presse entnehmen — von der Patenschaft distanziert. Professor Killy, den Senator Thape noch nach dem Rücktritt gebeten hatte — den der Senat gebeten hatte —, doch das Amt des Gründungsrektors zu übernehmen, hatte mittlerweile erklärt, daß die politischen Stellen in Bremen das Ziel der Studenten klar erkennen und wissen müssen, ob sie sich dieses zu eigen machen wollen oder nicht. Das erklärte er am 16. 2., und am 10. 2. erklärte er, daß die Bremer Universität dann etwas werden würde — das wünschte und hoffte er, und mit ihm Frau Duhm, Herr Joppich, Herr Leitherer und Herr Roxin —, wenn nicht Opportunismus und politisches Zweckmäßigkeitsdenken mehr wiegen als Tatsachen.

Wenn man glaubt, das Ausscheiden von engagierten, erfahrenen Hochschullehrern — der Hälfte des Gremiums — nur als vorübergehende Schwierigkeit ansehen zu dürfen, solange die Ursache dieser Schwierigkeiten bestehen bleibt, wird auch die Zukunft der Universität Bremen nicht besser aussehen. Man kann nicht so tun, daß dieser Mann eineinhalb Jahre lang für Bremen gut gearbeitet habe, und wenn er eine negative Kritik äußert, brauchte man auf seine Stimme nicht mehr zu hören. Auch das gehört mit zu dem Dank an Professor Killy, den Herr Dr. Czichon hier heute morgen so lautstark ausgesprochen hat!

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Wir können doch nicht absolut befolgen, was er wünscht!)

Ich weiß, Ihre Vorbehalte sind immer interessant. Das wissen wir aus gemeinsamen Gesprächen, die wir bei anderen Gelegenheiten führten.

Ich darf also feststellen, daß dieser Senat mit seiner Universitätspolitik seit 1967 vom Glück verlassen ist. Der Bildungssenator hat kein Fortüne mehr, die zu einem Politiker, zu einem Minister gehört. Wir sind in Sorge, daß diese Politik, die mehr Rücksicht nimmt auf innerparteiliche Querelen als auf die Notwendigkeiten für dieses Land, für diesen Stadtstaat Bremen, auch in der Universitätsfrage zu keinem guten Ende führt.

(Beifall bei der CDU)

Von den anderen Dingen ganz zu schweigen, über die wir ja in den nächsten Bürgerschaftssitzungen reden werden!

Ich muß Ihnen noch sagen, etwas macht uns stutzig! Diese permanente Identität von Gruppeninteressen des Gründungssenats und der SPD, diese Identität der Interessen, die verharmlost wird. Ich habe in der letzten Sitzung schon Herrn Dr. Czichon gesagt, es handelte sich nicht um einen Lapsus linguae, sondern um ein konkret politisches Ziel. Das Wort ist ja auch in der letzten Sitzung des Gründungssenats gefallen: die Gesellschaft von oben mehr umzuformen. Man kann es also nicht so abtun, als handele es sich um Dummejungenstreiche, als handelte es sich um Wortspielereien, als handelte es sich darum, man brauche diese Leute ja nicht ernstzunehmen. Wenn Sie sie nicht so ernst nehmen, weshalb haben Sie sie dann in den Gründungssenat berufen?

(Abg. Fischer [CDU]: Sehr richtig!)

Ich glaube, das muß hier mit aller Deutlichkeit gesagt werden. Sie können doch nicht die Auseinandersetzungen an den deutschen Hochschulen, die tagtäglich in den Zeitungen zu lesen sind, einfach

verniedlichen und abtun als Spielereien zwischen Studenten, Assistenten und Professoren. Sie können doch nicht einfach die Meinung des Herrn Professor Joppich vom 18. April 1970 abtun, der da sagt, daß ein junger Hochschullehrer ihm gesagt habe, er könne in der Bundesrepublik seine Meinung über diese Verhältnisse an den Hochschulen nicht offen äußern, ohne seine weitere Berufslaufbahn zu gefährden!

Wenn Bremen eingebettet ist in die Hochschulpolitik der Bundesrepublik, dann können wir nicht so tun, als ob diese Bemerkung für die Bremer Universität nicht von Belang sei. Man kann nicht so tun, daß das Negative nur an den anderen Universitäten ist, und in Bremen das einzig Positive. Wir sind eingebettet in die Bundesrepublik, und die Hochschulpolitik dieses Landes ist eingebettet in die derzeitige Diskussion an den deutschen Hochschulen.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Na und?)

Sie müssen zur Kenntnis nehmen, was an negativen Vorzeichen sich mittlerweile an diesen deutschen Hochschulen entwickelt hat. Dann müssen Sie zur Kenntnis nehmen, nicht wie Herr Senator Thape in der letzten Sitzung gesagt hat, in Berlin entwickelt es sich zum Guten, daß sein Parteifreund Körber ja nicht aus lauter Wunschdenken oder aus Vergnügen an der Sache den Studentenladen da verbieten mußte, weil nämlich nach Ansicht des Berliner Senats das Grundrecht der Würde des Menschen dort verletzt war.

(Abg. Stäcker [SPD]: Was? — Abg. John [FDP]: Sie meinen den Kinderladen?)

Den Kinderladen! Man muß ja diese Dinge doch einmal aussprechen und nicht verharmlosen.

(Abg. Dr. Klink [SPD]: Sie reden doch von Universität!)

Herr Dr. Klink, Sie haben völlig recht! Wir sprechen von der Universität. Wir sprechen von den Aktionsgruppen, die an anderen Universitäten sind und die in diese Diskussion mit einbezogen werden müssen. Ich weiß, Sie schütteln immer den Kopf, wenn man der SPD etwas sagt, was ihr nicht paßt. Aber das ist Ihr gutes Recht!

Nun lassen Sie mich noch auf einige Dinge eingehen, die heute morgen von Herrn John und von Herrn Dr. Czichon hier gesagt worden sind.

(Abg. Kahrs [SPD]: Das sind die letzten Weisheiten!)

Es sind keine letzten Weisheiten. Das kann nur von einem SPD-Mann gesagt werden, daß er glaubt, was er verkündete, seien letzte Weisheiten.

(Beifall bei der CDU)

Ich gehöre einer offenen Partei an,

(Abg. Ströh [SPD]: Ach!)

die sich nicht hundert Jahre auf die Arbeitnehmer beschränkt hat, sondern von Anfang an offen war für alle Gruppen dieses Volkes.

(Beifall bei der CDU — Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Noch ein NASO!)

Eine NASO? Das ist doch wohl die neue Bezeichnung für die FDP: Nach allen Seiten offen!

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Sie haben doch gesagt: Nach allen Seiten offen! Also ein neuer Verein!)

Ich will mich nicht Ihrem eigenen Werturteil über Ihre eigene Partei anschließen, Herr von Groeling-Müller!

(Beifall bei der CDU — Abg. John [FDP]: Das fiele sowieso schlecht aus, Herr Schepers!)

Herr John, ich darf mich nun einmal mit den Äußerungen, die Sie hier getan haben, auseinandersetzen. Ich habe mich eigentlich, nachdem Sie gesprochen haben, gefragt, ob das ein Koalitionspartner war, ob das ein Vorsitzender einer Koalitionsfraktion in Bremen war, oder ob er gelegentlich bei der CDU zu Hause war. Ich auf alle Fälle hätte eine solche Rede als Fraktionsvorsitzender einer Koalitionspartei nicht gehalten.

(Abg. John [FDP]: Das glaube ich Ihnen ja!)

Ich kann es getrost dem Urteil der Öffentlichkeit überlassen, was sie von dieser Rede hält.

(Beifall bei der CDU)

Sie können nicht nur Bedenken äußern, Sie müssen sich klar entscheiden!

(Abg. Sagner [CDU]: Sehr richtig! — Beifall bei der CDU)

Sie können sich nicht Rückzüge leisten, Sie müssen sich nicht den Rückzug in Etappen offenhalten und so tun, als ob Sie bereit wären, Dinge zu akzeptieren, während Sie gleichzeitig das große Wort von der „Parteihochschule" hier aussprechen,

(Abg. John [FDP]: Sie müssen zuhören, Herr Schepers, aber das wollen Sie doch nicht!)

Wenn Sie in Ihrem Urteil schon so festliegen, dann sollten Sie sich auch klar dazu bekennen, was die FDP dazu sagt und nicht in einer Art von Schaukelbewegung mal hier, mal da den Trittbrettfahrer spielen.

(Abg. John [FDP]: Sie sind doch erst durch mich darauf gekommen!)

Bitte?

(Abg. John [FDP]: Sie sind doch erst durch mich darauf gekommen!)

Ich habe Ihnen schon gesagt, daß die CDU 1967 schon erlebt hat, was der damalige Fraktionsvorsitzende der FDP für ein Volte-Spiel getrieben hat.

(Abg. John [FDP]: Sie haben mich gerade gelobt, Herr Kollege Schepers!)

Natürlich kann ich Sie gelegentlich loben, ich kann Sie auch gelegentlich humorvoll bezeichnen, nicht wahr? Ich hoffte immer, daß ich bei Ihnen auf Gegenhumor stoßen würde. Aber ich will mich dazu weiter nicht äußern.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Warum nicht?)

Nein, zu der Methode und der Art und Weise von Herrn John würde ich kein Urteil abgeben. Das habe ich eben schon gesagt. Das kann ich ruhig der Öffentlichkeit überlassen!

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Bravo! — Abg. John [FDP]: Weil Sie keins haben! Das ist das Entscheidende!)

Herr John, ich bin im Parlament und nicht draußen auf der Straße oder draußen beim Kaffee. Da könnte ich Ihnen gelegentlich noch ein paar humorvolle Dinge mitgeben. Ich bin gern dazu bereit.

(Abg. John [FDP]: Ich auch! In der nächsten Sitzung des Fachhochschulausschusses sind wir ja wieder zusammen!)

Ja gut! In der nächsten Sitzung des Fachhochschulausschusses sind wir nämlich mit dem dritten humorvollen Herrn Ströh zusammen.

(Stürmische Heiterkeit)

Da werden wir sicherlich eine schöne Scherzstunde haben.

(Abg. Götze [SPD]: Die besten Witze in Ihrer Fraktion erzählt aber Herr Filzen, nicht Sie!)

Bitte?

(Abg. Götze [SPD]: Die besten Witze in Ihrer Fraktion erzählt aber Herr Filzen, nicht Sie!)

Diese Ehre trete ich gern ab, Herr Götze!

(Heiterkeit — Abg. Filzen [CDU]: Hier ist die Sache leider zu ernst!)

Nun muß ich allerdings sagen, der Fachhochschulausschuß tagt nicht so oft wie der Haushaltsausschuß.

(Abg. John [FDP]: Das stimmt!)

Ich darf aber darauf zurückkommen: Die Bedenken, die Herr John für die FDP geäußert hat, die möge er bitte dann auch klar für die FDP abgeben und sich nicht beirren lassen durch eine Zwischenfrage seines eigenen Parteifreundes Hauptmann, nachdem dieser mit Herrn Senator Dr. Borttscheller gesprochen hatte.

(Abg. John [FDP]: Ja, haben Sie denn nicht zugehört, Herr Kollege Schepers?)

Ich habe nicht nur zugehört, sondern auch zugesehen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU — Abg. John [FDP]: Ich habe es im Manuskript! Soll ich es Ihnen noch einmal vorlesen? — Zurufe und Unruhe)

Herr von Groeling-Müller, Sie haben völlig recht: Nicht verzagen, Schepers fragen!

(Stürmische Heiterkeit)

Dann hatten Sie die Bitte geäußert, daß die Koalition ja nicht nur daraus bestünde, gelegentlich Mehrheiten für eine Sache zu finden, sondern mehr Übereinstimmung herzustellen. Ich hoffe, daß es Ihnen gelingt, mit Ihrem Koalitionspartner in der Frage der Universität diesen geistigen Konsensus herzustellen, der notwendig ist, um die „Parteihochschule", die Sie und wir beschwören, nicht Wirklichkeit werden zu lassen.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Worauf Sie sich verlassen können!)

Bei Ihnen bin ich mir noch gar nicht so sicher!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Nun lassen Sie mich noch ein Wort sagen zu der Laudatio von Herrn Dr. Czichon auf den sehr ehrenwerten Herrn Senator Thape. Herr Dr. Czichon sprach von einem Schreckgespenst, und er sprach davon, daß die CDU dieses aufbausche. Meine Damen und Herren, wir brauchten uns hier nicht hinzustellen, wenn wir die Sache aufbauschen wollten. Aber Sie werden nicht umhin können, daß die Sorge um die Universität in Bremen uns bewegt. Die Sorge auch darum, wie das Wohlverhalten der anderen Länder und des Bundes in Zukunft sein wird, wenn es um diese Universität in Bremen geht! Die Sorge, die wir haben, ist, daß hier mit Rücksicht auf parteiinterne Richtungen eine Universitätspolitik betrieben wird, der wir unsere Zustimmung nicht geben können. Und, Herr Doktor — entschuldigen Sie, Herr John —,

(Abg. John [FDP]: Weder Doktor noch Otto!)

die Mitarbeit im nichtständigen Ausschuß für die Universität haben wir eingestellt.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Wirklich?)

Diese Mitarbeit sahen wir gefährdet, weil der Ge-

setzentwurf, der jetzt vorliegt, ein Gesetzentwurf war und ist — —

(Abg. John [FDP]: Früher nannte man sowas Feigheit vor dem Feind, aber ich bin ja nur Zivilist, wie gesagt!)

Dann würde ich aber auch solche Worte gar nicht in den Mund nehmen!

(Stürmische Heiterkeit)

Wir haben deshalb den nichtständigen Ausschuß verlassen, Herr John, weil wir der Auffassung sind, daß dieses Gesetz zugeschnitten ist auf den Killy-Ausschuß mit Zustimmung aller drei Fraktionen, die in diesem nichtständigen Ausschuß mitarbeiteten. Wir sind der Auffassung, daß dieses Killy-Modell, das er uns hinterlassen hat, nicht mehr funktionsfähig ist. Solange diese Verhältnisse hier in diesem Gründungsausschuß so weiterbestehen, wird es zu keiner Kooperation kommen. Davon sind wir überzeugt. Denn das haben die Universitätsgründungen nach dem Krieg in der Bundesrepublik Deutschland bewiesen, die überall dort Erfolg hatten, wo die CDU entweder allein oder mit der FDP oder mit der SPD regierte.

(Beifall bei der CDU)

Ich will hier auch keine überflüssige Polemik hineinbringen,

(Heiterkeit bei SPD und FDP — Abg. Kähler [SPD]: Schlimmer geht es gar nicht!)

aber was Herr Dr. Czichon gesagt hat, heißt nämlich die Probleme zu verkleistern und

(Abg. Klein [CDU]: Zu verniedlichen!)

zu verniedlichen. Ich freue mich sehr für die Hilfe, Herr Klein!

Damit kommen wir dem Problem nicht näher, sondern hier muß ausgesprochen werden, daß die Studenten in diesem Gründungsausschuß die Auffassung vertreten — im Gegensatz zu Herrn Dr. Czichon —, daß sie sich dem Leistungsdruck dieser Gesellschaft nicht aussetzen wollen.

(Abg. Klein [CDU]: Sehr richtig! Das ist technokratisch!)

Herr Dr. Czichon kann doch nicht so tun, als ob all diese Leute, die davor warnen, Märchenerzähler sind. Es müssen ja nicht immer Rotkäppchen sein.

(Abg. Kähler [SPD]: Das war wieder keine Polemik!)

Ich will dem „Bauherzog von Bremen-Nord" gar nicht antworten, weil ich ihn sonst so nett finde. Er paßt so der Form nach zu mir, und das verbindet dann doch.

Man kann auch nicht so einfach den Begriff „proletarische Universität" mit anderen Inhalten füllen, wie er von den Studenten gebraucht worden ist, und wie er politisch heute definiert wird, denn die einseitige Ausrichtung einer Universität im Sinne der proletarischen Universität bedeutet, daß an ihr keine Lehr- und Forschungsfreiheit herrschen kann,

(Abg. Vorsatz [NPD]: Genau!)

sondern daß sie nur basieren kann auf der einseitig ausgerichteten ideologisch gefesselten Basis des dialektischen Materialismus.

(Abg. Stern [NPD]: Sehr richtig!)

Das ist bewußt verniedlicht worden von Herrn Loewe nachdem er seinen Fauxpas in der bremischen Öffentlichkeit feststellen mußte. Dann hat er hinterher diese Dinge verniedlicht.

(Abg. Fischer [CDU]: Und Herr Dr. Czichon auch!)

Herr Dr. Czichon ist ihm gefolgt, hat geglaubt, ihm zur Seite treten zu müssen. Für so unklug halte ich Herrn Dr. Czichon gar nicht, als daß er nicht weiß — —

(Glocke)

Präsident Engel: Herr Abgeordneter Schepers, Ihre Redezeit ist abgelaufen!

Abg. **Schepers** (CDU): Herr Präsident, darf ich mit einem Satz enden. Ich darf damit schließen, daß ich Herrn Dr. Czichon gar nicht für so unklug halte, als daß er nicht weiß, was mit dem Begriffsinhalt „proletarische Universität" gemeint ist. — Vielen Dank!

(Langanhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Franke.

(Abg. Klein [CDU]: Jetzt wird es endlich einmal ideologisch!)

Abg. **Franke** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich nehme an, daß wir uns nach wie vor in einer Universitätsdebatte eines deutschen Landtags befinden. Und da ich davon ausgehe, schenke ich mir das Eingehen auf die Ausführungen meines Vorredners.

(Abg. Schepers [CDU]: Vielen Dank! — Abg. Klein [CDU]: Das ist doch ideologischer Hochmut! — Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Fast so hoch wie Klein!)

In die heutige Diskussion sind wir gekommen, weil ungeachtet der mehr als zwanzigjährigen Tradition, die inzwischen diese unsere Demokratie besitzt, wir uns immer noch mit den Denkkategorien des vordemokratischen Obrigkeitsstaates herumschlagen müssen. Was sind aber auch zwanzig Jahre gemessen an dem, was davor gewesen ist!

Die deutsche Universität ist nicht erst seit Humboldt mit dem Anspruch aufgetreten, der Platz zu sein, an dem die Freiheit von Forschung und Lehre existiert. In Wahrheit hat aber die deutsche Universität auch schon zu Humboldts Zeiten die Aus-

bildung der Führungskräfte für Staat und Gesellschaft dergestalt übernommen, daß der Gang durch die Universität gleichbedeutend gewesen ist mit Anpassung an den monarchischen Obrigkeitsstaat. Wer die Universität verließ, integrierte sich widerspruchslos in die hierarchischen Strukturen des preußischen vordemokratischen Staates. Auch als die obrigkeitsstaatlichen Strukturen zu zerbröckeln begannen, als die Herausbildung der modernen Industriegesellschaft den großen Demokratisierungs- und Emanzipationsprozeß einleitete, in dem wir uns heute noch befinden, auch dann blieb die deutsche Universität den rückwärts gewandten Denkgewohnheiten und politischen Traditionen verhaftet, die mit einer demokratischen Gesellschaftsordnung unvereinbar waren. Dieser Zustand hat auch den ersten Versuch überdauert, in Deutschland eine Demokratie aufzubauen. Wir wissen inzwischen sehr gut, wie die deutsche Universität zur Weimarer Republik gestanden hat und welchen Anteil sie am Heraufziehen des NS-Staates hatte.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Untersuchung, eine sehr interessante Untersuchung, von Hans-Peter Bleuel, „Deutschlands Bekenner, Professoren zwischen Kaiserreich und Diktatur".

Ich habe mir diesen kleinen Exkurs erlaubt, um festzustellen, daß die deutsche Universität bis in die jüngste Zeit hinein keine unpolitische und keine überparteiliche Stätte gewesen ist, daß sie sich vielmehr als Korrespondent des deutschen Obrigkeitsstaates und des totalitären Regimes verstanden hat.

(Abg. Ströh [SPD]: Sehr gut!)

Sie werden mir zugeben, daß der zweite Versuch, eine deutsche Demokratie aufzubauen, von dessen Erfolg wir überzeugt sind, diese deutsche Universitätstradition nicht mehr dulden kann. Nun wird heute kaum noch die Gefahr bestehen, daß die Universität sich als Hort rückwärtsgewandter Traditionen begreifen kann. Zu stürmisch ist sie zum Bruch mit der Vergangenheit gebracht worden.

Es gibt indessen eine andere Gefahr. Auch die heutige Universität kann versucht sein, angepaßte Führungskader für Staat und Gesellschaft zu entlassen. Eine Gefahr, die sich übrigens — Herr Klein kann mitschreiben — besonders stark bei Juristen abzeichnet, die immer noch rund 50 Prozent der Führungspositionen in Staat und Gesellschaft besetzen. Ich verweise auf Rudolf Wassermann, den Frankfurter Landgerichtspräsidenten,

(Abg. Klein [CDU]: Ah, ja!)

dessen Veröffentlichungen bei der Justizreform eine entscheidende Stimme darstellen. Rudolf Wassermann nennt das Erziehung zum Establishment.

(Abg. Filzen [CDU]: Weg mit dem Staat! — Abg. Klein [CDU]: Dann können Sie auch Wiethölter erwähnen!)

Damit ist also gemeint, daß die Universität Absolventen entläßt, die den Status quo in unserem Staat als unveränderliche Größe hinnehmen und in Staat und Gesellschaft willige Diener der Institutionen, Verbände und Gruppierungen sind, die an der Aufrechterhaltung des Gegebenen interessiert sind.

Übrigens widerspricht dieser Tendenz unserer Universitätsausbildung auch nicht das Vorhandensein der sich oft revolutionär gebärdenden Studenten. Wir wissen inzwischen sehr deutlich, wie herrlich angepaßt auch die SDS-Studenten sind, wenn die Universität hinter ihnen liegt und wenn das big money sie in diese Gesellschaft integriert.

(Abg. Sieling [CDU]: Da hat er recht!)

Der Anpassung zu widerstehen, verlangt ganz andere Qualitäten, als Dekanatstüren einzutreten und Institute zu besetzen.

Wenn ich von der Gefahr spreche, die in einer Universitätsausbildung liegt, die sich an der Aufrechterhaltung des Status quo orientiert, dann wird mir möglicherweise das gleiche widerfahren, was auch Mitgliedern des Gründungssenats widerfahren ist, nämlich: Aha, keine Aufrechterhaltung des Status quo, aha, Verfassungsfeind!

Nun, meine Damen und Herren, es scheint mir eine Binsenweisheit zu sein, zwischen Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit unterscheiden zu müssen. Die Würde des Menschen ist unantastbar, gebietet unserer Verfassung. Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, das ist ein Grundpostulat. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich, Männer und Frauen sind gleichberechtigt, und jedem Deutschen garantiert die Verfassung, in freier Entscheidung den Beruf zu wählen, der seiner Persönlichkeit am meisten entspricht. Das alles und eine Fülle von weiteren Grundrechten soll für den Bürger der Bundesrepublik gelten, weil diese Bundesrepublik ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat sein will.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Und freiheitlicher!)

Demokratie schließt für mich Freiheit ein!

(Abg. Vorsatz [NPD]: Volksdemokratie auch!)

Sie wissen alle, daß die Verhältnisse nicht so sind. Unsere Gesellschaft kennt immer noch sehr kräftige Privilegien. Das Ausleseverfahren, nach dem sich Angehörige der Führungsschicht rekrutieren, erfolgt noch immer entgegen dem Verfassungsauftrag zu einem erheblichem Maße aufgrund sozialer Herkunft und Besitzstand. Ich verweise hier auf die Veröffentlichungen Dahrendorfs zur sozialen Schichtung der Bevölkerung und sozialen Herkunft unserer Studenten, beispielsweise in der „Zeit" vom 26. 11. 65, jedem zugänglich der Aufsatz „Gewollte Unmündigkeit". Dahrendorf weist dort nach, daß bei einem Anteil von rund 50 Prozent, den Arbeiter und Landarbeiter an der Gesamtbevölkerung ausmachen, nur

5,2 Prozent unserer Studenten Kinder solcher Familien sind.

(Hört, hört! bei der SPD — Abg. Sagner [CDU]: Was ist denn das, ein Arbeiter heute!)

Ich hatte mir vorgenommen, nicht auf Zwischenrufe einzugehen. Aber dieser höhnische und zynische Zwischenruf „Was ist denn das, ein Arbeiter heute" zeigt, daß Sie an der sozialen Wirklichkeit überhaupt nicht orientiert sind.

(Starker Beifall bei der SPD)

Aus Akademikerfamilien kommen immerhin 35,5 Prozent unserer Studenten, obwohl diese soziale Schicht nur 2 Prozent der Bevölkerung ausmacht.

(Abg. Jackisch [CDU]: Zählen die Lehrer da mit zu?)

Diese Liste wäre noch lange fortzusetzen, diese Liste, durch die ausgewiesen wird, wie der von uns akzeptierte Verfassungsantrag und die Verfassungswirklichkeit auseinanderklaffen. Wenn wir zum Beispiel zur Kenntnis nehmen müssen, daß drei Viertel des privaten Vermögenszuwachses zwischen 1950 und 1960 auf nur 17 Prozent der privaten Haushalte entfallen, dann wird der Abstand zur Verfassungsforderung, ein sozialer Staat zu sein, besonders deutlich.

Nein, meine Damen und Herren, es kommt nicht darauf an, den Status quo in Staat und Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Gerade das Ernstnehmen unserer Verfassung gebietet das Eintreten für Veränderungen.

(Abg. Ströh [SPD]: Sehr gut! — Abg. Filzen [CDU]: Das wollen wir in Bremen auch!)

Die Sozialdemokratie hat deutlich genug und oft genug proklamiert, wie diese Veränderung in Staat und Gesellschaft zu geschehen hat. Herr Dr. Czichon hat es heute morgen noch einmal klar und deutlich formuliert. Aber, um allen Anwürfen entgegenzutreten, will ich vorsorglich — das scheint mir bei der Polemik, die heute üblich ist, nötig zu sein — noch einmal das Grundpostulat der deutschen Sozialdemokratie aussprechen, daß die Veränderung im Sinne des Verfassungsauftrags nur eine ausschließlich evolutionäre Veränderung sein kann.

(Abg. Krämer [NPD]: Dagegen ist doch keiner!)

Es ist die von uns an die Universität zu stellende Aufgabe, junge Menschen auszubilden, die imstande sind, sich an diesem Veränderungsprozeß zu beteiligen. Das heißt zum Beispiel, konkret auf den Juristen bezogen, daß es nicht darauf ankommt, gute, reine Zivilrechtler hervorzubringen, die dann in der freien Wirtschaft sehr gut brauchbar sind — übrigens interessanterweise nur in der freien Wirtschaft, in den Gewerkschaften zum Beispiel nicht —, nützliche Juristen also, die zu allem fähig sind.

(Abg. Fischer [CDU]: Das haben Sie aus Wiethölter! — Abg. Kauffmann [CDU]: Und zu nichts nütze sind!)

Wir brauchen vielmehr Juristen, die imstande sind, mitzuarbeiten an sozialer und politischer Theorie sowie an den notwendigen Veränderungen in der Praxis.

(Abg. Schepers [CDU]: Siehe Ostberlin!)

Meine Damen und Herren, Sie sollten darüber nicht die Nase rümpfen! Es ist erstaunlich, wieviele gerade Juristen, die doch ausgebildet sind in den Kategorien des Rechts, wieviele Juristen beteiligt gewesen sind an den scheußlichen Greueln des Dritten Reiches! Männer, die auf einer Universität gewesen sind, die geprägt war immer noch vom deutschen Idealismus, und die sich nicht gescheut haben, die Peletons der Exekutionskommandos anzuführen.

Wir haben also von den Angehörigen in unseren Universitäten die kritische Reflektion der gesellschaftlichen, die kritische Reflektion der politischen Befunde zu verlangen. Und wir haben das Engagement zu verlangen für die notwendige Veränderung. Und der Hochschullehrer von heute hat aufgrund seines Informationsvorsprungs, den er vor anderen besitzt, die Aufgabe, aufklärend zu wirken. Er sitzt nicht in einem gesellschaftsfernen Elfenbeinturm, sondern ist eingebettet in die Dynamik einer sozialen, emanzipatorischen Gesellschaft. Im Elfenbeinturm saß übrigens der Professor nie. Auch der sogenannte unpolitische Professor erfüllte, wie wir gesehen haben, sehr wohl politische Funktionen.

Politisieren heißt also nicht das, was einige Angstrufe, ernstgemeinte oder gespielte, der letzten Zeit darunter verstehen wollen. Es ist ja immerhin sogar der Vergleich gewagt worden: Politisierung — Freisler — NS-Zeit. Die Politisierung der Universität bedeutet nicht den Aufruf zur Institutsbesetzung, zu Wandparolen in akademischen Wandelgängen. Politisierung bedeutet intensives Studium der Zustände von Staat und Gesellschaft und der Möglichkeiten, sie im Sinne des Verfassungsauftrags zu transformieren. Eine politisierte Wissenschaft ist niemals Metze der jeweiligen politischen Macht, sondern ist gerade imstande, das Spannungsverhältnis zu den politischen Institutionen herzustellen, die sich gegen diesen Transformationsprozeß möglicherweise sträuben. Politik war in der auch von Ihnen sicherlich vielgepriesenen Antike durchaus in wissenschaftliches Denken eingebettet. Ein Musterbeispiel: Aristoteles!

Engagement für die öffentlichen Belange, für Staat und Gesellschaft, das heißt also Politisieren. Und ich deutete schon an, daß dabei auch das Spannungsfeld zwischen politischer Macht und Wissenschaft aufgebaut werden kann. Die kurze Zeit, in der die Demokratie in Deutschland wächst, birgt immer noch

die Gefahr in sich, daß Demokratie mit demokratisch verfaßter Obrigkeit — um ein Wort Heinemanns zu zitieren — verwechselt wird. Und das kann heißen, daß der Beamte, der als verfassungstreuer Hochschullehrer wirkt, gehalten ist, mit den staatlichen Institutionen nicht zu kollidieren. Nichts wäre aber gefährlicher als diese Art von Verfassungstreue!

Nicht den demokratischen Institutionen, sondern den demokratischen Funktionen hat der Wissenschaftler zu dienen. Wenn er der Emanzipation des Menschen zu einem Leben in Würde und Freiheit dienen will — unserem Verfassungsauftrag —, hat er für die Überwindung der immer noch offenen Kluft zwischen Staat und Gesellschaft in Deutschland zu dienen, wie sie bei uns der deutsche Idealismus aus Resignation an den unveränderlichen Verhältnissen des vorigen Jahrhunderts hingenommen und gerechtfertigt hat.

Keine treuen Staatsdiener in unseren Universitäten heißt also das Gebot der Stunde, sondern der Aufbau des demokratischen und sozialen Rechtsstaates erfordert viel mehr Professoren und Studenten, die sich in wissenschaftlich kritischer Reflektion Gesellschaft und Staat so zuwenden, daß daraus ein Engagement zur Veränderung im Sinne des Verfassungsauftrags erwächst. Nur solche Universitäten werden uns helfen, die Stürme der Zeit zu überdauern. Ich bin sicher, daß die Bremer Universität diesem Verfassungsauftrag gerecht zu werden imstande sein wird.

Meine Damen und Herren, wer hier nein sagt, wer hier Unkenrufe in die Welt setzt, hat dazu sehr wohl als demokratischer Politiker ein Recht, vielleicht eine Pflicht, nur eine Grundvoraussetzung muß er erfüllen, und Sie mögen das hier noch einmal als Hochmut abqualifizieren: Er muß nachgewiesen haben, daß er die Materie, von der er spricht, daß er Zitate, die er verwendet, daß er Personen, über die er urteilt, genau kennt. Und diesen Nachweis, meine Damen und Herren, sind Sie uns schuldig geblieben.

(Starker Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Als nächster spricht der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin der Auffassung, Herr Kollege Franke, daß Sie ein guter Schüler von Professor Rudolf Wiethölter sind. Wenn ich mich mit Herrn Professor Rudolf Wiethölter auseinandersetze, so setze ich mich gleichzeitig mit Herrn Kollegen Franke auseinander. Ich möchte eine solche Auseinandersetzung versuchen. Ich bin der Auffassung, daß sie unserer Sache dient. Ich bedauere dabei aber, daß der Herr Kollege Franke jetzt, nachdem er diese Rede hier gehalten hat, den Saal verläßt,

(Beifall bei der CDU — Abg. Sagner [CDU]: Er hat sein Soll erfüllt!)

denn das stellt allerdings klar, daß er am Dialog vielleicht nicht interessiert ist.

Meine Damen und Herren, meine Fraktion ist der Auffassung, daß man im Gründungssenat verschiedene Konstellationen zu sehen hat. Wie Sie wissen, gibt es Studenten, die Assistenten und Dozenten. Einer ist Ordinarius. Es dürfte kein Zweifel daran bestehen, daß die studentischen Mitglieder dieses Gründungssenats nicht mehr verfassungstreu handeln wollen. Daß der Senat der Freien Hansestadt Bremen auf unsere Anfrage Zweifel an ihrer Verfassungstreue für ungerechtfertigt erklärt, ist mir auch und gerade im Hinblick auf die veröffentlichten Erklärungen der Studenten schlechterdings unverständlich.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt zwei Möglichkeiten der Erklärung: Einmal, der Senat ist blind, sieht nicht dort, wo er zu sehen hätte in seiner politischen Verantwortung für das Ganze, oder der Senat ist ein interner Gefährte dieser revolutionären, umstürzlerischen Kräfte, die hier bereits wieder das Haupt in unserer freien Bundesrepublik heben.

(Beifall bei CDU und NPD — Heftiger Widerspruch bei der SPD — Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Das ist eine Unverschämtheit! — Glocke)

Präsident Engel: Herr Klein, finden Sie es nicht eigenartig, daß Sie Menschen, die sich hier nicht verteidigen können, in dieser Art angreifen und noch dazu den Versuch machen, aufgrund Ihres Urteils die Senatsmitglieder — —

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, ich sehe das nicht!

Präsident Engel: Ich würde, Herr Klein, an Ihrer Stelle mich mit den Betreffenden direkt auseinandersetzen, dann kann man im Wechselgespräch Meinung gegen Meinung stellen.

(Beifall bei der SPD)

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, ich bin nicht der Auffassung, daß das ein Beitrag zur Geschäftsordnung war, sondern zur Sache, und ich sehe mich außerstande, darüber mit Ihnen zu diskutieren.

(Stürmischer langanhaltender Beifall bei CDU und NPD — Zuruf des Abg. Fischer [CDU])

Präsident Engel: Herr Fischer, was machten Sie für eine Bemerkung?

(Abg. Fischer [CDU]: Ich machte die Bemerkung, daß das einfach nicht zu verstehen ist!)

Wenn hier außerhalb des Hauses stehende Kreise in der Form angegriffen werden, dann setze ich mich

dagegen zur Wehr. Das müssen Sie schon zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei SPD und FDP — Abg. Stern [NPD]: Das ist das zweite Mal, daß wir so etwas erleben! — Die CDU-Fraktion und die NPD-Fraktion verlassen bis auf die Abgeordneten Meurer, Jackisch, Dr. Sieling, Fischer und Brouwer den Plenarsaal.)

Das Wort hat Herr Senator Thape.

Senator für das Bildungswesen Thape: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir einige klarstellende Hinweise, die angesichts einer mir unverständlichen Negativpropaganda gegen die Bremer Universität unbedingt notwendig erscheinen. Zunächst einmal — und jetzt gilt das gleiche, was vorhin von Herrn Franke gesagt worden ist, der noch einmal zurückgekommen ist —: die Adressaten für meine Hinweise sind nicht da!

Herr Schepers sagte vorhin, ich hätte meinen Bericht an der Sache vorbeigegeben. Zu einer solchen Auffassung kann nur derjenige kommen, der meint, daß Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft für den Senat nicht bindend sind. Dieses Haus hat beschlossen, daß ein solcher Bericht abgegeben werden soll, und er ist von mir im Namen des Senats der Freien Hansestadt Bremen abgegeben worden. Es war meine Verpflichtung. Ich vermag nicht einzusehen, wieso hier irgendetwas an der Sache vorbeigegangen ist, wenn es ausdrücklich heißt, daß ein Bericht über die Entwicklung der Universität Bremen gegeben werden soll. Ich glaube, es war ein sehr umfangreicher und umfassender Bericht.

(Beifall bei der SPD — Abg. Fischer [CDU]: Der aber die wesentlichen Punkte ausließ! — Abg. Böhrnsen [SPD]: Ihre Auffassung in allen Ehren, das ist aber Ihre Auffassung!)

Ich glaube, daß einige Klarstellungen notwendig sind. Das war dieser eine Hinweis.

Der zweite: Herr Schepers sagte, der Abgeordnete Dr. Czichon hätte nicht nur von 1968 — der Vereinbarung der laufenden Finanzierung — sprechen sollen, sondern auch von 1964, dem Abschluß des Investitionsabkommens. Selbst wenn man das tut, kann man trotzdem keine zehn Jahre ausrechnen, und wenn man die Dinge ganz genau verfolgt, müßte man feststellen, daß dieses Abkommen erst 1966 gültig geworden ist, weil dann erst Schleswig-Holstein dieses Investitionsabkommen ratifiziert hat, daß das Abkommen also von 1966 an läuft. Auch das ist eine Klarstellung, die sicherlich dem eigentlichen Kern der heutigen Debatte nicht entspricht. Da aber auf so viel Nebenkriegsschauplätzen gekämpft worden ist, möchte ich meinen, daß das eine oder andere wieder ans Licht gezogen werden muß, um nicht den Eindruck zu erwecken, als könne man auf falsche Darstellungen und unwahre Behauptungen keine Antwort geben.

Herr John, Sie haben gefragt, ob ich im Bundestag die Stimme verloren habe. Ich war natürlich nicht krank,

(Abg. John [FDP]: Das war nur ein Gerücht!)

sondern ich bin nach Bonn gefahren, weil ich erwartet habe, daß CDU-Abgeordnete des Bundestages Behauptungen, die sie aufstellen, wenn kein Bremer in der Nähe ist, auch dann wiederholen, wenn ein Bremer sofort antworten kann.

(Abg. Kahrs [SPD]: Müller-Hermann!)

Das ist leider nicht der Fall gewesen. Ich habe vergeblich darauf gewartet, daß die Vorwürfe, die in der Öffentlichkeit bisher gegen Bremen erhoben worden sind, auch im Bundestag vorgebracht werden, damit ein Vertreter der bremischen Landesregierung diese Vorwürfe sofort ad absurdum führen kann.

(Glocke)

Präsident Engel: Wollen Sie eine Frage des Abgeordneten Dr. Sieling beantworten?

Senator Thape: Natürlich!

Präsident Engel: Bitte, Herr Dr. Sieling!

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Senator, ist es richtig, daß Herr Dr. Martin, CDU, Sie ausdrücklich vorweg gefragt hat, ob Sie eingreifen wollten und er auf Ihr Nein hin dann nicht in die Debatte eingegriffen hat?

Senator Thape: Ach du liebe Zeit! Ist das eine wunderbare Ausrede! Herr Martin hat mich gefragt, ob ich diskutieren will. Da habe ich gesagt, ich werde natürlich nicht diskutieren, wenn Bremen nicht angesprochen wird. Ich bin nur in den Bundestag gekommen, um über Bremen zu sprechen. Ich kann doch nicht aus der hohlen Hand heraus in eine Diskussion eingreifen, in der der Name Bremen überhaupt nicht gefallen ist.

(Beifall bei der SPD — Abg. Stäcker [SPD]: So einfach macht man sich das!)

Man kann mich angreifen, ich bin damit einverstanden. Wer in der Politik steht, muß das aushalten können. Aber daß ich zu feige bin, mich zu äußern und mich zu stellen, das hat bisher noch keiner gesagt. Das soll auch in Zukunft keiner sagen. Aber im Bundestag hat Herr Stoltenberg zu diesen Dingen geschwiegen. Der Herr Heck ist gar nicht dagewesen. Dr. Müller-Hermann hat auch nichts dazu gesagt.

(Hört, hört! bei der SPD)

Herr Martin hat uns in der Öffentlichkeit ja gar nicht angegriffen, mit dem brauchte ich mich also nicht auseinanderzusetzen.

(Abg. Kähler [SPD]: Aber Ihr Landesvorsitzender, Herr Dr. Sieling, war es!)

Was mich an der heutigen Diskussion von seiten der CDU überrascht hat, ist, daß hier tatsächlich am Kern vorbeidiskutiert worden ist. Was soll diese Aufhäufung von Zitaten, die doch nicht von der Bremer SPD kommen, die nicht von mir kommen, die nicht vom Senat kommen, sondern die im Rahmen einer öffentlichen Diskussion in einem freiheitlichen Staat natürlich möglich sind? Wir identifizieren uns doch nicht mit jeder Äußerung, die getan worden ist. Aber wir setzen uns dafür ein, daß jeder das Recht hat, in diesem Staatswesen seine Meinung zu sagen, ohne deswegen diskriminiert zu werden, ohne daß man jetzt sagt, weil er das gesagt hat, darf er diese oder jene Funktion nicht wahrnehmen. Natürlich, wenn sie sich bewegt im verfassungsrechtlichen Rahmen, und wir sind der Meinung, daß sich alles im verfassungsrechtlichen Rahmen bewegt hat.

(Glocke)

Präsident Engel: Herr Senator, sind Sie bereit, eine Frage des Abgeordneten Franke zu beantworten?

Senator Thape: Gern!

Präsident Engel: Bitte, Herr Franke!

Abg. **Franke** (SPD): Herr Senator Thape, sehen Sie in den Aktionen des Berliner Kinderladens eine Gefährdung der Bremer Universität?

Senator Thape: Nein, darin kann ich keine Gefährdung der Bremer Universität sehen. Ich will damit nicht etwa diese Aktion verteidigen. Das möchte ich ebenfalls klarstellen. Ich kenne zuwenig davon, ich habe in die Dinge nicht einsteigen können und nehme weder Pro noch Kontra Partei. Aber ich glaube, daß, selbst wenn es Auswüchse sind, sie nicht gegen das „Bremer Modell" sprechen.

Darf ich Sie noch korrigieren, Herr Dr. Sieling: Ich hatte den Eindruck, daß Sie den Eindruck erwecken wollten, als sei die Patenschaftshilfe von Göttingen eine Erfindung der CDU oder des CDU-Kultusministers Langeheine in Niedersachsen. Das stimmt nicht!

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Nein! Ich habe gesagt, wir hätten dafür gesprochen, das Angebot anzunehmen!)

Gut! Dann haben wir uns mißverstanden. Ich wollte nur deutlich machen, daß dieses Angebot von Professor Killy kam, der damals Rektor an der Universität war.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Von Henckel damals noch!)

In Verbindung mit Professor Henckel. Und sie wissen auch, daß bei der ersten Sitzung des Kreises, der von Professor Predöhl zusammengerufen worden ist, die Frage der Göttinger Patenschaftshilfe sofort eine Rolle gespielt hat und daß von mir die Frage in den Kreis hineingetragen worden ist, wie soll man sich entscheiden: Gründungsausschuß, gibt es eine Kombination zwischen Gründungsausschuß und Patenschaftshilfe, oder Patenschaftshilfe. Das sollte man fairerweise mit hervortreten lassen, damit nicht der Eindruck entsteht, als sei hier eine Fülle von Gründungsausschüssen inzwischen baden gegangen und Bremen nicht in der Lage, seine Universitätsaufgaben zu erfüllen.

Die studentischen Parolen, die hier aufgeführt worden sind als Angelpunkt gegen das „Bremer Modell", sind doch so alt wie die scharfe Universitätsdiskussion, also mindestens so alt wie 1967. Und die CDU hat bisher keinen Anstoß daran genommen, daß Studenten 1967, 1968, 1969, auch Studenten im Bremer Gründungssenat, Parolen und Reizworte und zum Teil auch Albernheiten benutzt haben. Die CDU kommt mir manchmal wie ein Automat vor: Man braucht oben nur ein Wort „Rote Zelle" oder „Proletariat" hineinzuwerfen, und schon fängt es unten an zu lärmen. Was soll das?

(Heiterkeit bei der SPD — Abg. Stäcker [SPD]: Und welche Rufe kommen raus?)

Ich bin mit Ihnen der Auffassung, daß ein Teil der studentischen Diskussion ins 19. Jahrhundert hineingehört. Ich bin völlig Ihrer Auffassung! Aber dann verstehe ich nicht, daß Sie diese Worte, diese Begriffe, diese Diskussionsphasen, die Ihrer und auch meiner Meinung nach ins 19. Jahrhundert gehören, heute so ernst nehmen und jetzt plötzlich benutzen wollen, um gegen bestimmte Grundkonzeptionen einer Universitätsgründung Partei zu nehmen.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Wenn diese Dinge offensichtlich forciert werden!)

Das ist mir unbegreiflich!

Ich meine, man sollte sich doch etwas stärker auf die Sache beziehen und auf das, was im Bericht, meine ich, in sehr prägnanter Form dargelegt worden ist. Eine solche Fülle von Entscheidungen und Aktivitäten, daß selbst derjenige, der mitten in der Arbeit drinsteht, bei einem solch kompromierten Bericht überrascht ist, wieviel nicht nur erreicht worden ist in den letzten Jahren, sondern wieviel unmittelbar jetzt vor der Verwirklichung steht, so daß wir tatsächlich 1971 unseren Auftrag erfüllen können.

Es tut mir leid, aber ich kann die heutige Diskussion der CDU nicht ansehen als einen Beitrag zur Bremer Universitätsgründung, sondern nur als einen Beitrag zur Verhinderung dieser Gemeinschaftsaufgabe, die Bremen zu übernehmen hat.

(Starker langanhaltender Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete John.

Abg. **John** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem ich vorhin die Erklärung der FDP-Fraktion abgegeben habe, wäre es eigentlich genug gewesen. Ich möchte aber doch auf Herrn

Kollegen Schepers eingehen. — Leider ist er ja nicht mehr im Raum. Auch das gehört zu den bekannten Rückzügen der CDU, weiter hat sie nichts zu bieten, anstatt sich hier im Parlament mit den Leuten, die eine andere, differenzierte Meinung vertreten, auseinanderzusetzen. Ich bedauere das außerordentlich, aber es läßt sich nicht ändern.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mich hier auf die Dinge nicht noch einmal einlassen, die in dem Manuskript stehen, und es handelt sich ja dabei um einen Fraktionsbeschluß. Dieser Fraktionsbeschluß ist einstimmig gefaßt worden und nicht nur meine eigene Meinung. Das sei hier also noch einmal ganz deutlich gesagt.

Ich wollte nur noch auf zwei Dinge hinweisen, die den Herrn Kollegen Schepers betreffen, und zwar insofern, als er nämlich meinte, die Standhaftigkeit der FDP wieder einmal in Frage stellen zu müssen. Dazu will ich Ihnen nur sagen, es war nicht — und das muß ich hier nun doch noch einmal hervorheben — ein CDU-Mitglied, das am 23. März die Frage nach der Liste der sechs neuen Namen gestellt hat, sondern das war ich selbst. Und dann war es am 13. April — das war vor der Sitzung des Gründungssenats —, neben mir saß ein Mitglied der CDU-Fraktion, und dieses Mitglied der CDU-Fraktion hätte doch nun als Mitglied der Opposition, wenn man dieser Theorie folgen darf, die hier geäußert worden ist, bei aller Besorgnis zuerst diese Frage stellen müssen, und das war nicht der Fall.

Lassen Sie mich nun zum Abschluß nur noch folgendes sagen: Ich habe vorhin — und das bezeichne ich allerdings als konstruktiv — die Bereitschaft der FDP-Fraktion zum Gespräch mit dem neuen Gründungssenat erklärt. Das hatte ich Frau Dr. Gerstenberger auch schon angeboten, und es ist die Antwort eingegangen, die ich ja vorhin schon zitiert habe. Wir werden Gelegenheit haben, Frau Dr. Gerstenberger und ich, zu diesem Gespräch zwischen FDP und Gründungssenat zusammenzukommen, und zwar sehr bald. Das ist in der Mittagspause verabredet worden. Das nur zu Ihrer Kenntnis. Das halte ich für konstruktive Politik.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Engel: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht und der Antwort des Senats Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erschöpft.

Bevor ich die Sitzung schließe, möchte ich Ihnen bekanntgeben, daß der Präsident des Senats in einem Schreiben vom 22. April 1970 darum gebeten hat, die folgenden Punkte auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) zu setzen:

1. Bericht des Senats über die Grundstücksgeschäfte links der Weser, 2. Bericht des Senats über den Container-Terminal in Bremerhaven.

Ich danke den Vertretern des Senats und schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung: 14.13 Uhr.)

Druck: Hans Krohn, Bremen